



Steuer & Wirtschaftsakademie
in Gelsenkirchen

Umschulung zum/r Steuerfachangestellten

Steuerwesen

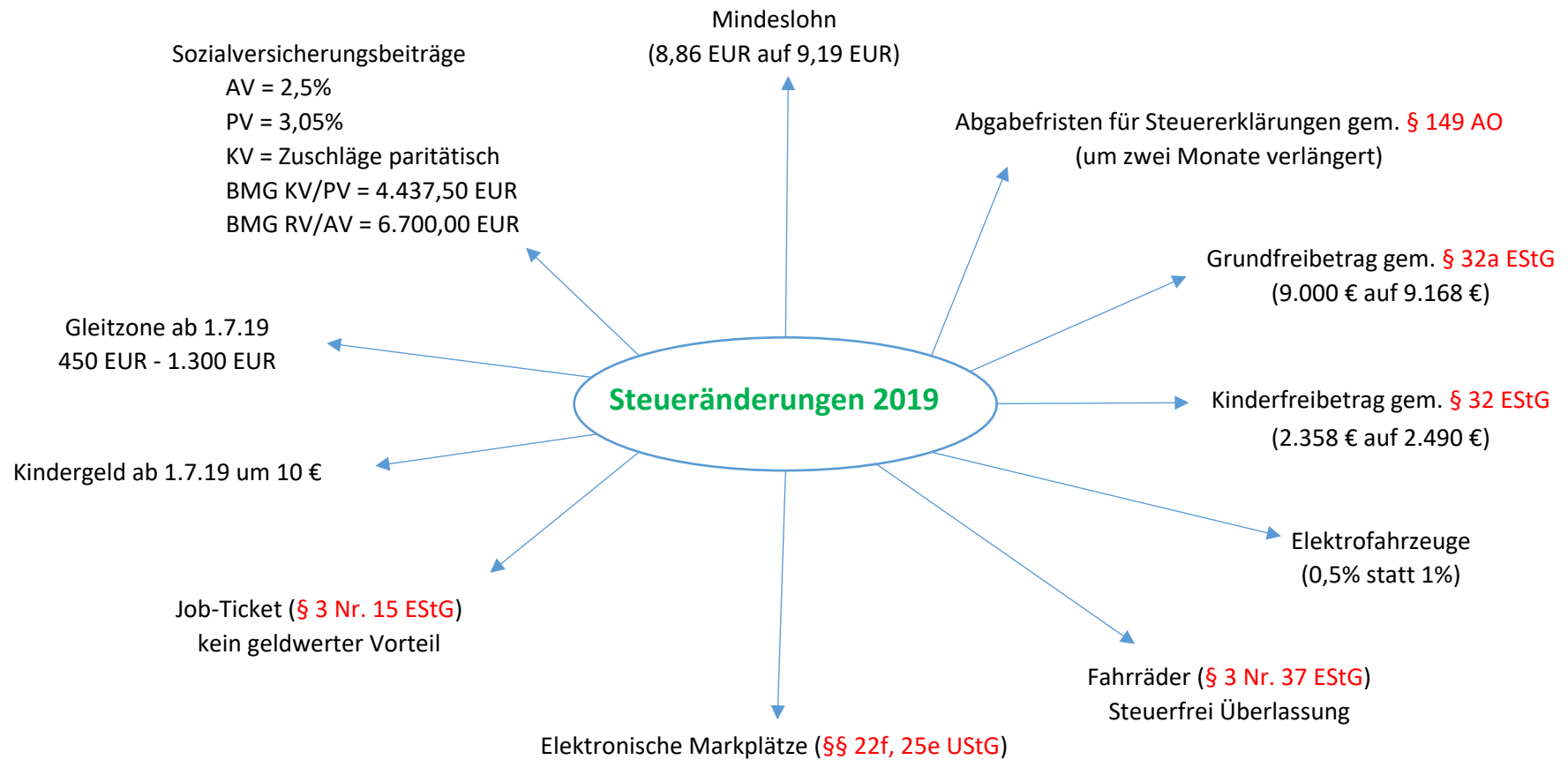
StB Dipl.-Kfm. Sergej Gubanov

www.sg-institut.de

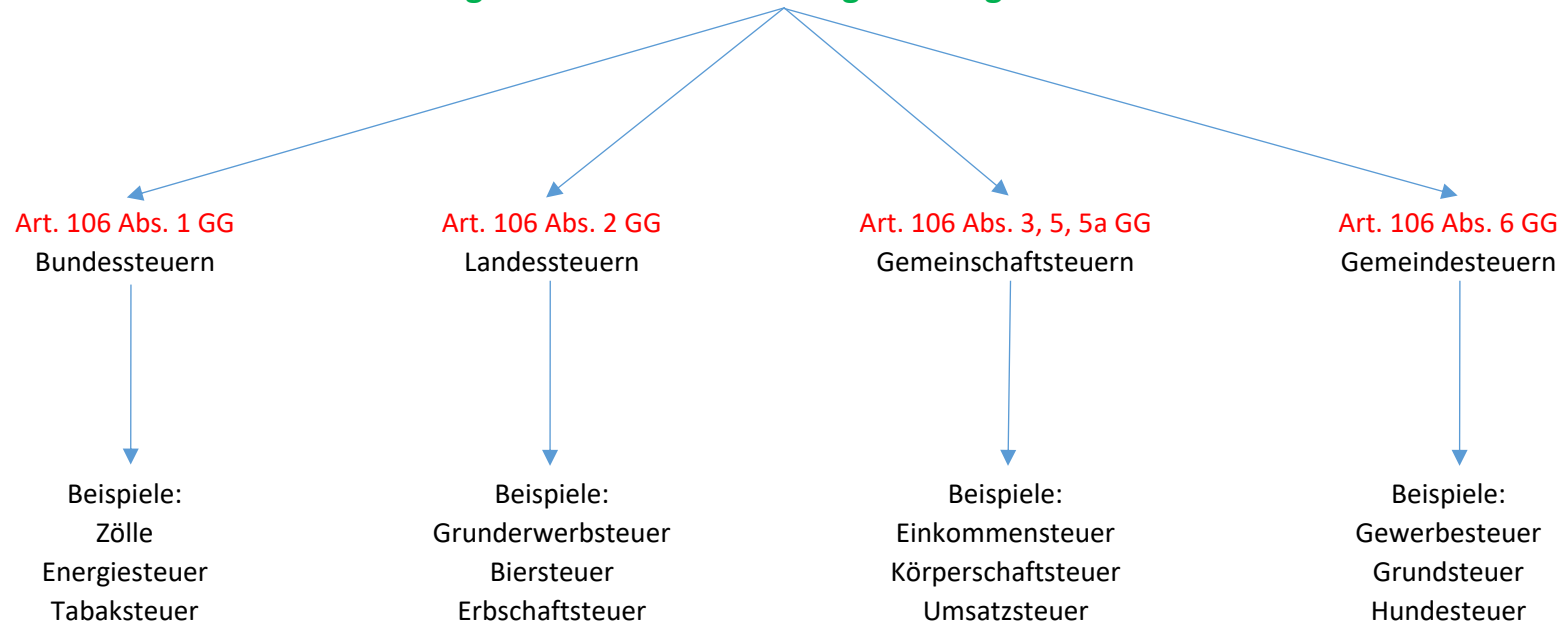
Gliederung

	Seite
1. Steueränderungen	3
2. Allgemeines Steuerrecht	4 - 7
3. Abgabenordnung	8 - 20
4. Einkommensteuer	21 - 83
5. Körperschaftsteuer	84 - 90
6. Gewerbesteuer	91 - 93
7. Umsatzsteuer	94 - 133
8. 3-Stufenmodell	134
9. Fondsbesteuerung	135

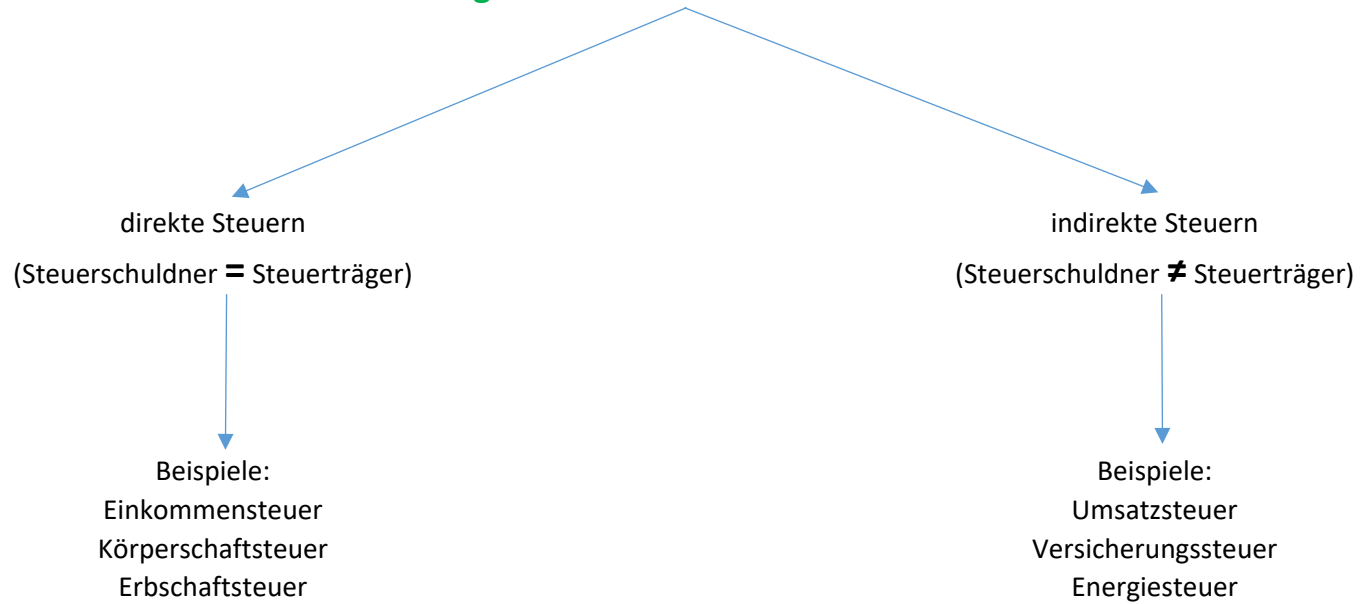
1. Steueränderungen



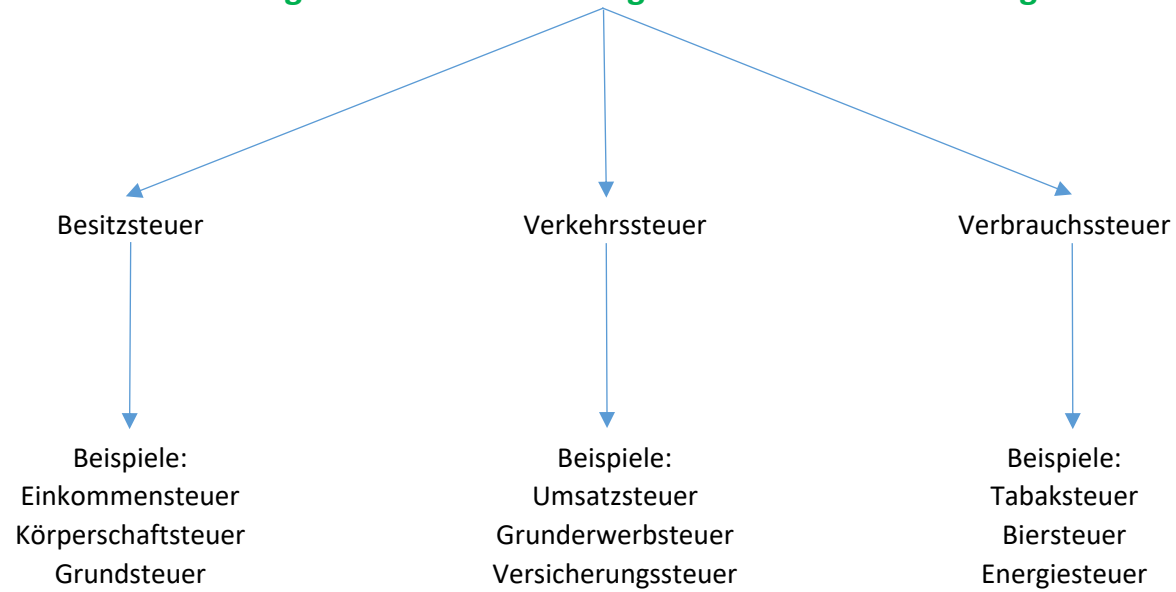
Einteilung der Steuern nach Ertragshoheit gem. Art. 106 GG

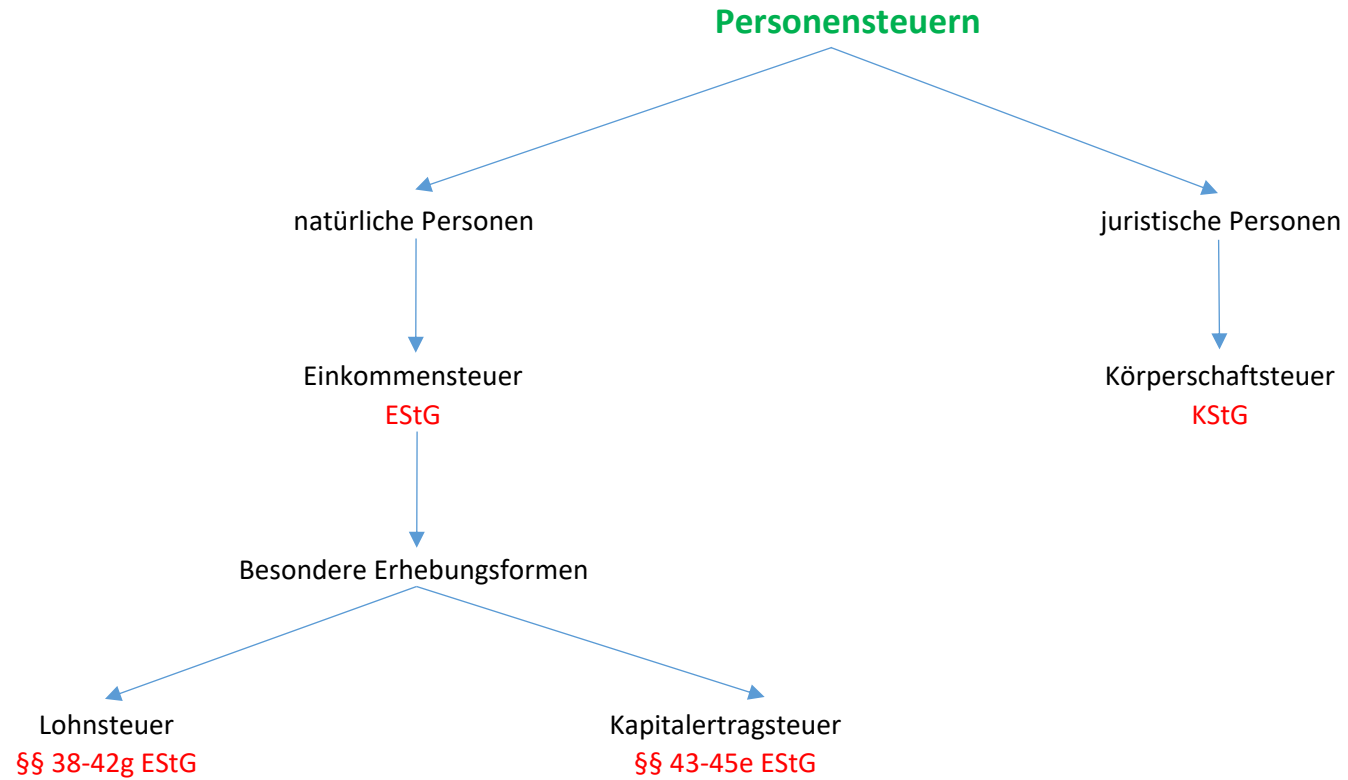


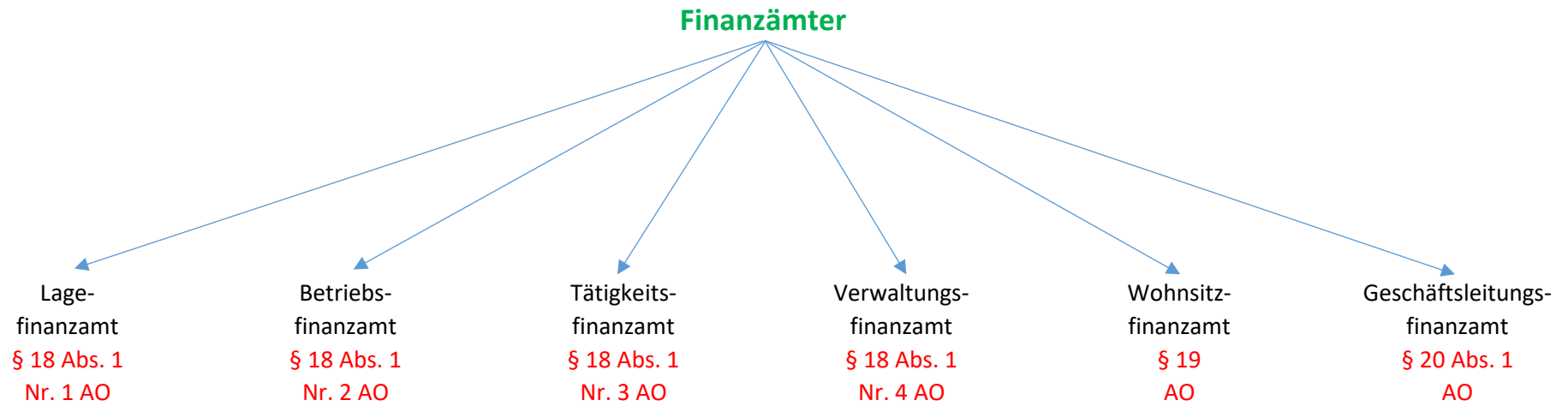
Einteilung der Steuern nach Überwälzbarkeit

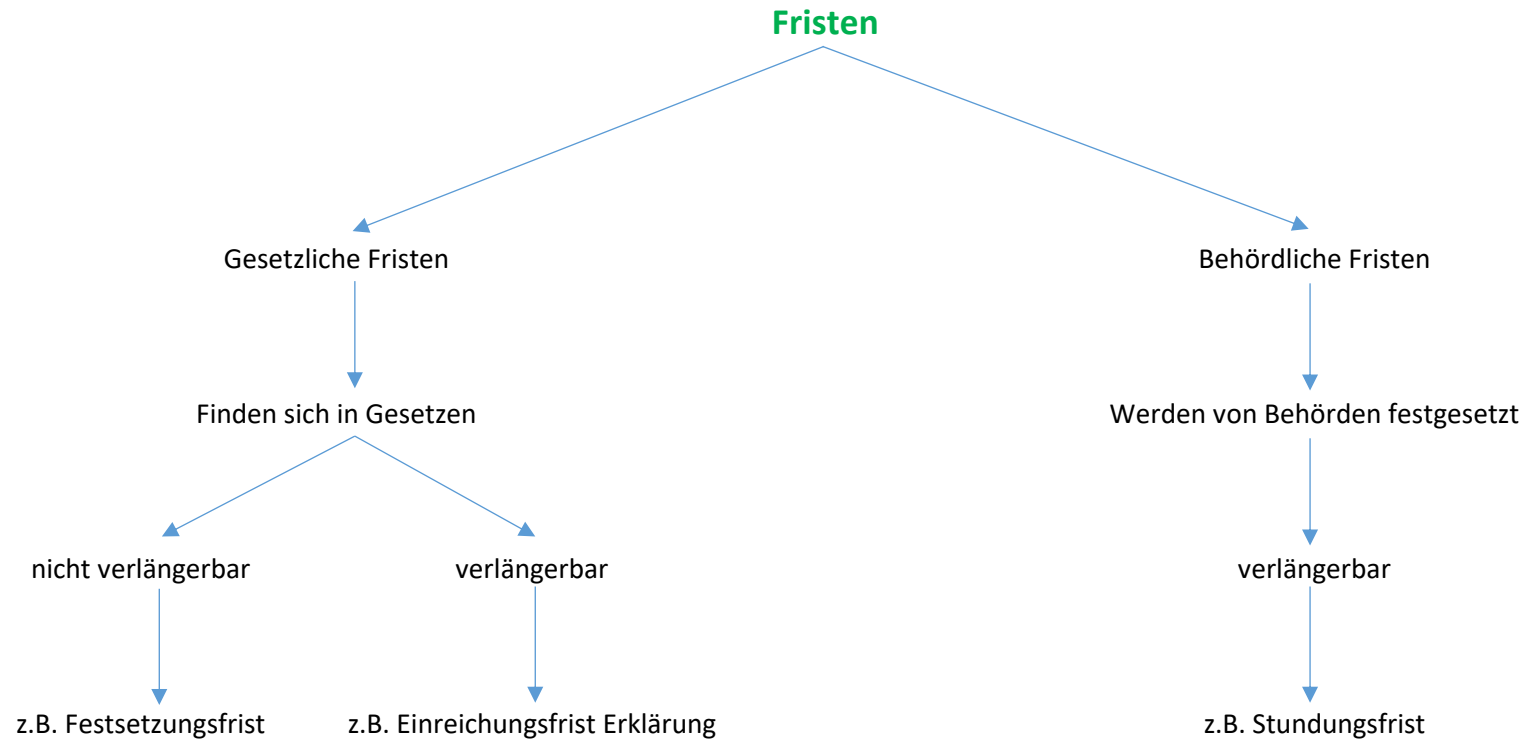


Einteilung der Steuern nach Gegenstand der Besteuerung





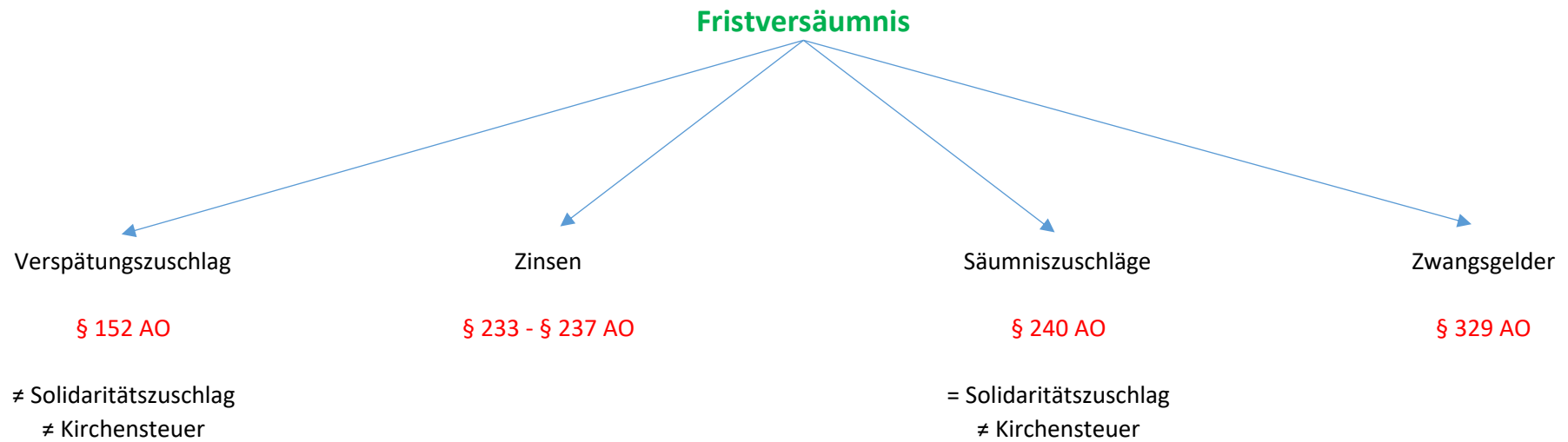




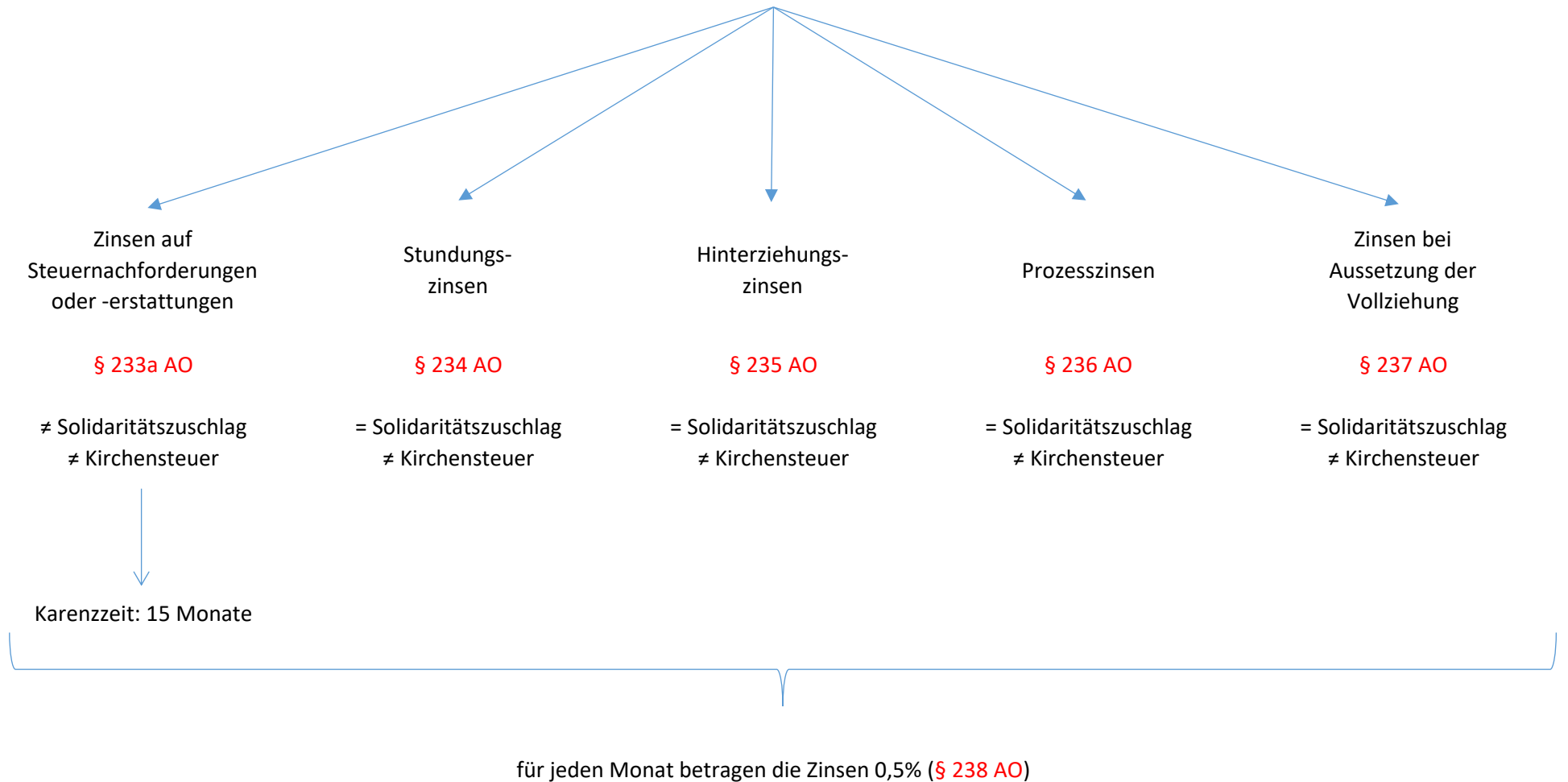
Gesetzliche / behördliche Fristen

<u>Gesetzliche Fristen</u>	<u>Gesetzliche Grundlagen</u>	<u>Verlängerbar JA/NEIN</u>
Einreichung der Einkommensteuererklärung	§ 149 AO	JA
Festsetzungsfrist	§ 169 AO	NEIN
Einspruchsfrist	§ 355 I AO	NEIN
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	§ 110 AO	NEIN
Umsatzsteuervoranmeldung	§ 18 UStG	NEIN
Zahlungsfrist für die Einkommensteuer-Abschlusszahlung	§ 36 IV EStG	NEIN

<u>Behördliche Fristen</u>	<u>Gesetzliche Grundlagen</u>	<u>Verlängerbar JA/NEIN</u>
Stundung gem. § 222 AO	Es sind keine gesetzliche Fristen im Gesetz genannt	JA

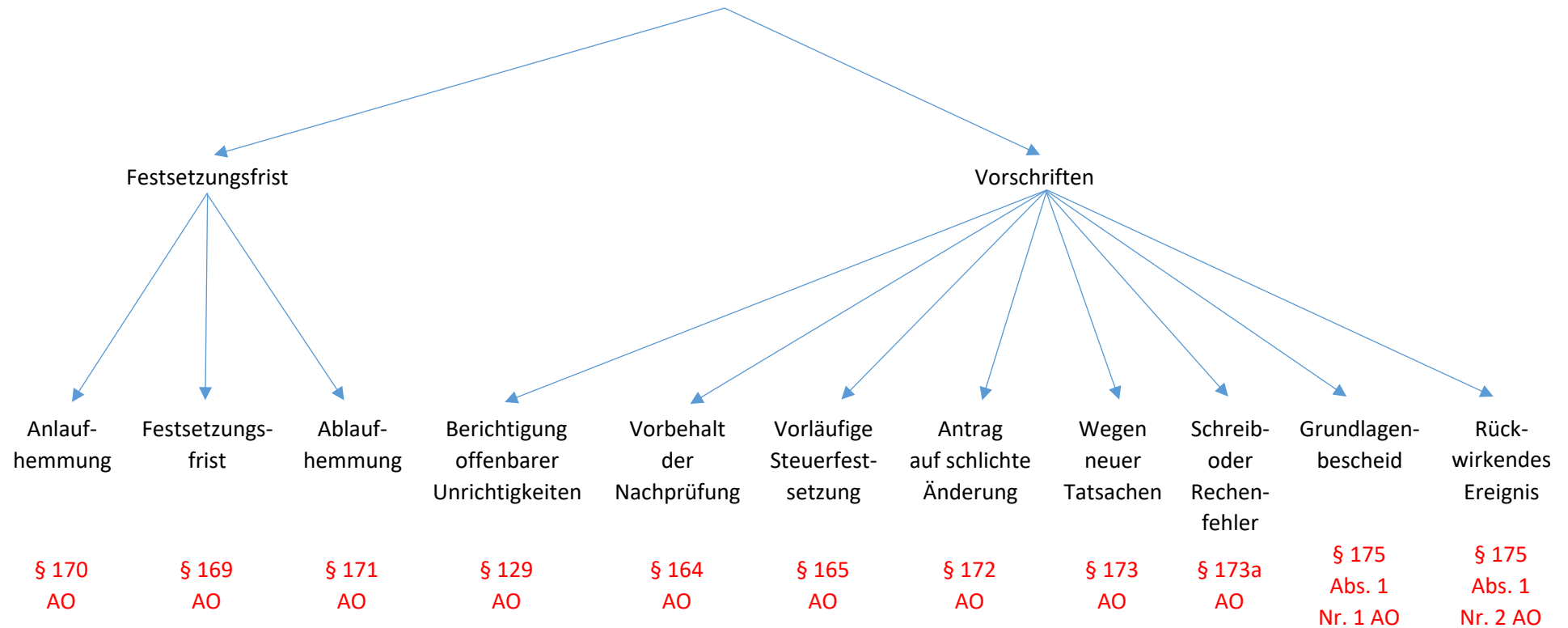


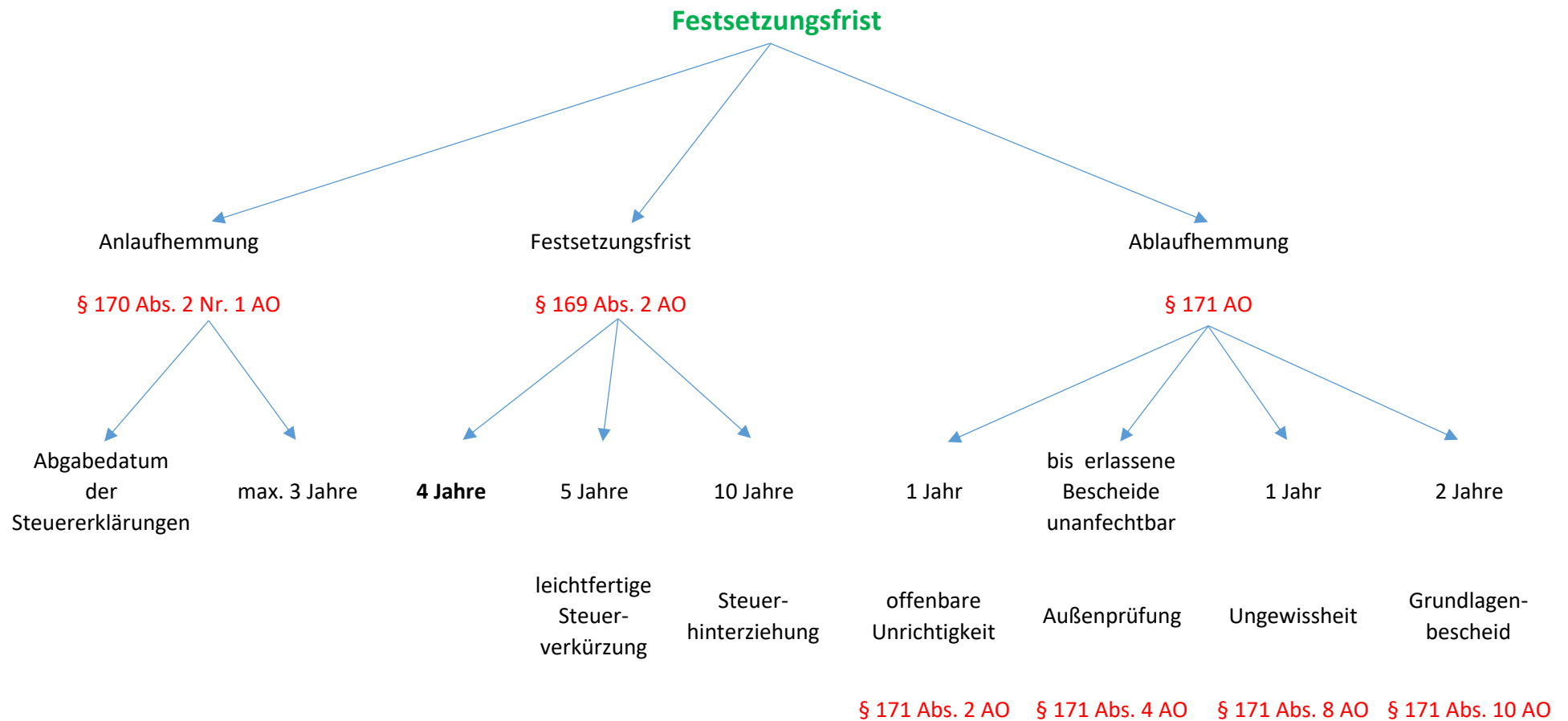
Zinsen gem. § 233 - § 237 AO



Korrekturverfahren (alternativ: Berichtigungsverfahren)

"Korrekturverfahren nur möglich, wenn die Festsetzungsfrist nicht abgelaufen ist und eine Korrekturvorschrift eingreift"





3. Abgabenordnung

Beispiel: Steuerpflichtiger nicht verpflichtet Einkommensteuererklärung für das Kalenderjahr 2018 einzureichen, keine Steuerverkürzung/-hinterziehung

Steuererklärung eingereicht am	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Anlaufhemmung § 170 Abs. 1 AO	KEINE mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Steuer entstanden	KEINE mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Steuer entstanden	KEINE mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Steuer entstanden	KEINE mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Steuer entstanden	KEINE mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Steuer entstanden	KEINE mit Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Steuer entstanden
Beginn der Festsetzungsfrist	mit Ablauf des Kalenderjahres 2018	mit Ablauf des Kalenderjahres 2018	mit Ablauf des Kalenderjahres 2018	mit Ablauf des Kalenderjahres 2018	mit Ablauf des Kalenderjahres 2018	mit Ablauf des Kalenderjahres 2018
Dauer § 169 Abs. 2 Nr. 2 AO	4 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	4 Jahre
Ende	mit Ablauf des Kalenderjahres 2022	mit Ablauf des Kalenderjahres 2022	mit Ablauf des Kalenderjahres 2022	mit Ablauf des Kalenderjahres 2022	mit Ablauf des Kalenderjahres 2022	mit Ablauf des Kalenderjahres 2022

3. Abgabenordnung

Beispiel: Steuerpflichtiger verpflichtet Einkommensteuererklärung für das Kalenderjahr 2018 einzureichen, keine Steuerverkürzung/-hinterziehung

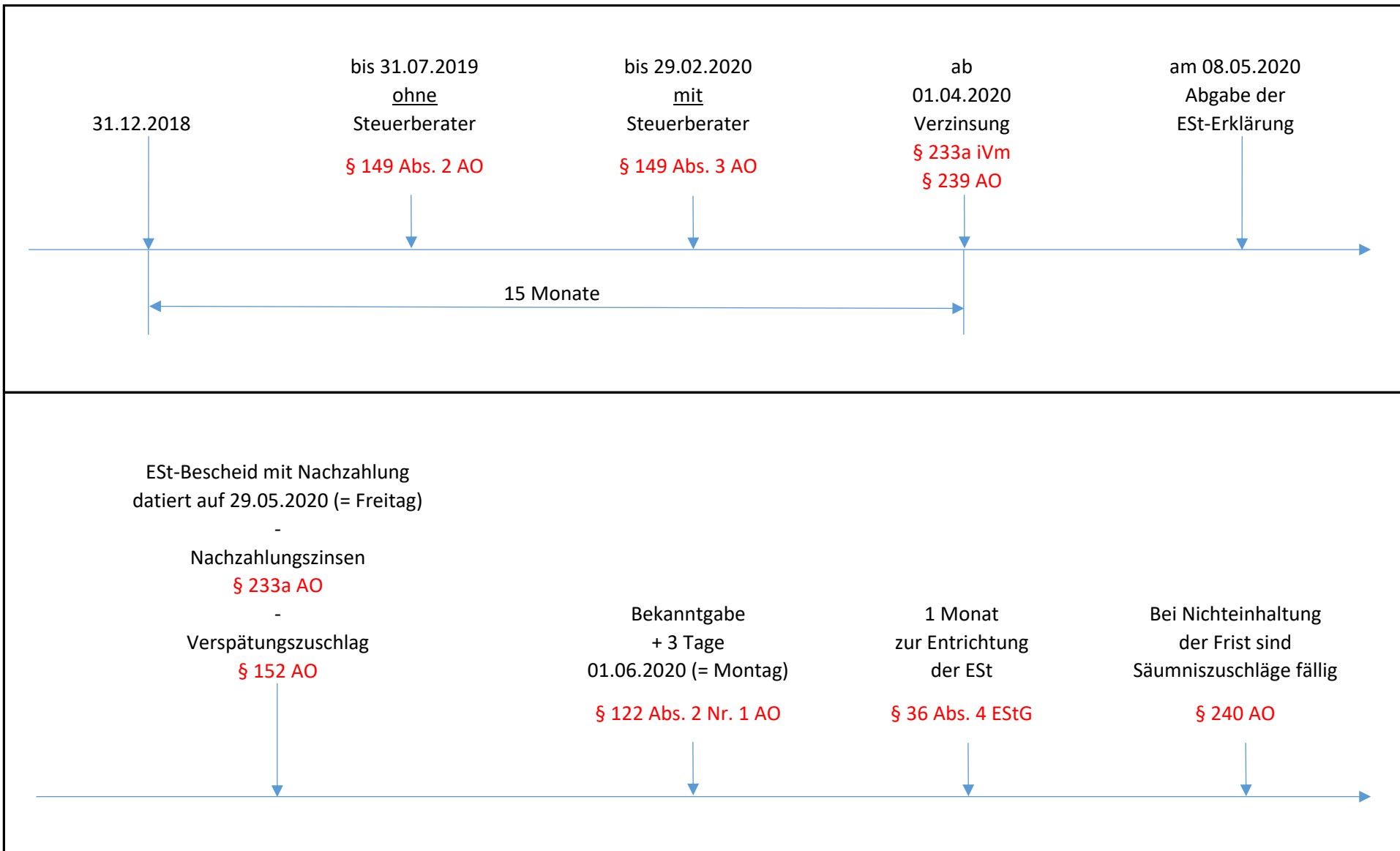
Steuererklärung eingereicht am	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Anlaufhemmung gem. § 170 AO Gem. § 170 Abs. 2 Nr. 1 AO beträgt die Anlaufhemmung max. 3 Jahre	1 Jahr	2 Jahre	3 Jahre	3 Jahre	3 Jahre	3 Jahre
Beginn der Festsetzungsfrist	mit Ablauf des Kalenderjahres 2019	mit Ablauf des Kalenderjahres 2020	mit Ablauf des Kalenderjahres 2021	mit Ablauf des Kalenderjahres 2021	mit Ablauf des Kalenderjahres 2021	mit Ablauf des Kalenderjahres 2021
Dauer § 169 Abs. 2 Nr. 2 AO	4 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	4 Jahre	4 Jahre
Ende	mit Ablauf des Kalenderjahres 2023	mit Ablauf des Kalenderjahres 2024	mit Ablauf des Kalenderjahres 2025	mit Ablauf des Kalenderjahres 2025	mit Ablauf des Kalenderjahres 2025	mit Ablauf des Kalenderjahres 2025

3. Abgabenordnung

Keine Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung 2018				
Abgabe in	2019	2020	2021	2023
Anlaufhemmung § 170 Abs. 1 AO	keine	keine	keine	keine
Festsetzungsfrist § 169 Abs. 2 Nr. 2 AO	4	4	4	4
Festsetzungsfrist läuft ab	31.12.2022	31.12.2022	31.12.2022	BFH-Urteilabwarten

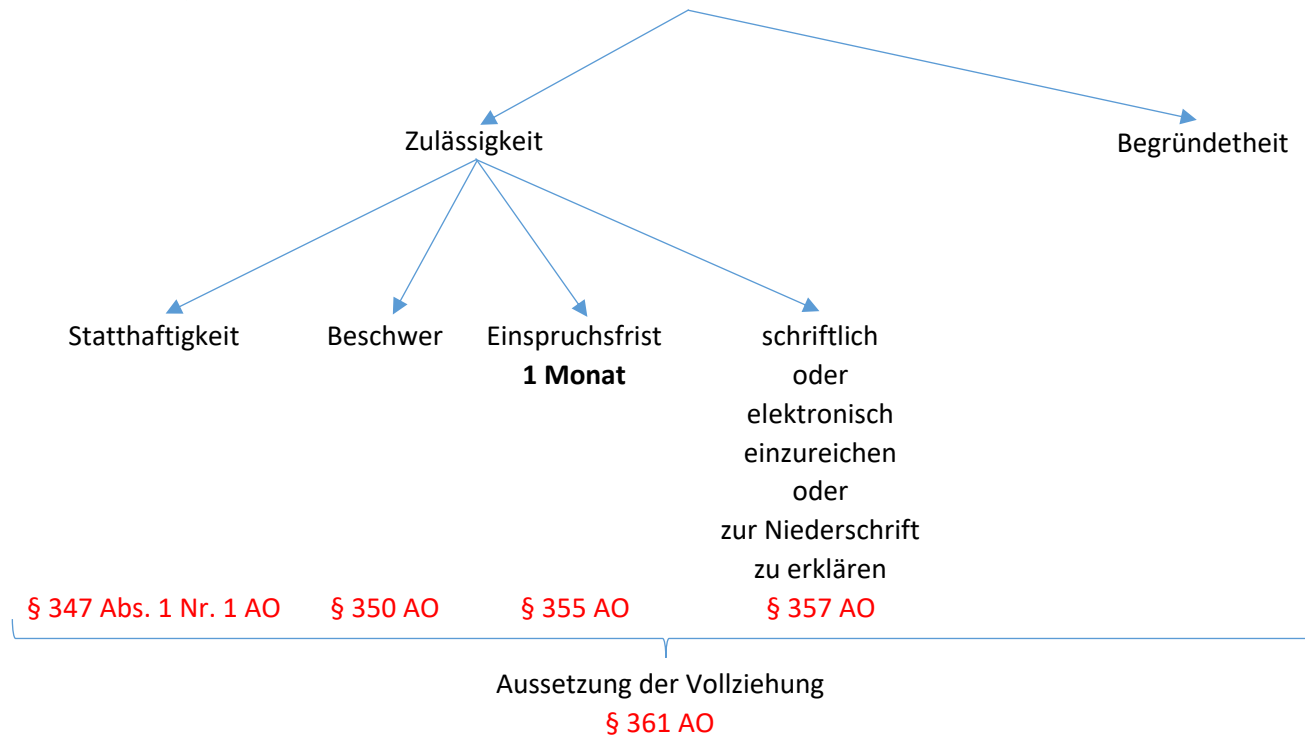
Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung 2018				
Abgabe in	2019	2020	2021	2023
Anlaufhemmung § 170 Abs. 2 Nr. 1 AO	mit Ablauf des 2019	mit Ablauf des 2020	mit Ablauf des 2021	mit Ablauf des 2021
Festsetzungsfrist § 169 Abs. 2 Nr. 2 AO	4	4	4	4
Festsetzungsfrist läuft ab	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2025

Beispiel: steuerliche Nebenleistungen gem. § 3 Abs. 4 AO

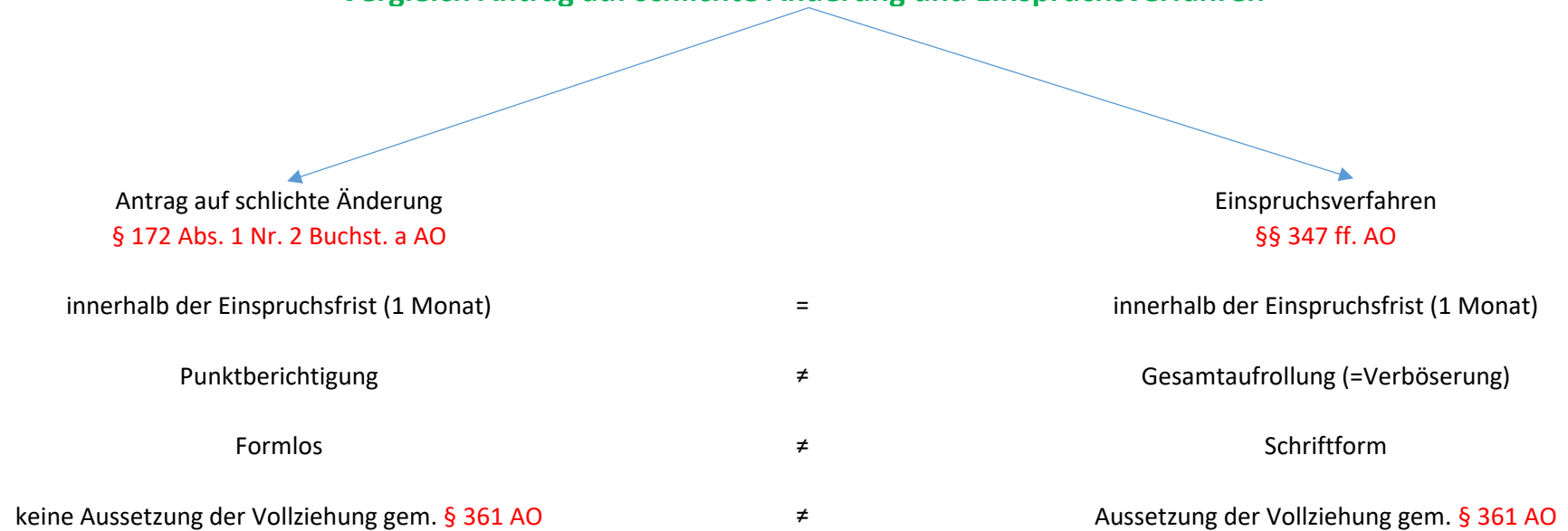


Einspruchsverfahren

"Ob ein Einspruch erfolgreich ist, hängt davon ab, ob er zulässig und begründet ist"

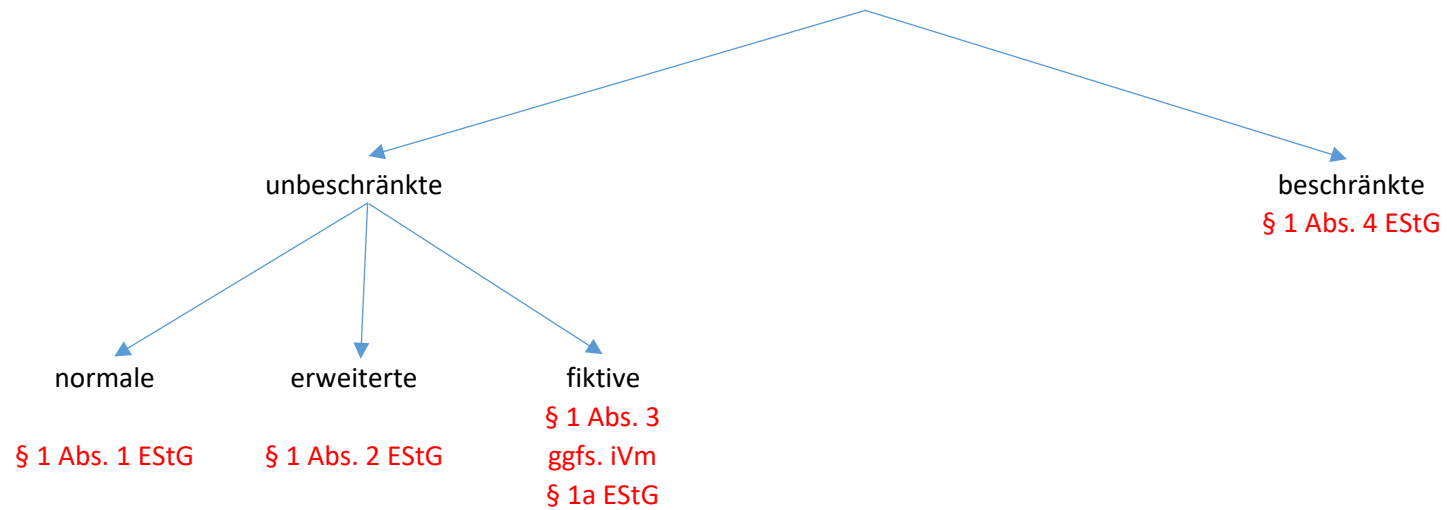


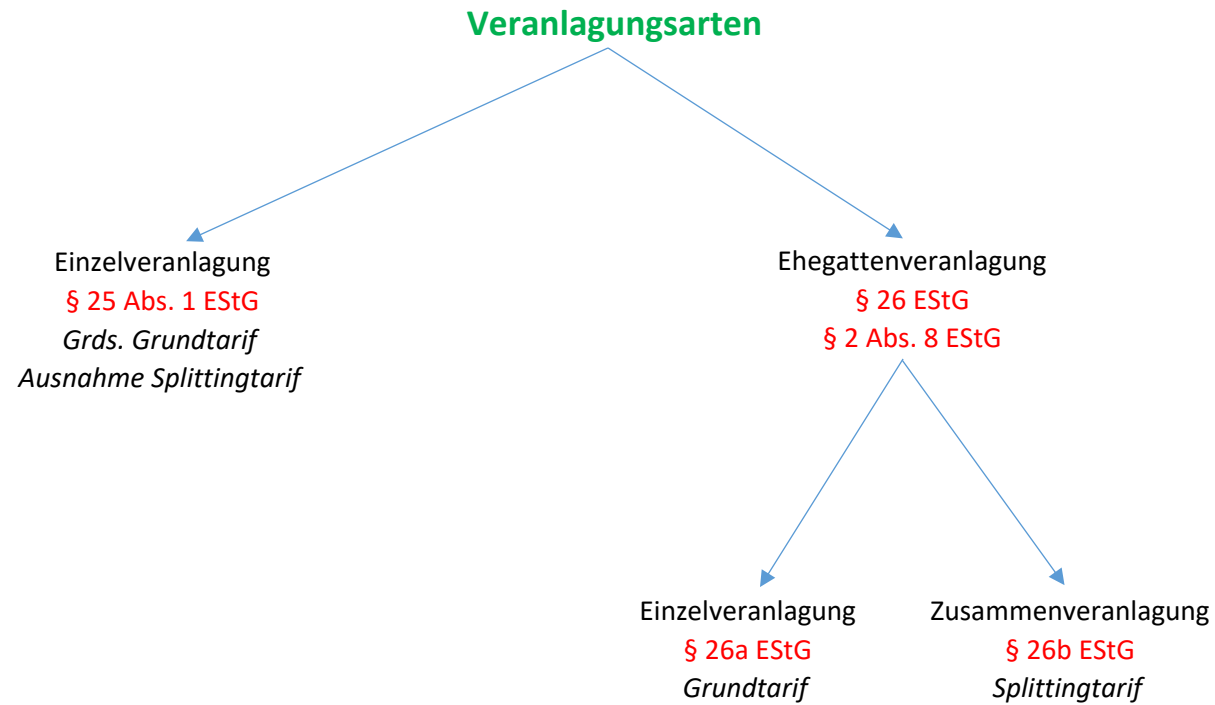
Vergleich Antrag auf schlichte Änderung und Einspruchsverfahren



Persönliche Steuerpflicht

- natürliche Person
- Wohnsitz (§ 8 AO)
- gewöhnlicher Aufenthalt (§ 9 AO)
- im Inland





7 Einkunftsarten

Gewinneinkünfte (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 EStG)

(Grds. *Betriebsvermögen* ; Ausnahme gem. § 17 EStG)

1. Einkünfte aus Land und Forstwirtschaft (§§ 13-14a EStG)
2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb (§§ 15-17 EStG)
3. Einkünfte aus selbständiger Arbeit (§ 18 EStG)

Ermittlung des Gewinns durch
BVV (§§ 4 Abs. 1, 5 Abs. 1 EStG) oder EÜR (§ 4 Abs. 3 EStG)

Überschusseinkünfte (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 EStG)

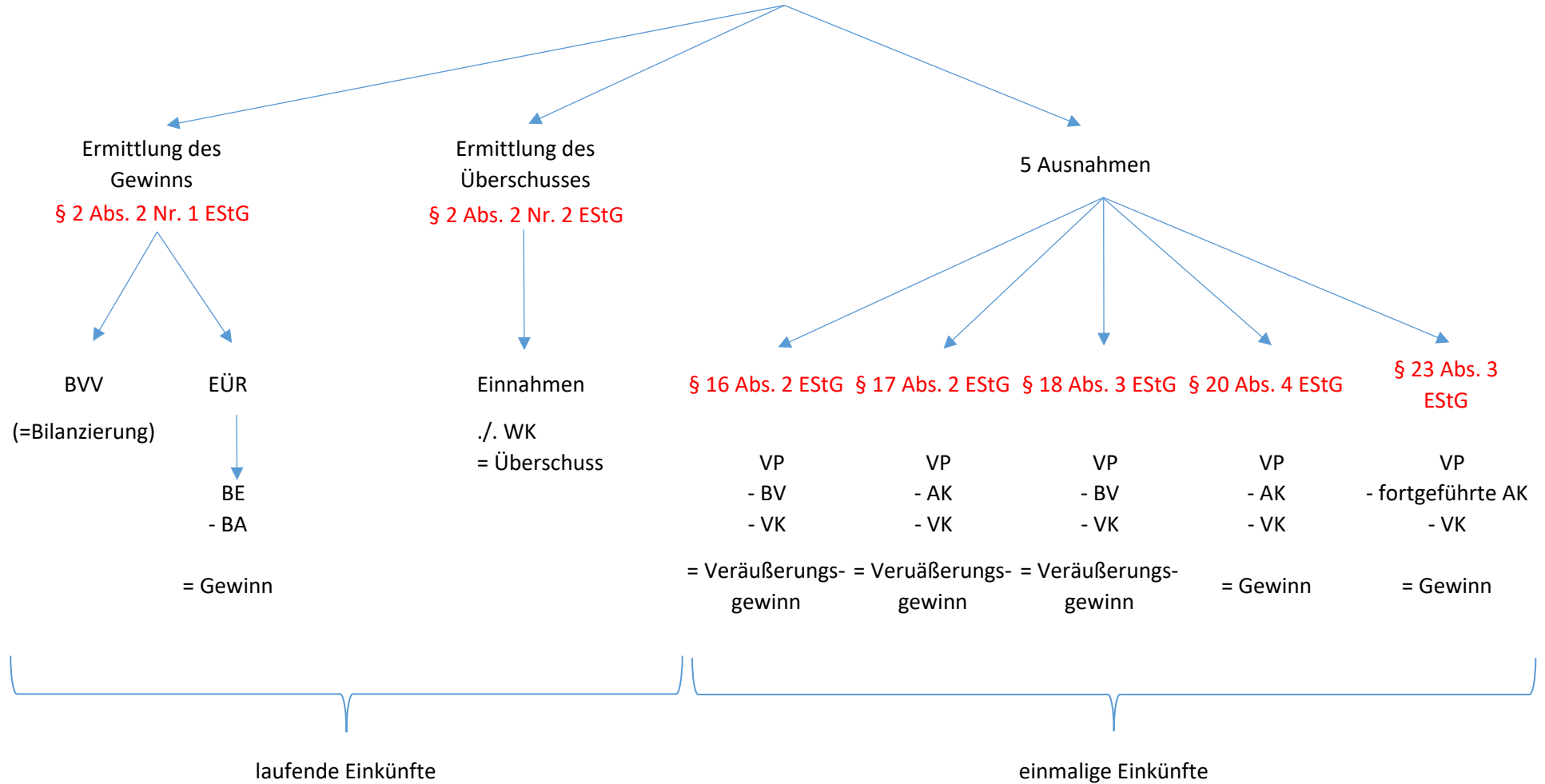
(*Privatvermögen*)

4. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (§ 19 EStG)
5. Einkünfte aus Kapitalvermögen (§ 20 EStG)
6. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 21 EStG)
7. sonstige Einkünfte (§§ 22-23 EStG)

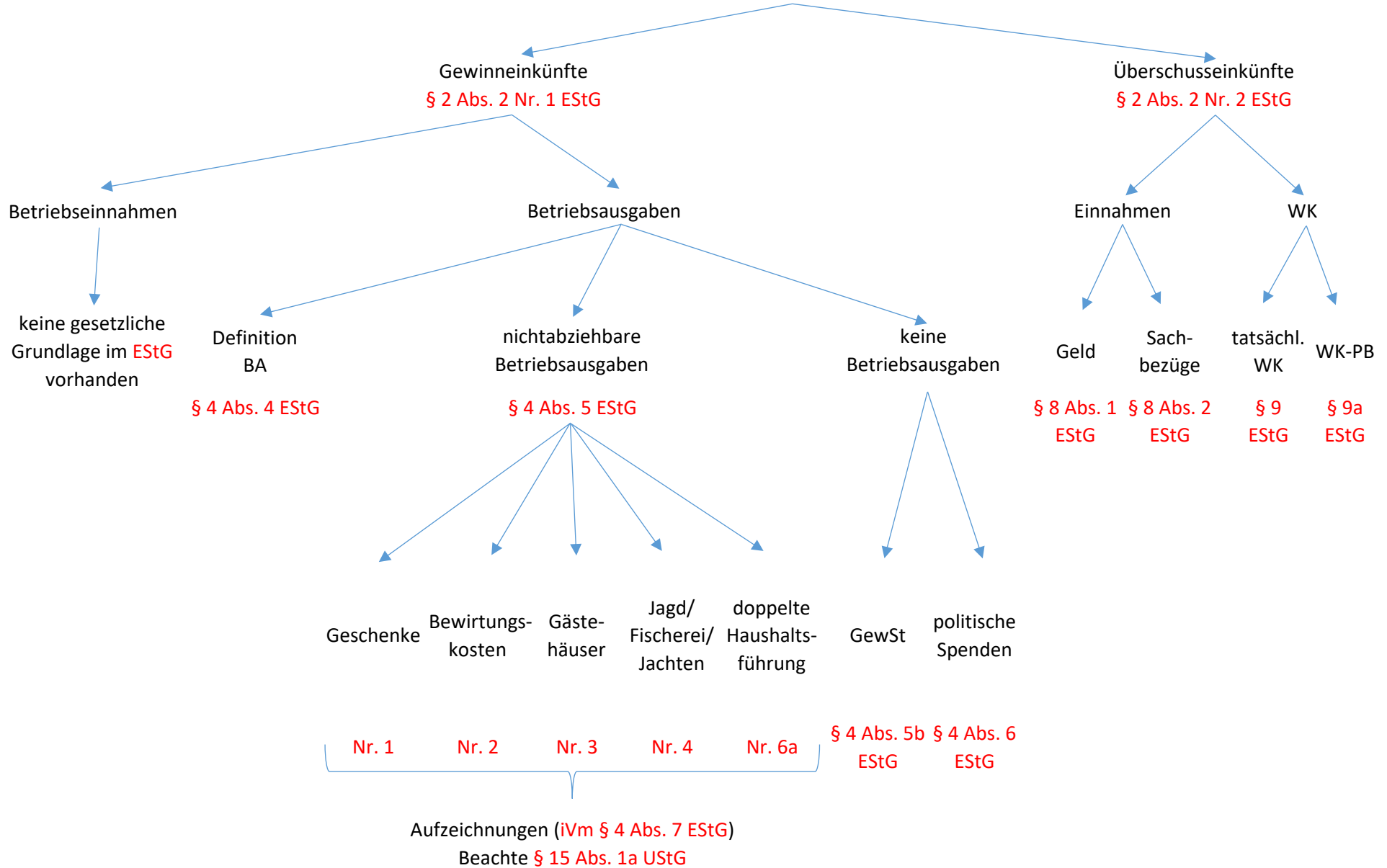
Ermittlung des Überschusses mittels
Einnahmen (§ 8 EStG) ./ . WK (§§ 9, 9a EStG)

Ermittlung Gewinn oder Überschuss

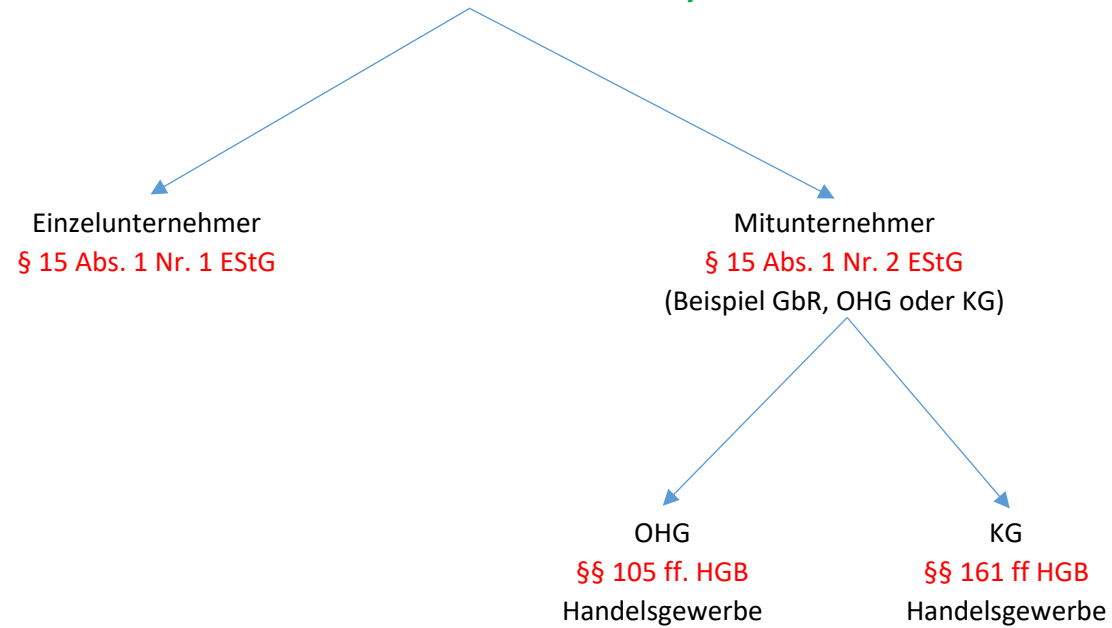
§ 2 Abs. 2 EStG



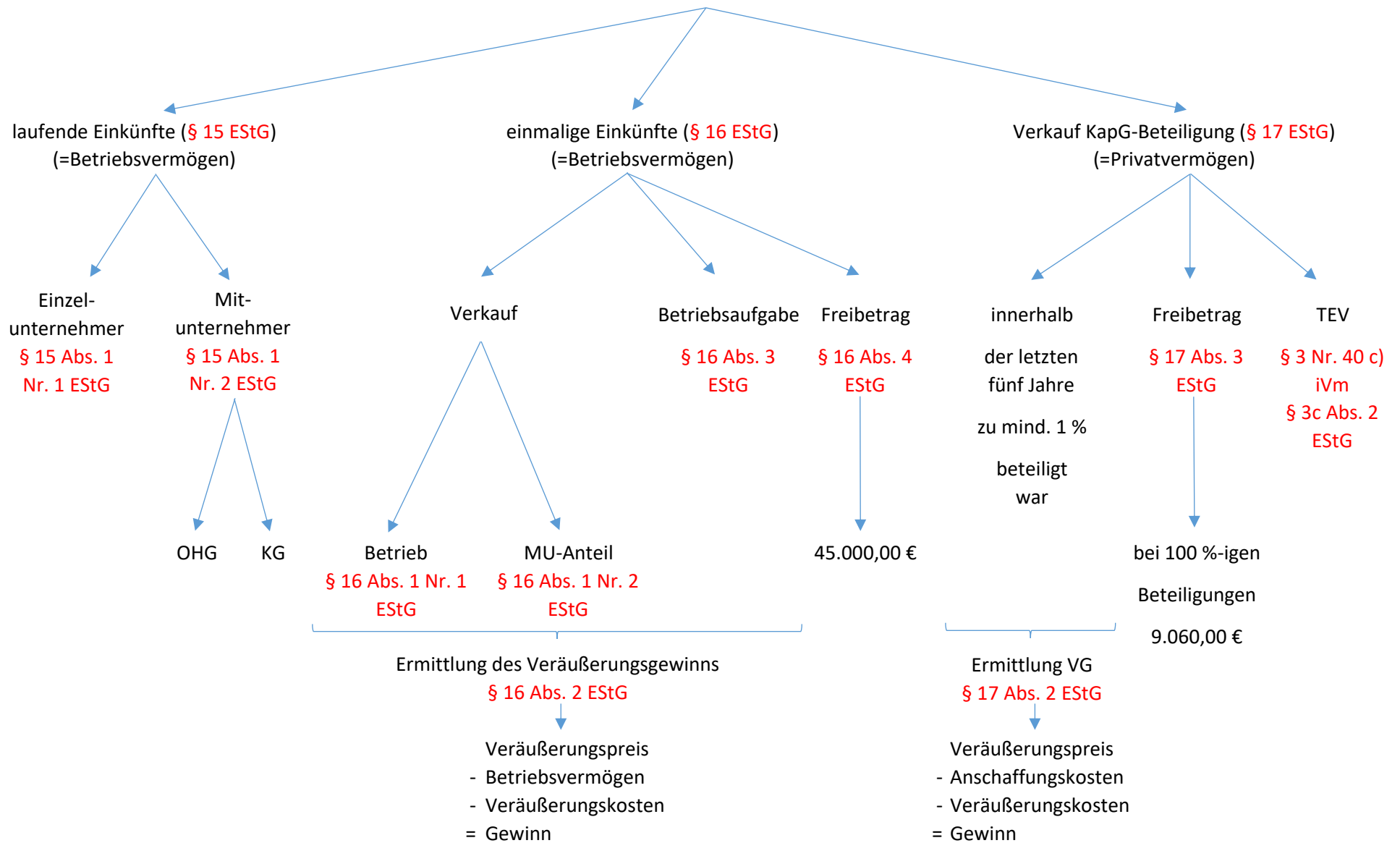
Grundgrößen der Einkünfte



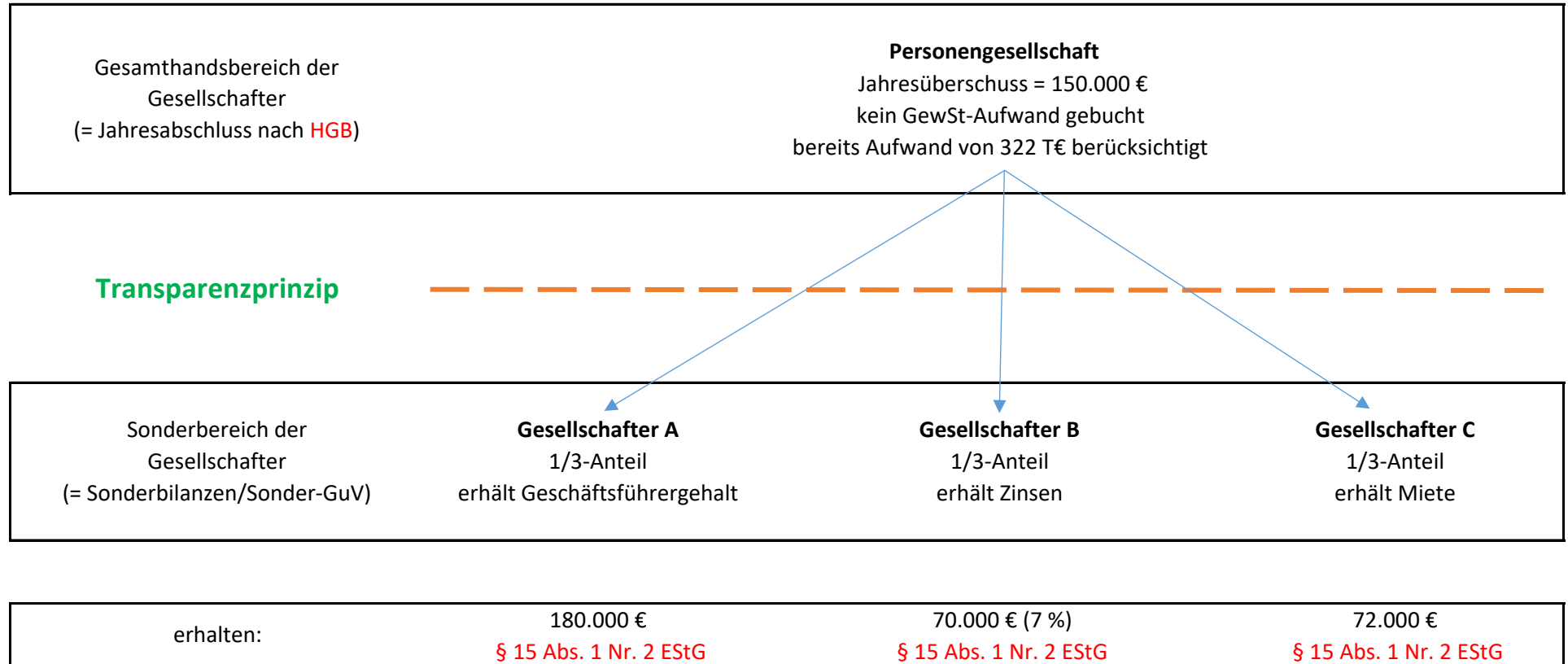
Einkünfte aus Gewerbebetrieb beim Einzel-/Mitunternehmer



Einkünfte aus Gewerbebetrieb



4. Einkommensteuer



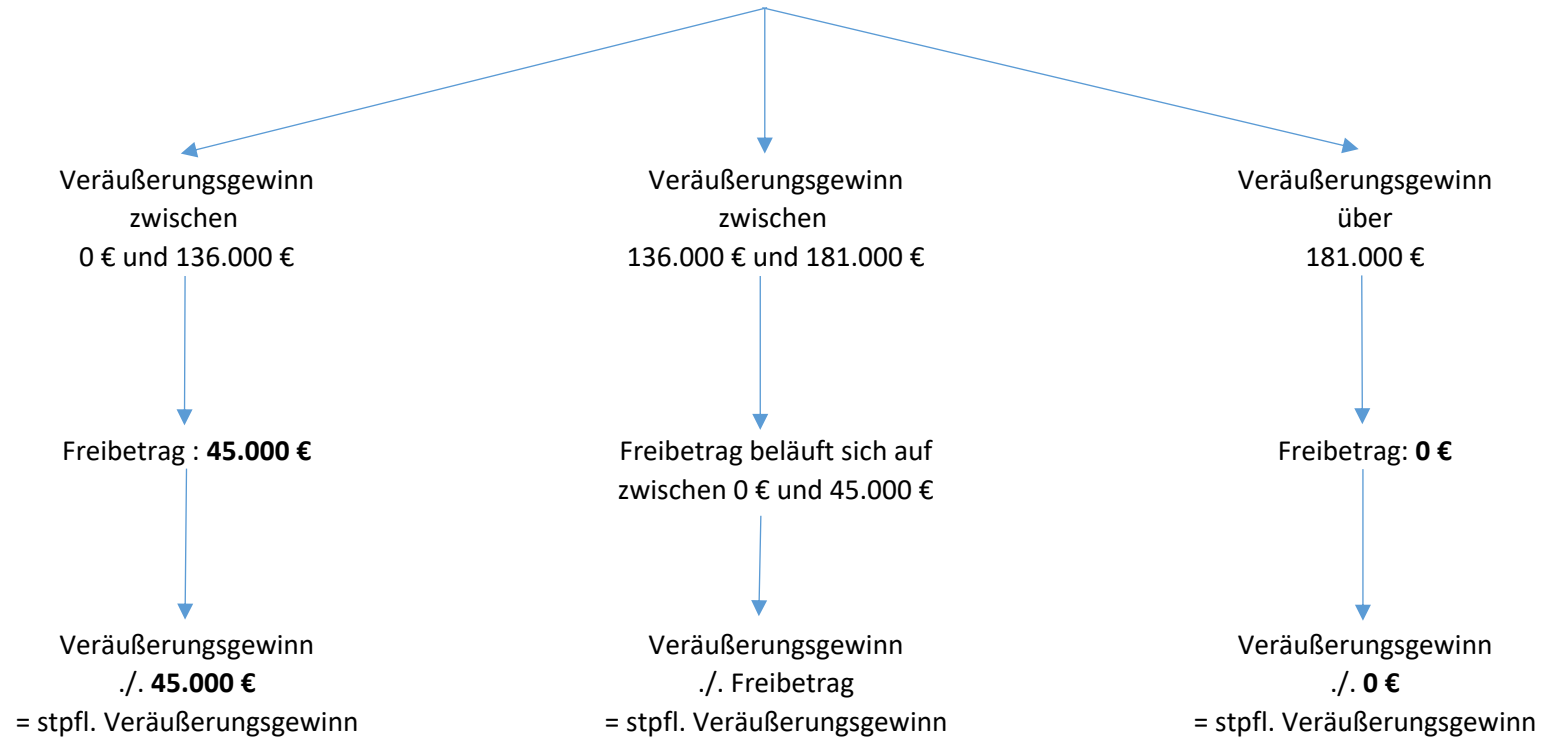
Steuerrechtlicher Gewinn der PersG:

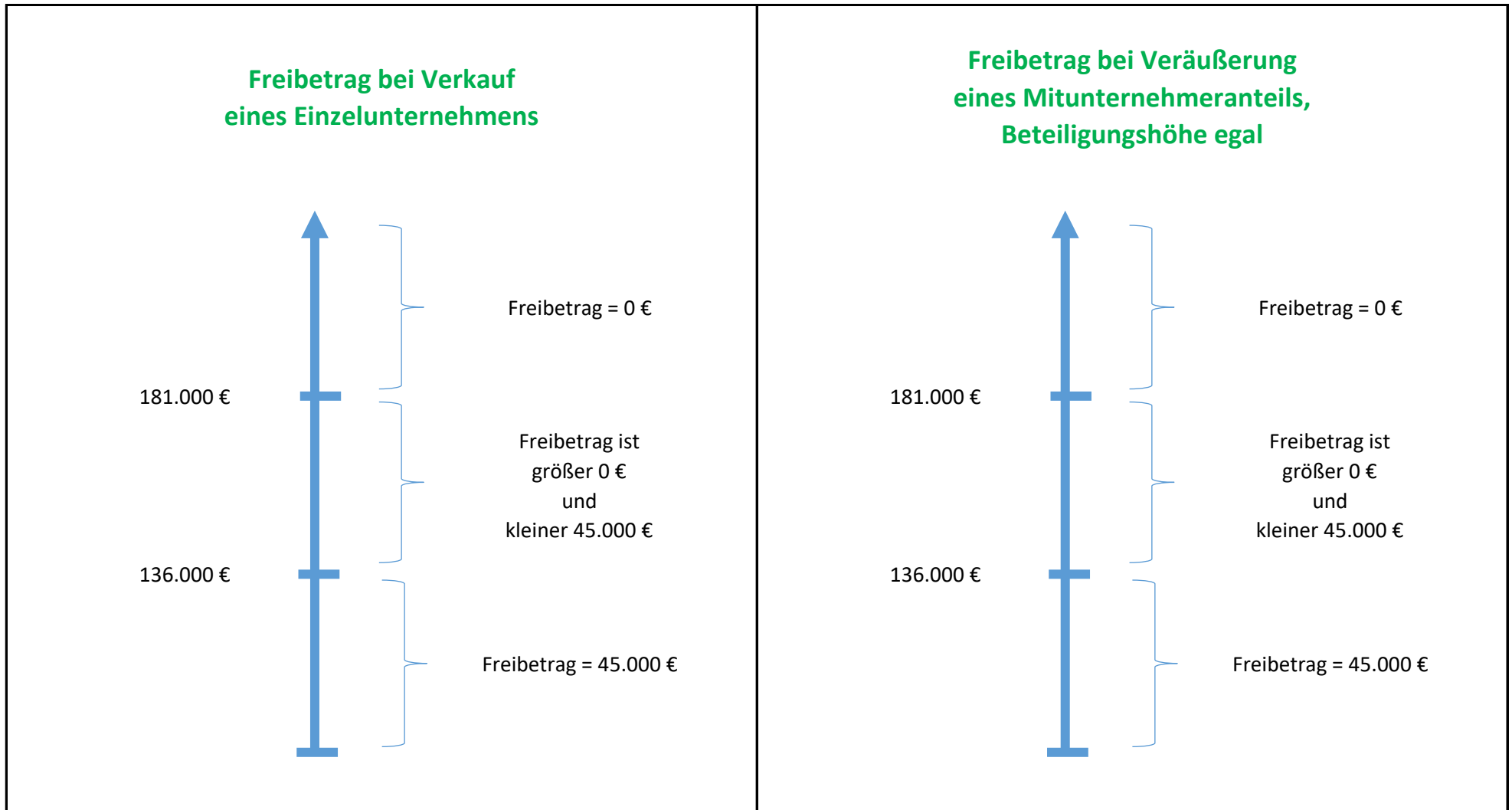
JÜ (ggfs. außerbilanzielle Hinzurechnung des GewSt-Aufwandes)	150.000,00 €
+ Sonderbetriebseinnahmen des Gesellschafters A	180.000,00 €
+ Sonderbetriebseinnahmen des Gesellschafters B	70.000,00 €
+ Sonderbetriebseinnahmen des Gesellschafters C	72.000,00 €
= Steuerrechtlicher Gewinn	472.000,00 €

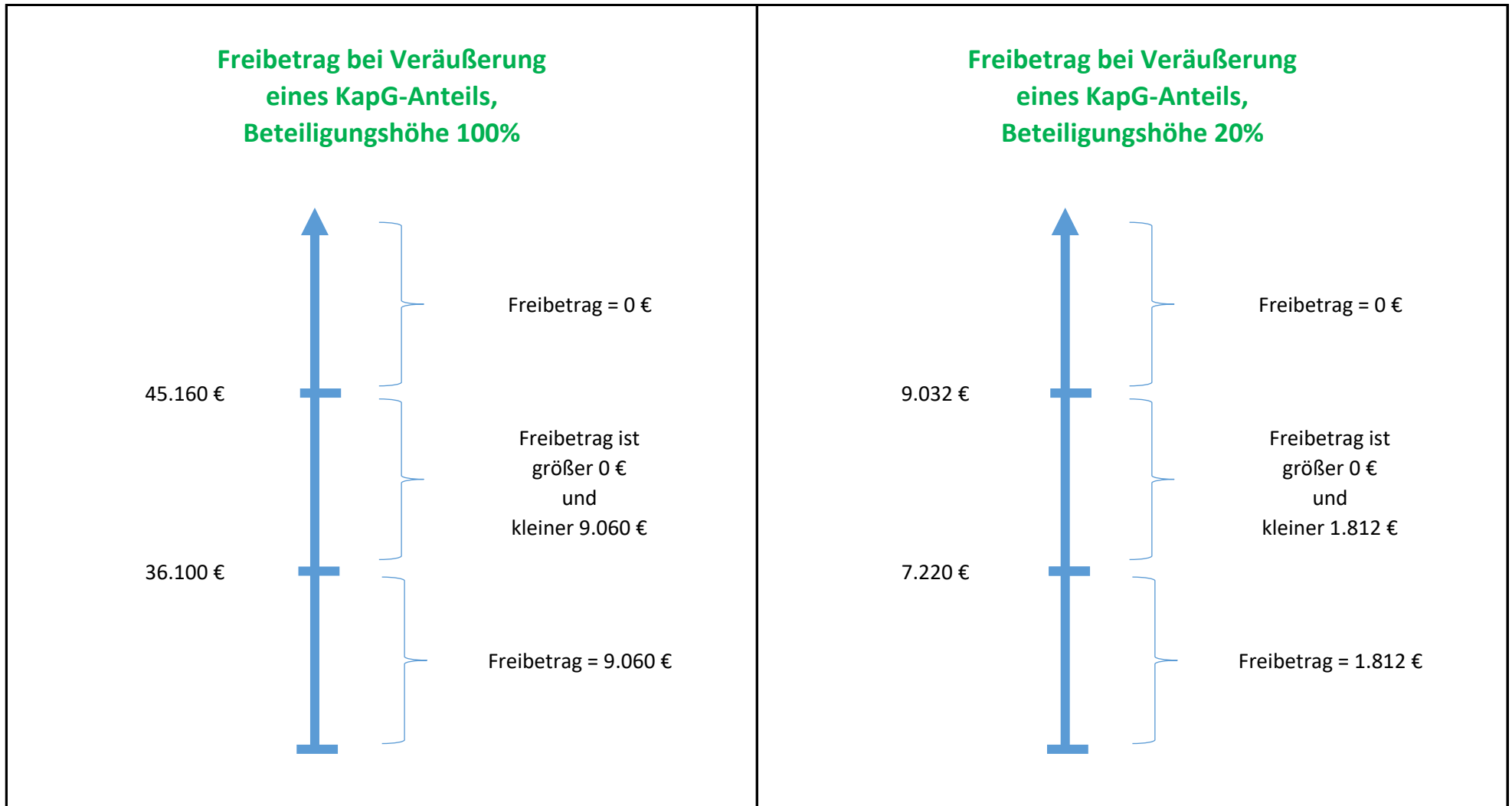
Bescheid über die gesonderte und einheitliche Feststellung von Besteuerungsgrundlagen (§ 179 Abs. 2 iVm § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a AO):

Gesellschafter A	230.000,00 €
Gesellschafter B	120.000,00 €
Gesellschafter C	122.000,00 €

Freibetrag gem. § 16 Abs. 4 EStG







Veräußerungsgewinn bei § 16 EStG oder § 18 EStG

"Transparenzprinzip"

Veräußerungspreis

- Veräußerungskosten

- **Wert des Betriebsvermögens (ggfs. Anteil)**

= Veräußerungsgewinn

Veräußerungsgewinn bei § 17 EStG oder § 20 EStG

"Trennungsprinzip"

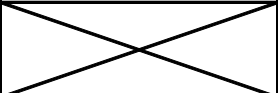
Veräußerungspreis

- Veräußerungskosten

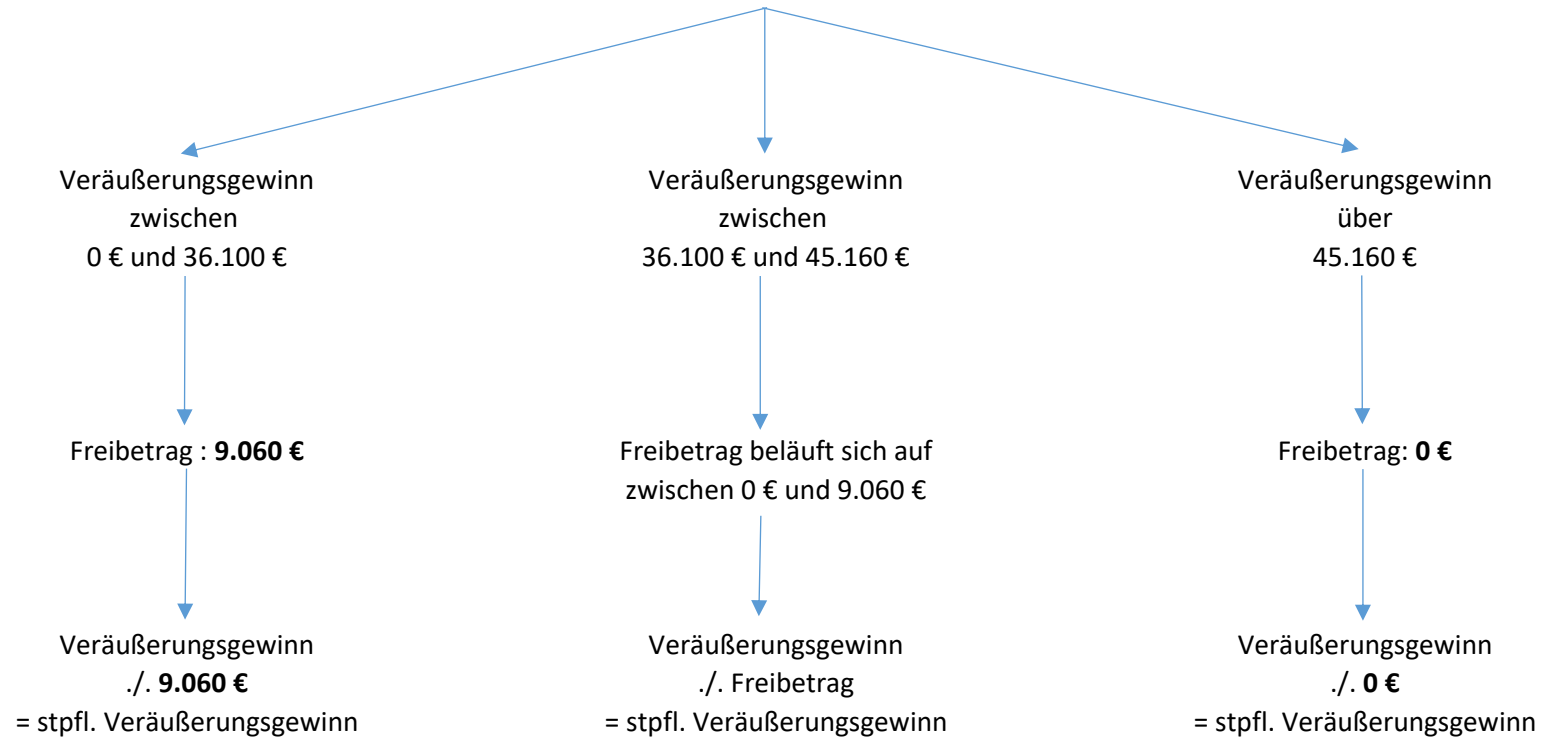
- **Anschaffungskosten**

= Veräußerungsgewinn

Ermittlung des steuerpflichtigen Veräußerungsgewinns gem. § 17 EStG

Bezeichnung	Gesetzliche Grundlagen	Beteiligungshöhe 100%	Beteiligungshöhe 20%	Beteiligungshöhe 100%	Beteiligungshöhe 100%
Veräußerungspreis	§ 17 Abs. 2 EStG	32.000,00 €	32.000,00 €	90.000,00 €	75.000,00 €
Veräußerungskosten		500,00 €	500,00 €	500,00 €	500,00 €
Anschaffungskosten		12.500,00 €	12.500,00 €	12.500,00 €	12.500,00 €
Veräußerungsgewinn		19.000,00 €	19.000,00 €	77.000,00 €	62.000,00 €
Teileinkünfteverfahren	§ 3 Nr. 40 c) EStG	11.400,00 €	11.400,00 €	46.200,00 €	37.200,00 €
Freibetrag in voller Höhe	§ 17 Abs. 3 EStG	9.060,00 €	9.060,00 €	9.060,00 €	9.060,00 €
Sockelbetrag	§ 17 Abs. 3 EStG	36.100,00 €	7.220,00 €	36.100,00 €	36.100,00 €
Veräußerungsgewinn übersteigt Sockelbetrag		- €	4.180,00 €	10.100,00 €	1.100,00 €
Abziehbare Freibetrag		9.060,00 €	1.812,00 €	- €	7.960,00 €
Steuerpflichtiger Veräußerungsgewinn		2.340,00 €	11.400,00 €	46.200,00 €	29.240,00 €

Freibetrag gem. § 17 Abs. 3 EStG bei 100% KapG-Beteiligung



AfA-Bemessungsgrundlage bei steuerpflichtigen/steuerfreien Umsätzen

Bezeichnung	Steuerberater	Arzt
Nettopreis	40.000,00 €	40.000,00 €
Umsatzsteuer	7.600,00 €	7.600,00 €
Bruttopreis	47.600,00 €	47.600,00 €
Nutzungsdauer in Jahren	6	6
1. Jahr	6.666,67 €	7.933,33 €
2. Jahr	6.666,67 €	7.933,33 €
3. Jahr	6.666,67 €	7.933,33 €
4. Jahr	6.666,67 €	7.933,33 €
5. Jahr	6.666,67 €	7.933,33 €
6. Jahr	6.666,67 €	7.933,33 €

Einkünfte aus Kapitalvermögen

§ 20 Abs. 1 Nr. 1 EStG	Dividenden
§ 20 Abs. 1 Nr. 4 EStG	typisch stiller Gesellschafter
§ 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG	Zinsen
§ 20 Abs. 2 Nr. 1 EStG	Verkauf von Aktien / wichtig Abgrenzung § 17 EStG
§ 20 Abs. 4 EStG	Gewinnermittlung bei Aktienverkäufen
§ 20 Abs. 6 EStG	Horizontale/vertikale Verlustausgleichseinschränkung
§ 20 Abs. 8 EStG	Subsidiaritätsklausel
§ 20 Abs. 9 EStG	Sparer-PB (801 € / 1.602 €)
§ 32d Abs. 1 EStG	25 % Abgeltungssteuer
§ 32d Abs. 2 EStG	Nr. 1 iVm § 20 Abs. 1 Nr. 4 und 7 EStG
	a) nahe stehende Personen
	b) 10 %-ige Beteiligung an KapG
	Nr. 3 iVm § 20 Abs. 1 Nr. 1 EStG
	25 % oder 1 % und für die Gesellschaft tätig auf Antrag
	TEV (§ 3 Nr. 40 iVm § 3c Abs. 2 EStG)
§ 2 Abs. 2 Nr. 2 iVm § 32d Abs. 1 EStG (25 %)	Einnahmen gem. § 8 EStG
	./. Sparer-PB gem. § 20 Abs. 9 EStG
	= Einkünfte gem. § 20 EStG
§ 2 Abs. 2 Nr. 2 iVm § 32d Abs. 2 iVm § 32a EStG	Einnahmen gem. § 8 EStG
	./. Werbungskosten gem. § 9 EStG
	= Einkünfte gem. § 20 EStG
Teileinkünfteverfahren	Einnahmen * 60 % (§ 3 Nr. 40 EStG)
	Werbungskosten * 60 % (§ 3c Abs. 2 EStG)
	= Einkünfte gem. § 20 EStG

Bedeutung des § 2 Abs. 5b EStG

≠ § 32d Abs. 1 EStG oder § 43 Abs. 5 EStG

Keine Kapitalertragsteuer möglich

Besteuerung mit persönlichem Steuersatz gem. § 32a EStG

Schlussfolgernd die Einkünfte aus Kapitalvermögen werden in die Summe der Einkünfte einbezogen

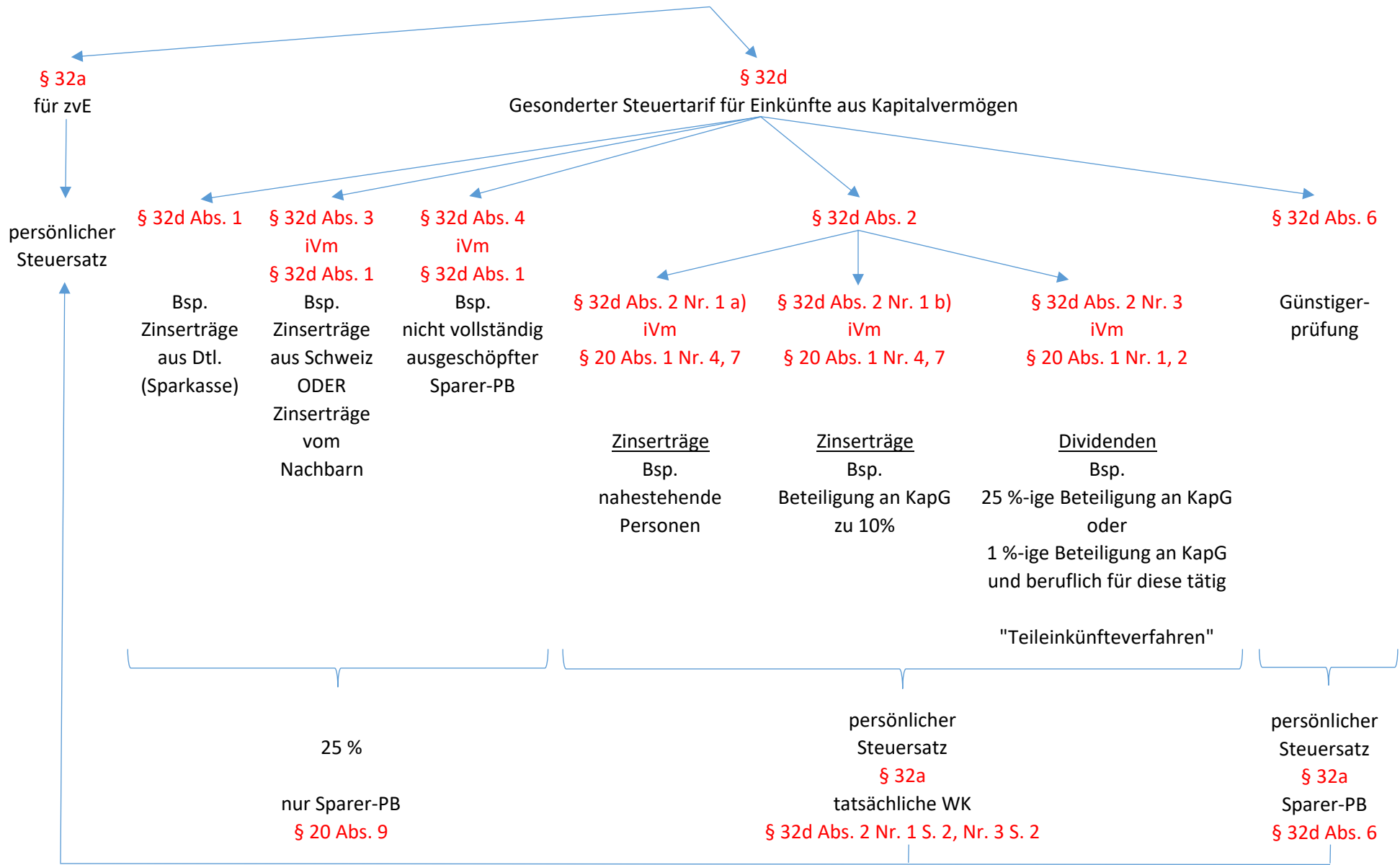
= § 32d Abs. 1 EStG oder § 43 Abs. 5 EStG

Anwendung der Kapitalertragsteuer

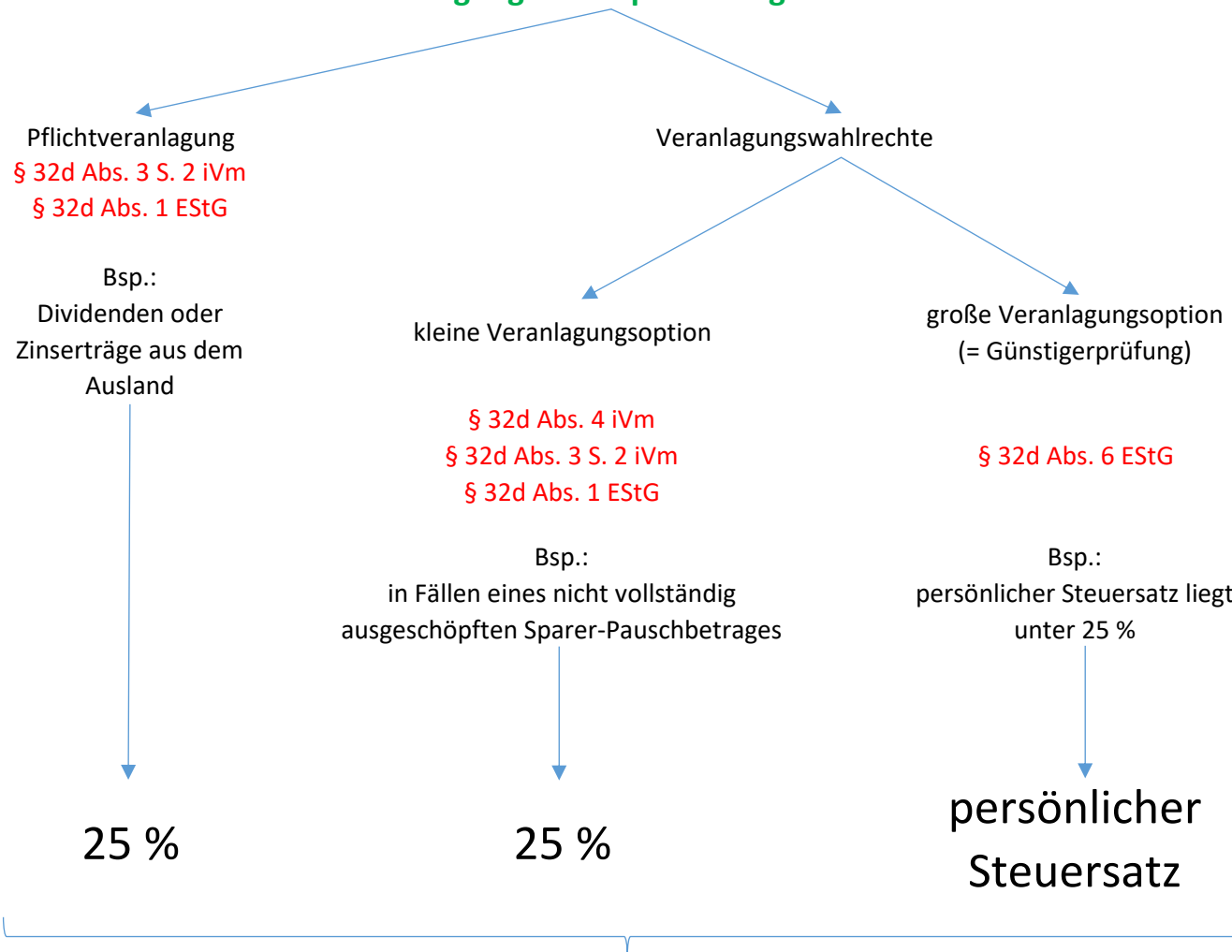
Besteuerung mit 25% gem. § 32d Abs. 1 EStG

Schlussfolgernd die Einkünfte aus Kapitalvermögen werden NICHT in die Summe der Einkünfte einbezogen

Tarife im EStG



Veranlagung von Kapitalerträgen



nur Sparerpauschbetrag in Höhe von 801 € gem. § 20 IX EStG abziehbar

Veräußerung von KapG-Anteilen aus Privatvermögen

§ 17 EStG

Einkünfte aus Gewerbebetrieb

zu mindestens 1 % innerhalb
der letzten fünf Jahre

§ 32d EStG nicht anwendbar

TEV (§ 3 Nr. 40 Buchst. c iVm § 3c Abs. 2 EStG)

Freibetrag 9.060 €

§ 20 Abs. 2 Nr. 1, Abs. 4 EStG

Einkünfte aus Kapitalvermögen

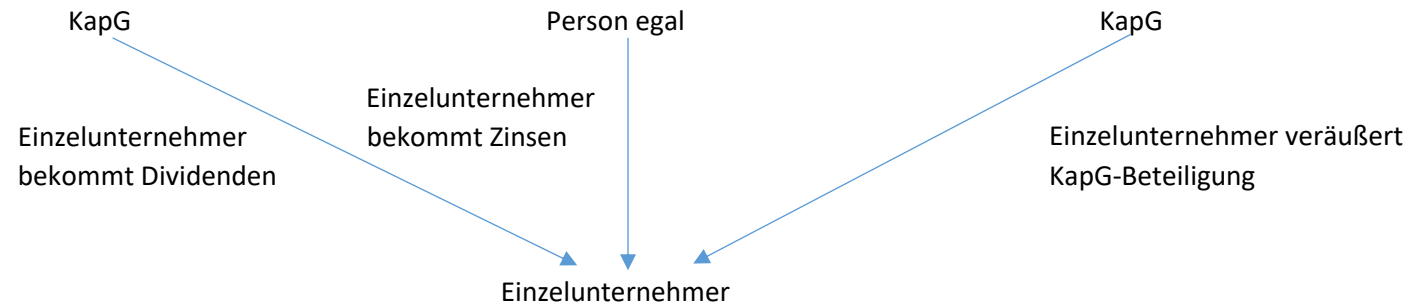
zu weniger als 1 % innerhalb
der letzten fünf Jahre

§ 32d EStG muss angewendet werden

kein TEV

Sparer-PB 801 €

Kapitalerträge im Betriebsvermögen → Subsidiaritätsprinzip gem. § 20 Abs. 8 EStG



Veräußerungsgewinn, Dividenden und Zinsen stellen Betriebseinnahmen dar
Es findet persönlicher Steuersatz Anwendung
Veräußerungsgewinn: § 3 Nr. 40 Buchstabe a EStG (Teileinkünfteverfahren)
Dividenden: § 3 Nr. 40 Buchstabe d EStG (Teileinkünfteverfahren)
Zinsen: kein Teileinkünfteverfahren

4. Einkommensteuer

Besteuerung von Dividenden/Zinsen								
Dividenden oder Zinsen	Dividenden				Zinsen			
Betriebsvermögen oder Privatvermögen	Beteiligung im BV, für § 17 EStG im PV	Beteiligung im PV			Beteiligung im BV, für § 17 EStG im PV	Beteiligung im PV		
gesetzliche Grundlage	§§ 13-18 EStG	§ 20 EStG			§§ 13-18 EStG	§ 20 EStG		
Tarif	§ 32a EStG	§ 32d Abs. 1 EStG	§ 32d Abs. 2 Nr. 3 EStG auf Antrag	§ 32d Abs. 6 EStG	§ 32a EStG	§ 32d Abs. 1 EStG	§ 32d Abs. 2 Nr. 1 a) und b) EStG	§ 32d Abs. 6 EStG
Steuersatz	persönlicher Steuersatz	25%	persönlicher Steuersatz	persönlicher Steuersatz	persönlicher Steuersatz	25%	persönlicher Steuersatz	persönlicher Steuersatz
TEV (60% steuerpfl.) Dividenden/§ 3 Nr. 40 d) Zinserträge nie TEV	TEV	kein TEV	TEV	kein TEV	kein TEV	kein TEV	kein TEV	kein TEV
Betriebsausgaben/ Werbungskosten/ Sparerpauschbetrag	BA	Sparer-PB	WK	Sparer-PB	BA	Sparer-PB	WK	Sparer-PB
Höhe der Abzugsfähigkeit	60% der BA	801,00 €	60% der WK	801,00 €	BA in voller Höhe	801,00 €	WK in voller Höhe	801,00 €

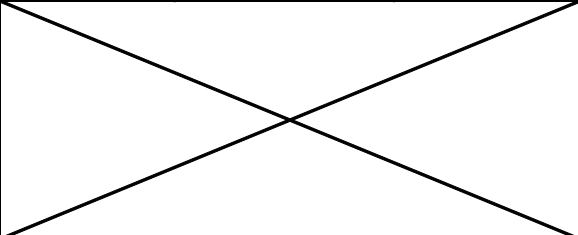
Anwendung des Teileinkünfteverfahrens

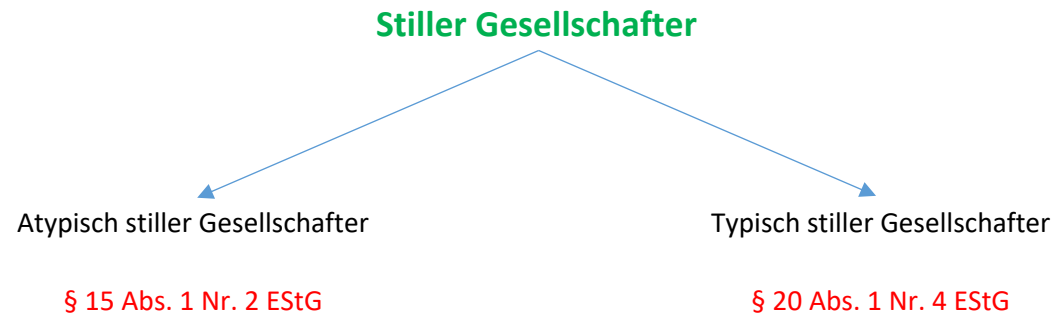
1. Überlegung	Nie bei Zinserträgen, nur bei Dividenden und Veräußerungsgewinnen
2. Überlegung	Bei Einkünfte aus Kapitalvermögen das TEV nur in Verbindung mit § 32d Abs. 2 Nr. 3 EStG anwendbar (= Dividenden)
3. Überlegung	Dividenden (§ 3 Nr. 40 Buchstabe d EStG) und Veräußerungsgewinne (§ 3 Nr. 40 Buchstabe a EStG) aus dem Betriebsvermögen sind immer mithilfe des Teileinkünfteverfahrens gem. § 3 Nr. 40 EStG zu ermitteln
4. Überlegung	Falls zu mindestens 1% innerhalb der letzten 5 Jahre an einer KapG aus dem Privatvermögen beteiligt gewesen, dann Anwendung des Teileinkünfteverfahrens wegen § 17 EStG

4. Einkommensteuer

Kapitalerträge							
Privatvermögen			Betriebsvermögen				
Grundsatz: 25%			Ausschließlich persönlicher Steuersatz				
Dividenden	Veräußerungs- gewinne	Zinsen	Dividenden	Veräußerungs- gewinne		Zinsen	
Ausnahme: persönlicher Steuersatz			 				
auf Antrag bei KapG-Beteiligung von 25% oder KapG-Beteiligung von 1% und für die Gesellschaft tätig § 32d Abs. 2 Nr. 3 EStG	falls innerhalb der letzten fünf Jahre zu mind. 1% an KapG beteilig § 17 EStG	Nahestehende Personen oder KapG-Beteiligung von 10%	natürliche Person	jüristische Person	natürliche Person	jüristische Person	Person egal
TEV § 3 Nr. 40 d) iVm § 3c Abs. 2 EStG	TEV § 3 Nr. 40 c) iVm § 3c Abs. 2 EStG	kein TEV	TEV § 3 Nr. 40 d) iVm § 3c Abs. 2 EStG	§ 8b Abs. 1, 5 KStG	§ 3 Nr. 40 a) iVm § 3c Abs. 2 EStG	§ 8b Abs. 1, 5 KStG	
40% steuerfrei	40% steuerfrei	100% steuerpflichtig	40% steuerfrei	95% steuerfrei bei mind. 10% Beteiligung	40% steuerfrei	95% steuerfrei	100% steuerpflichtig
Falls persönlicher Steuersatz unter 25%, dann gem. § 32d Abs. 4 EStG Günstigerprüfung			 				

4. Einkommensteuer

Bezeichnungen	Kapitalerträge								
	erhält natürliche Person						erhält juristische Person		
	Dividenden		Veräußerungs- gewinne		Zinsen		Dividenden	Veräußerungs- gewinne	Zinsen
Privat-/ Betriebsvermögen	Privat- vermögen	Betriebs- vermögen	Privat- vermögen	Betriebs- vermögen	Privat- vermögen	Betriebs- vermögen	Betriebsvermögen		
Grundsatz der Besteuerung	25%	persön- licher Steuersatz	25%	persön- licher Steuersatz	25%	persön- licher Steuersatz	15%	15%	15%
Ausnahmen der Besteuerung	Persön- licher Steuersatz	keine	Persön- licher Steuersatz	keine	Persön- licher Steuersatz	keine			



Beteiligung am Erfolg des Unternehmens

Mitunternehmerrisiko
Mitunternehmerinitiative

4. Einkommensteuer

Abgeltungsprinzip

A erzielt Einkünfte aus Kapitalvermögen in Höhe von 1.000 € brutto; Sparer-PB ausgeschöpft

Gem. § 43 Abs. 5 EStG ist die Einkommensteuer durch Steuerabzug abgegolten.

Nach § 2 Abs. 5b sind die 1.000 € nicht in die Summe der Einkünfte einzubeziehen.

Kleine Veranlagungsoption

B erzielt Einkünfte aus Kapitalvermögen in Höhe von 1.000 € brutto; Sparer-PB nicht ausgeschöpft

Gem. § 32d Abs. 4 ist die kleine Veranlagungsoption zu wählen.

Es findet weiterhin der Steuersatz von 25 % Anwendung (§ 32d Abs. 4 iVm Abs. 3 S. 2 iVm Abs. 1 EStG)

Einnahmen:	1.000,00 €
Sparer-PB:	801,00 €
Überschuss:	199,00 €
Kapitalertragsteuer:	49,75 €
Einbehalten wurden (1.000 € * 25 % =)	250,00 €
Die Höhe der Anrechnung auf die Einkommensteuer (801 € * 25 % =)	200,25 €

Kleine Veranlagungsoption

C erzielt Einkünfte aus Kapitalvermögen in Höhe von 1.000 € brutto; Sparer-PB in Höhe von 400 € ausgeschöpft

Gem. § 32d Abs. 4 ist die kleine Veranlagungsoption zu wählen.

Es findet weiterhin der Steuersatz von 25 % Anwendung (§ 32d Abs. 4 iVm Abs. 3 S. 2 iVm Abs. 1 EStG)

Einnahmen:	1.000,00 €
Sparer-PB:	801,00 €
Überschuss:	199,00 €
Kapitalertragsteuer:	49,75 €
Einbehalten wurden ((1.000 € - 400 €) * 25 % =)	150,00 €
Die Höhe der Anrechnung auf die Einkommensteuer (401 € * 25 % =)	100,25 €

Zusammenfassung "Einkünfte aus Kapitalvermögen"

Einkünfte aus Kapitalvermögen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 5 iVm § 20 EStG

Ermittlung des Überschusses gem. § 2 Abs. 2 Nr. 2 EStG (beachte § 2 Abs. 2 S. 2 EStG)

- Grundsatz: Einnahmen iSd § 8 EStG
./ . Sparer-PB (801 € EV / 1.602 € ZV) gem. § 20 Abs. 9 EStG
= Überschuss
- Ausnahme: Einnahmen iSd § 8 EStG
./ . Werbungskosten gem. § 32d Abs. 2 Nr. 1 S. 2, Nr. 3 S. 2 EStG
= Überschuss

Einnahmen können resultieren aus:

- Dividenden (§ 20 Abs. 1 Nr. 1 EStG)
- stillen Beteiligungen (§ 20 Abs. 1 Nr. 4 EStG)
- Zinserträgen (§ 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG)
- Aktienveräußerungen (§ 20 Abs. 2 Nr. 1 EStG)

Sparer-PB gem. § 20 Abs. 9 EStG in Höhe von 801 € / 1.602 €

Tatsächliche Werbungskosten gem. § 9 EStG

Tarife:

- Besonderer Tarif für Einkünfte aus Kapitalvermögen gem. § 32d Abs. 1 EStG: 25 %
- Einkommensteuertarif gem. § 32a EStG: persönlicher Steuersatz

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

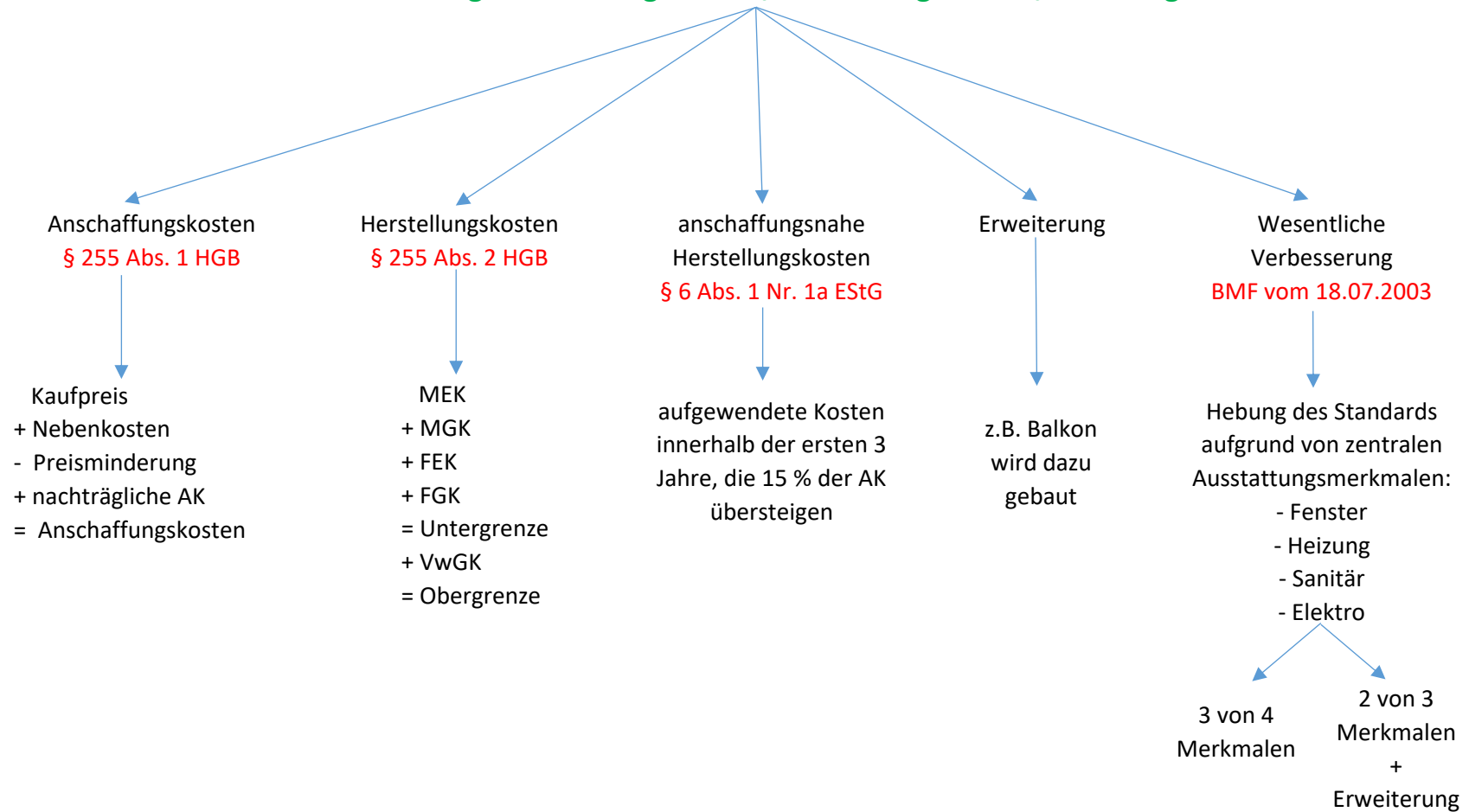
- dem Grunde nach: § 2 Abs. 1 Nr. 6 iVm § 21 EStG

- der Höhe nach: § 2 Abs. 2 Nr. 2 EStG
Einnahmen ./ . Werbungskosten = Überschuss

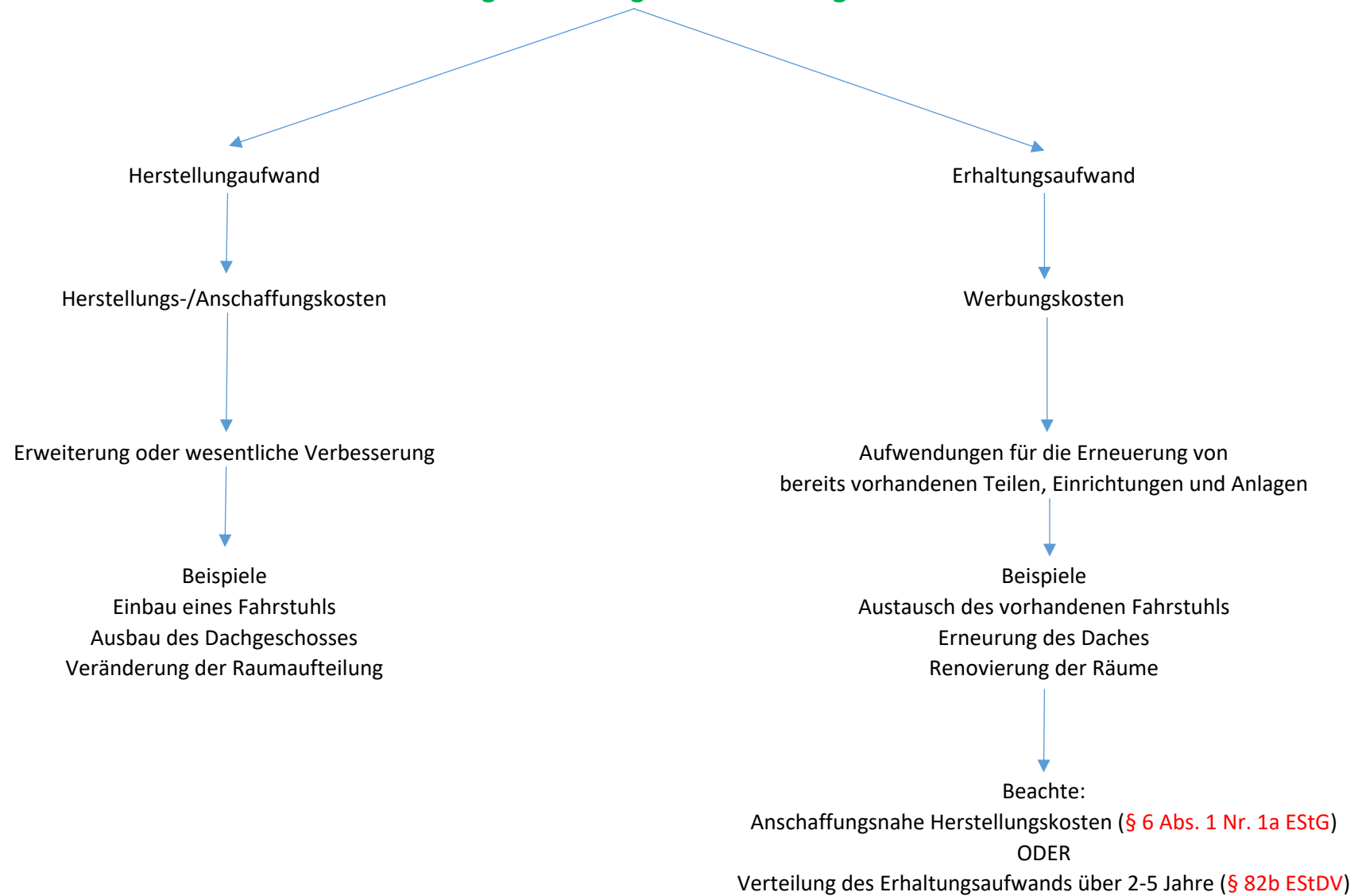
- Einnahmen (§ 8 iVm § 11 Abs. 1 EStG):
 - regelmäßiger Geldfluss
 - beachte 50 % aus § 21 Abs. 2 EStG
 - Kautions ist keine Einnahme

- Werbungskosten (§ 9 iVm § 11 Abs. 2 EStG):
 - AfA (§ 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 7 iVm § 7 Abs. 4 Nr. 2 EStG)
 - Zinsen/Disagio (§ 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 EStG)
 - Grundbesitzabgaben/Versicherungen (§ 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 EStG)
 - wenn keine marktübliche Miete (< 50 %), dann WK anteilig kürzen
 - anschaffungsnahe HK (§ 6 Abs. 1 Nr. 1a EStG)
 - Erhaltungsaufwand

Abgrenzung Anschaffungskosten/Herstellungskosten/Erhaltungsaufwand



Unterscheidung Herstellungs- und Erhaltungsaufwand



Zusammenfassung "Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung"

Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 2 Abs. 1 Nr. 6 iVm § 21 EStG)

Ermittlung Überschuss (§ 2 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 EStG)

Einnahmen (§ 8 Abs. 1 iVm § 11 Abs. 1 EStG)

Beachte!!! regelmäßig wiederkehrende Einnahmen

Werbungskosten (§ 9 iVm § 11 Abs. 2 EStG)

Bei Einkünften aus V/V kein Werbungskostenpauschbetrag möglich

AfA (§ 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 7 iVm § 7 Abs. 4 Nr. 2 EStG)

Schuldzinsen (§ 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 EStG iVm § 11 Abs. 2 EStG)

Eintragung Grundschuld (§ 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 iVm § 11 Abs. 2 EStG)

Disagio (§ 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 iVm § 11 Abs. 2 EStG)

Grundsteuer (§ 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 iVm § 11 Abs. 2 EStG)

Beachte!!! Verbilligte Vermietung unter 50 % der ortsüblichen Miete
gem. § 21 Abs. 2 EStG

Schlussfolgerung: Einnahmen - Werbungskosten = Überschuss

Beachte!!! Subsidiaritätsklausel gem. § 21 Abs. 3 EStG

Renten gem. § 22 EStG

Ermitteln Sie die sonstigen Einkünfte für den VZ 2017

Frau Müller bezieht seit dem 01.07.2015 eine Rente aus der gesetzlichen RV.
Aus den bisher ergangenen Rentenbescheiden ergeben sich folgende monatliche Bruttowerte:

- ab 01.07.2015	1.800,00 €
- ab 01.07.2016	1.804,50 €
- ab 01.07.2017	1.834,64 €

Lösung:

Einnahmen 2017

6 * 1.804,50 € (aus 2017) =	10.827,00 €	
6 * 1.834,64 € (aus 2017) =	11.007,84 €	
Summe Einnahmen 2017	21.834,84 €	21.834,84 €

Rentenfreibetrag

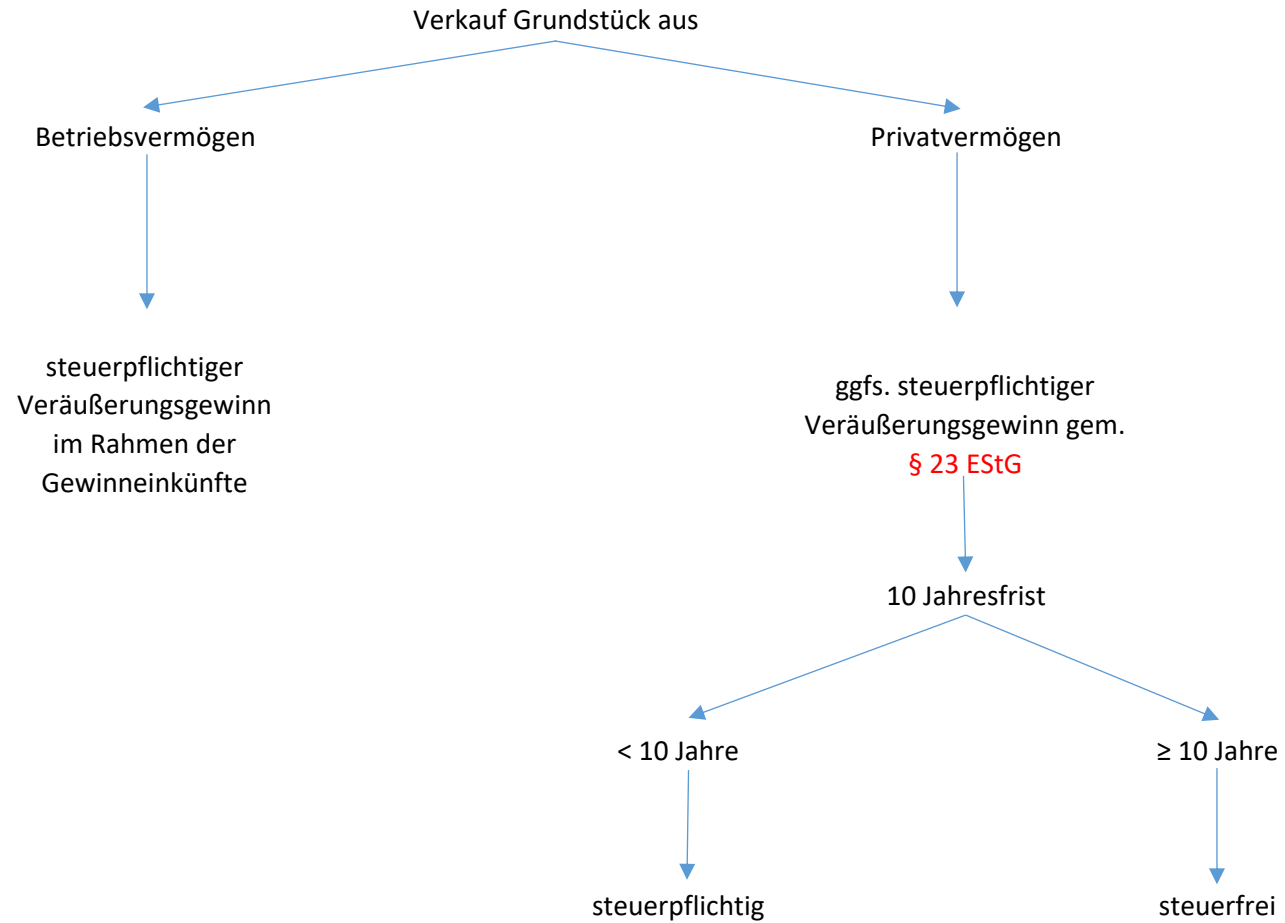
6 * 1.800,00 € (aus 2016) =	10.800,00 €	
6 * 1.804,50 € (aus 2016) =	10.827,00 €	
Zwischensumme	21.627,00 €	
Besteuerungsanteil (70 % aus 2015)	15.138,90 €	
Rentenfreibetrag	6.488,10 €	6.488,10 €
oder: Rentenfreibetrag (30 % aus 2015)	6.488,10 €	

steuerpflichtige Einnahmen 15.346,74 €

WK-Pauschbetrag 102,00 €

sonstige Einkünfte 15.244,74 €

Private Veräußerungsgeschäfte



Zusammenfassung Ermittlung der Überschusseinkünfte

Ermittlung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit gem. § 19 iVm § 2 Abs. 2 Nr. 2 EStG

Einnahmen gem. § 8 EStG
- Versorgungsfreibetrag
- Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag
= steuerpflichtige Einnahmen
- **Werbungskosten gem. § 9 EStG**
= Überschuss gem. § 19 EStG

Einnahmen gem. § 8 EStG
- Versorgungsfreibetrag
- Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag
= steuerpflichtige Einnahmen
- **Werbungskosten-Pauschbetrag gem. § 9a EStG**
= Überschuss gem. § 19 EStG

Ermittlung der Einkünfte aus Kapitalvermögen gem. § 20 iVm § 2 Abs. 2 Nr. 2 EStG

Anwendung des § 32d Abs. 1 EStG:

Einnahmen gem. § 8 EStG
- **Sparerpauschbetrag gem. § 20 Abs. 9 EStG**
= Überschuss gem. § 20 EStG
* 25 % = Kapitalertragsteuer
Überschuss nicht in die Summe der
Einkünfte (§ 2 Abs. 5b EStG)

Anwendung des § 32d Abs. 2 EStG:

Einnahmen gem. § 8 EStG
- **Werbungskosten gem. § 9 EStG**
= Überschuss gem. § 20 EStG
* persönlicher Steuersatz
Überschuss ist in die Summe der
Einkünfte einzubeziehen (§ 2 Abs. 5b EStG)

Ermittlung der Einkünfte aus Vermietung/Verpachtung gem. § 21 iVm § 2 Abs. 2 Nr. 2 EStG

Einnahmen gem. § 8 EStG
- **Werbungskosten gem. § 9 EStG (ggfs. Kürzung verbilligte Vermietung beachte 66 %)**
= Überschuss gem. § 21 EStG

Ermittlung der sonstigen Einkünfte gem. § 22 EStG iVm § 2 Abs. 2 Nr. 2 EStG

§ 22 Nr. 1 S. 3 a) aa) EStG:

Einnahmen
* Besteuerungsanteil
= steuerpflichtige Einnahmen
./ **Werbungskosten (§ 9 oder § 9a EStG)**
= Überschuss gem. § 22 EStG

§ 22 Nr. 1 S. 3 a) bb) EStG:

Einnahmen
* Ertragsanteil
= steuerpflichtige Einnahmen
./ **Werbungskosten (§ 9 oder § 9a EStG)**
= Überschuss gem. § 22 EStG

Zusammenfassung der Werbungskosten gem. § 9 EStG

Einkünfte aus nichtselbst. Arbeit

Entfernungspauschale, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 EStG

Arbeitsmittel, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 EStG

AfA und GWG, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 7 EStG

Behinderte Menschen, § 9 Abs. 2 S. 3 EStG

Verpflegungsmehraufwendungen, § 9 Abs. 4a EStG

Unter anderem Arbeitszimmer, § 9 Abs. 5 EStG

Berufsausbildung, § 9 Abs. 6 EStG

Einkünfte aus Kapitalvermögen

Grundsätzlich keine tatsächliche WK wegen
§ 20 Abs. 9 S. 1 HS 2 EStG

Ausnahme bei persönlichem
Steuersatz nach § 32d Abs. 2 EStG sind
tatsächliche WK abzuziehen

Einkünfte aus V/V

Renovierung, § 9 Abs. 1 S. 1 EStG; beachte
anschaffungsnahe HK gem. § 6 Abs. 1 Nr. 1a EStG

Schornsteinfegergebühren, § 9 Abs. 1 S. 1 EStG

Zinsen/Disagio, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 EStG

Grundsteuer, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 EStG

Öffentliche Abgaben, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 EStG

Versicherungen, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 2 EStG

Arbeitsmittel, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 6 EStG

AfA, § 9 Abs. 1 S. 3 Nr. 7 iVm § 7 Abs. 4 Nr. 2 EStG

4. Einkommensteuer

Altersentlastungsbetrag gem. § 24a EStG

Geburtstag: 01.01.1951
 64. Geburtstag: 01.01.2015
 Anspruch ab: 2015
 AEB in % der Einkünfte: 24
 AEB Höchstbetrag in €: 1 140

Das auf die Vollendung des 64. Lebensjahres folgende Kj.	AEB in % der Einkünfte	AEB Höchstbetrag in EUR
2005	40	1 900
2006	38,4	1 824
2007	36,8	1 748
2008	35,2	1 672
2009	33,6	1 596
2010	32	1 520
2011	30,4	1 444
2012	28,8	1 368
2013	27,2	1 292
2014	25,6	1 216
2015	24	1 140
2016	22,4	1 064
2017	20,8	988
2018	19,2	912
2019	17,6	836
2020	16	760
2021	15,2	722
2022	14,4	684
2023	13,6	646
2024	12,8	608
2025	12	570
2026	11,2	532
2027	10,4	494
2028	9,6	456
2029	8,8	418
2030	8,0	380
2031	7,2	342
2032	6,4	304
2033	5,6	266
2034	4,8	228
2035	4,0	190
2036	3,2	152
2037	2,4	114
2038	1,6	76
2039	0,8	38
2040	0,0	0

Sonderausgaben

§ 10 EStG

- Altersvorsorgeaufwendungen
- Sonstige Vorsorgeaufwendungen
- Kirchensteuer
- Kinderbetreuung
- Berufsausbildung
- Schulbildung
- Unterhaltsleistungen

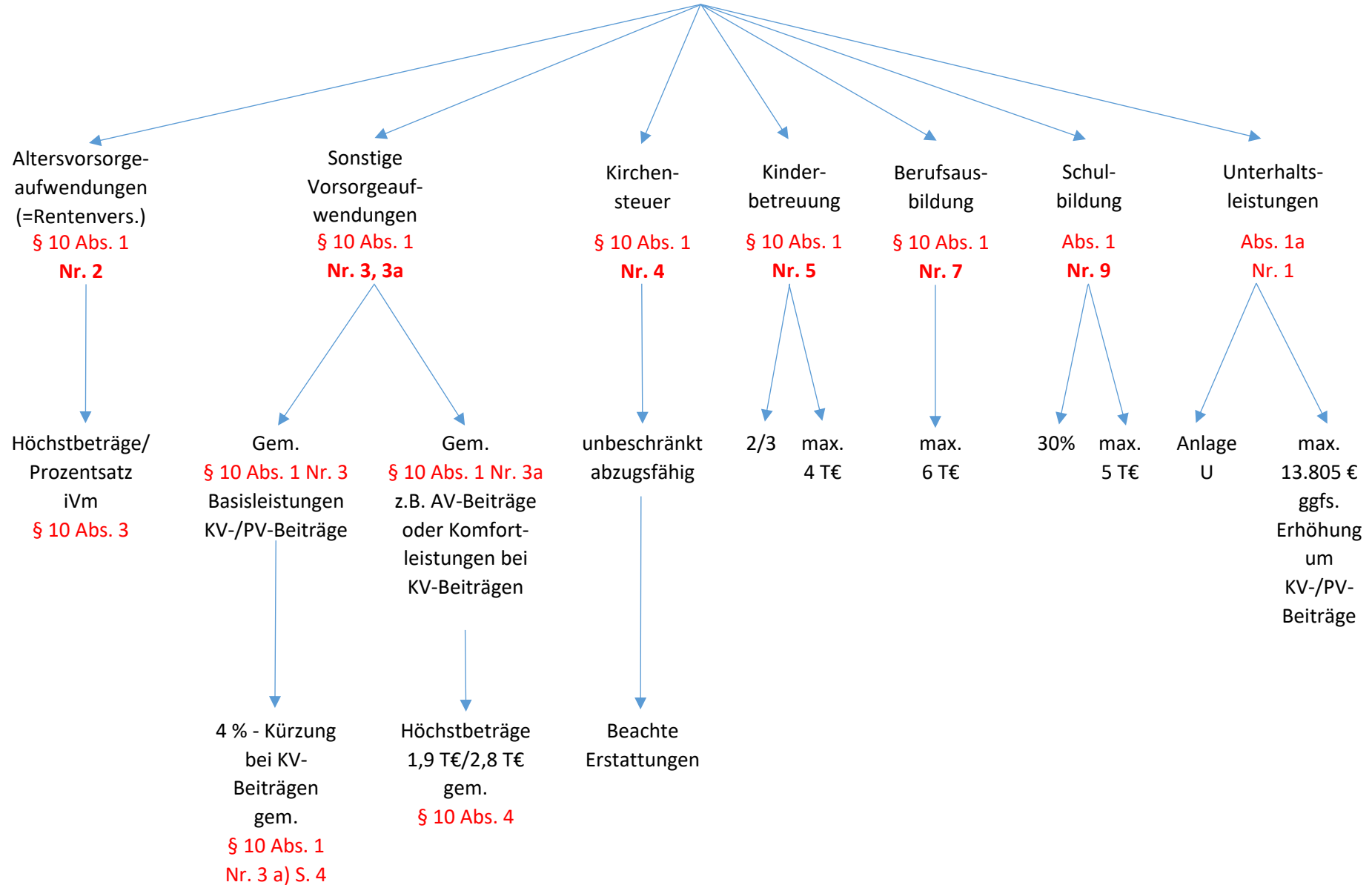
§ 10b EStG

- Gemeinnützige Zuwendungen
- Politische Zuwendungen

§ 10c EStG

Pauschbeträge (36 € / 72 €)

Sonderausgaben gem. § 10 EStG



Altersvorsorgeaufwendungen gem. § 10 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3 EStG

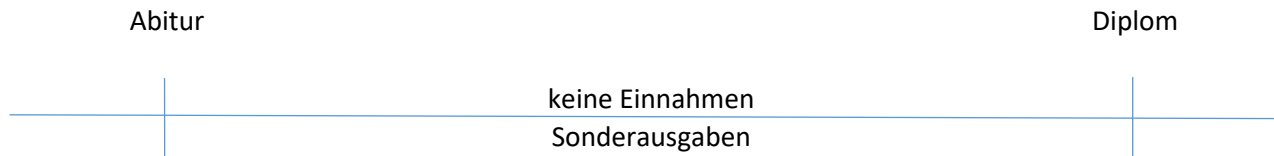
Unternehmer oder Arbeitnehmer	Selbständiger Steuerberater	Arbeitnehmer	Arbeitnehmer	Selbständiger Rechtsanwalt
Höchstbetrag 2017 (§ 10 Abs. 3 S. 1 EStG)	23.361,60 €	23.361,60 €	23.361,60 €	23.361,60 €
Arbeitnehmer-Anteil	-	5.000,00 €	2.000,00 €	-
Arbeitgeber-Anteil	-	5.000,00 €	2.000,00 €	-
berufsständische Versorgungseinrichtungen	10.000,00 €	-	-	30.000,00 €
Summe der Aufwendungen	10.000,00 €	10.000,00 €	4.000,00 €	30.000,00 €
Bemessungsgrundlage	10.000,00 €	10.000,00 €	4.000,00 €	23.361,60 €
Anteil 2017 (§ 10 Abs. 3 S. 4, 6 EStG)	84,00%	84,00%	84,00%	84,00%
Zwischensumme	8.400,00 €	8.400,00 €	3.360,00 €	19.623,74 €
abzgl. steuerfreier Arbeitgeberanteil (§ 10 Abs. 3 S. 5 iVm § 3 Nr. 62 EStG)	-	-5.000,00 €	-2.000,00 €	-
abzugsfähige Altersvorsorgeaufwendungen gem. § 10 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3 EStG	8.400,00 €	3.400,00 €	1.360,00 €	19.623,74 €

Sonstige Vorsorgeaufwendungen gem. § 10 Abs. 1 Nr. 3 und 3a, Abs. 4 EStG

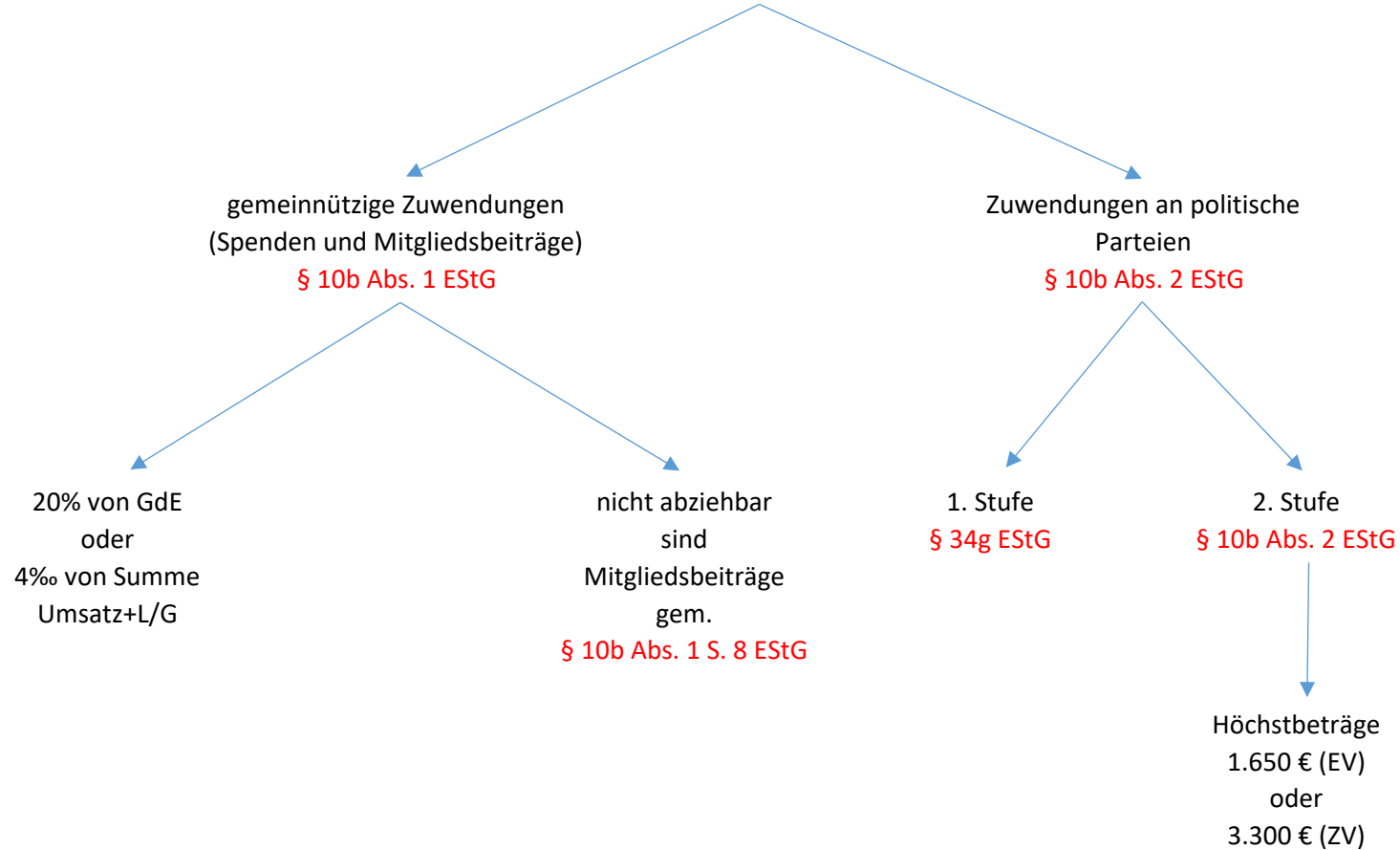
Unternehmer oder Arbeitnehmer	Selbständiger Steuerberater	Arbeitnehmer	Arbeitnehmer	Selbständiger Rechtsanwalt
Höchstbetrag	2.800,00 €	1.900,00 €	1.900,00 €	2.800,00 €
§ 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG	3.000,00 €	2.000,00 €	1.800,00 €	2.700,00 €
§ 10 Abs. 1 Nr. 3a EStG	300,00 €	200,00 €	180,00 €	270,00 €
abzugsfähig gem. § 10 Abs. 1 Nr. 3, 3a EStG	3.000,00 €	2.000,00 €	1.900,00 €	2.800,00 €

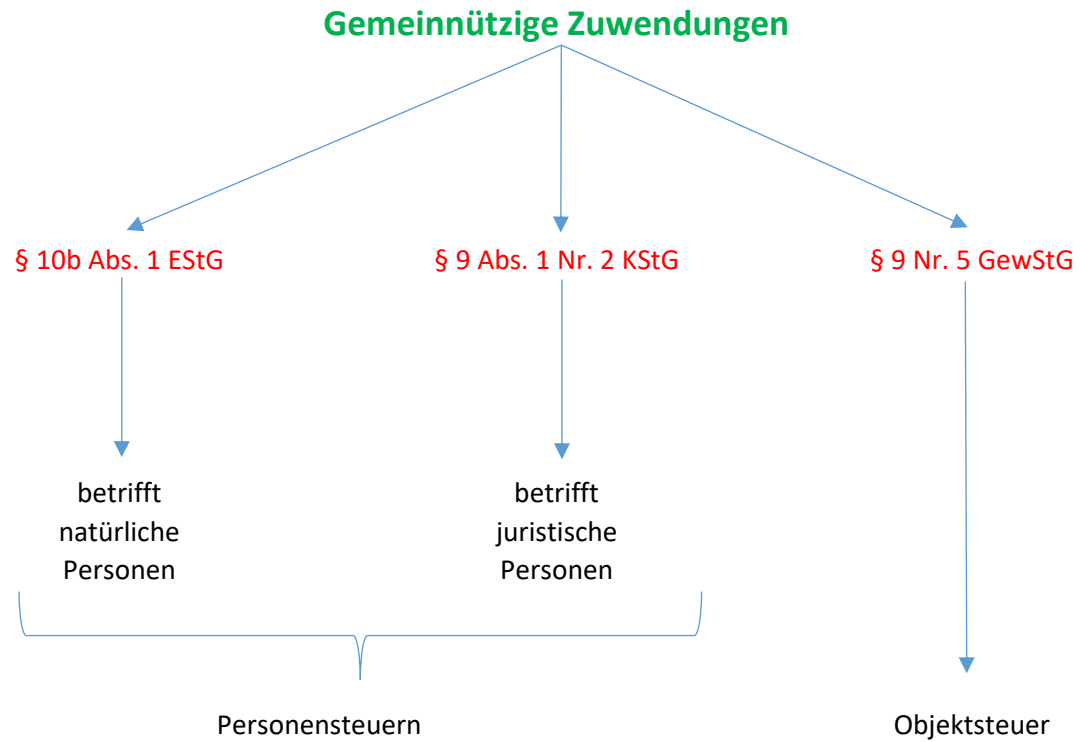
Berufsausbildungskosten

entweder Werbungskosten gem. § 9 Abs. 6 EStG oder Sonderausgaben gem. § 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG



Sonderausgaben gem. § 10b EStG





Zuwendungen an politische Parteien

<u>Veranlagungsart</u>	<u>Zuwendungen an politische Parteien</u>	<u>1. Stufe</u> <u>§ 34g EStG</u>	<u>2. Stufe</u> <u>§ 10b Abs. 2 EStG</u>
Einzelveranlagung	2.000,00 €	825,00 €	350,00 €
Zusammenveranlagung	3.500,00 €	1.650,00 €	200,00 €
Einzelveranlagung	2.500,00 €	825,00 €	850,00 €
Zusammenveranlagung	6.600,00 €	1.650,00 €	3.300,00 €
Einzelveranlagung	3.300,00 €	825,00 €	1.650,00 €
Einzelveranlagung	4.000,00 €	825,00 €	1.650,00 €
Zusammenveranlagung	7.000,00 €	1.650,00 €	3.300,00 €
Einzelveranlagung	1.200,00 €	600,00 €	0,00 €
Zusammenveranlagung	1.200,00 €	600,00 €	0,00 €
Einzelveranlagung	5.000,00 €	825,00 €	1.650,00 €
Zusammenveranlagung	5.000,00 €	1.650,00 €	1.700,00 €

Einzelveranlagung: 2.000 €

1. Stufe (§ 34g EStG): $2.000 \text{ €} * 50 \% = 1.000 \text{ €}$; max. 825 €

2. Stufe (§ 10b Abs. 2 EStG): $2.000 \text{ €} - (2 * 825 \text{ €}) = 350 \text{ €}$

Einzelveranlagung: 5.000 €

1. Stufe (§ 34g EStG): $5.000 \text{ €} * 50 \% = 2.500 \text{ €}$; max. 825 €

2. Stufe (§ 10b Abs. 2 EStG): $5.000 \text{ €} - (2 * 825 \text{ €}) = 3.350 \text{ €}$; max. 1.650 €

Zusammenveranlagung: 3.500 €

1. Stufe (§ 34g EStG): $3.500 \text{ €} * 50 \% = 1.750 \text{ €}$; max. 1.650 €

2. Stufe (§ 10b Abs. 2 EStG): $3.500 \text{ €} - (2 * 1.650 \text{ €}) = 200 \text{ €}$

Zusammenveranlagung: 5.000 €

1. Stufe (§ 34g EStG): $5.000 \text{ €} * 50 \% = 2.500 \text{ €}$; max. 1.650 €

2. Stufe (§ 10b Abs. 2 EStG): $5.000 \text{ €} - (2 * 1.650 \text{ €}) = 1.700 \text{ €}$

Zusammenfassung der Sonderausgaben gem. §§ 10 - 10c EStG

§ 10 Abs. 1 Nr. 2 EStG: Altersvorsorgeaufwendungen

- iVm § 10 Abs. 3 EStG: - Höchstbeträge
- 2013 (76 %), jedes Jahr um 2 % zu erhöhen

§ 10 Abs. 1 Nr. 3, 3a EStG: sonstige Vorsorgeaufwendungen

- § 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG: - Kranken- und Pflegeversicherung (Basisleistungen)
- beachte 4 %-Kürzung
- § 10 Abs. 1 Nr. 3a EStG: - Kranken- und Pflegeversicherung (Komfortleistungen)
- Unfallversicherung
- Arbeitslosenversicherung
- Haftpflichtversicherung
- iVm § 10 Abs. 4 EStG: - falls Höchstbeträge (1.900 € / 2.800 €) nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG nicht überschritten wurden, dann Ansatz der Beträge gem. § 10 Abs. 1 Nr. 3a EStG
- 1.900 €: für Arbeitnehmer
- 2.800 €: für Selbständige

§ 10 Abs. 1 Nr. 4 EStG: Kirchensteuer

§ 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG: Kinderbetreuungskosten / 2/3 der Aufwendungen, höchstens 4.000 €

§ 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG: Berufsausbildungskosten / höchstens 6.000 €

§ 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG: Schulbildung / 30 % der Aufwendungen, höchstens 5.000 €

§ 10 Abs. 1a EStG: Unterhaltsleistungen / Höchstbetrag 13.805 €, ggfs. um KV-/PV-Beiträge erhöhen

§ 10b EStG: Zuwendungen

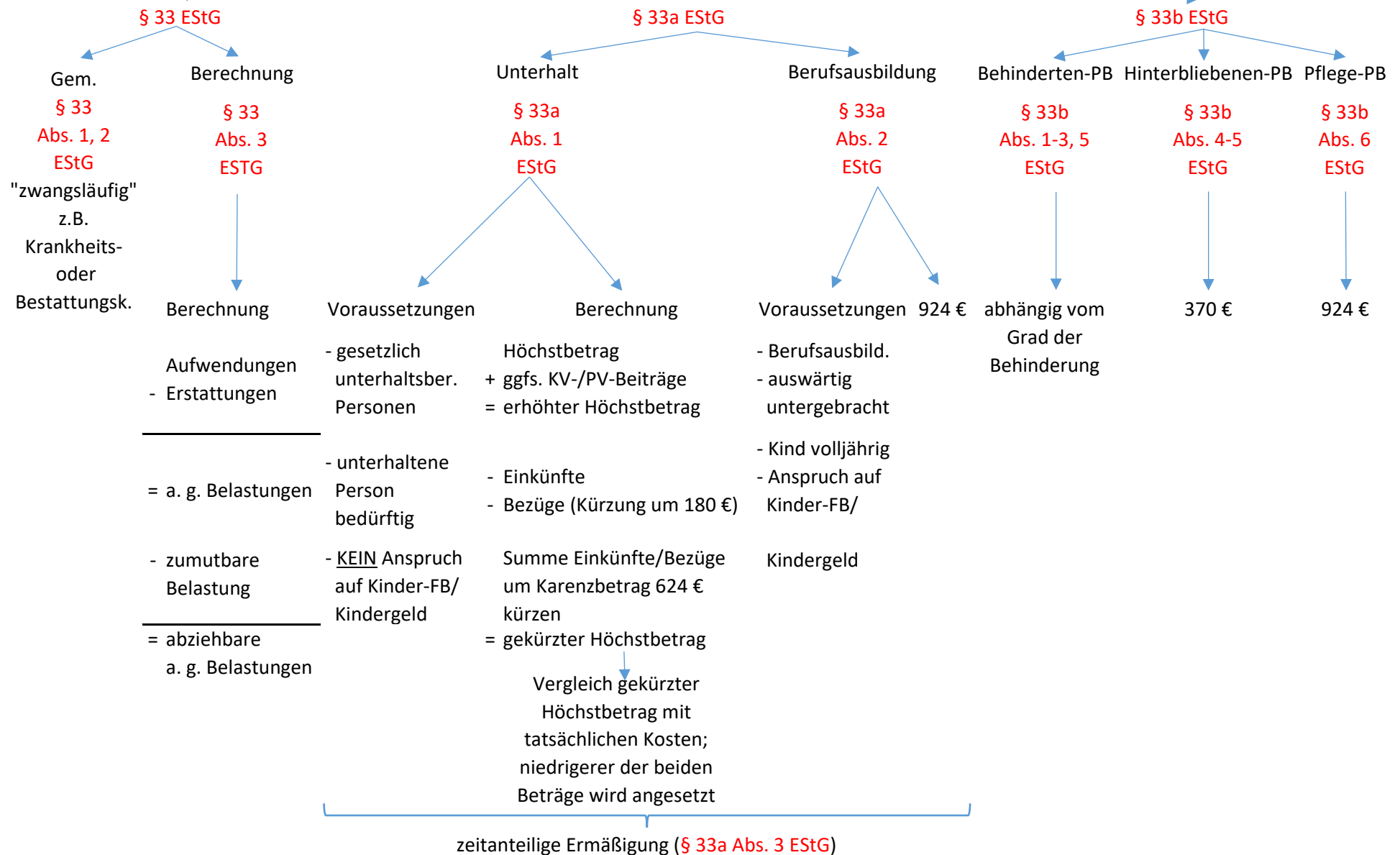
- § 10b Abs. 1 EStG: gemeinnützige Zuwendungen
- § 10b Abs. 2 EStG: politische Parteien / beachte 2 Stufen

§ 10c EStG: Sonderausgabenpauschbetrag (36 € / 72 €)

Höchstbetrag gem. §§ 10 - 10c EStG

Jahr	Beitragsbemessungsgrenze knappschaftliche Rentenversicherung West	Beitragssatz	Jahresbetrag BBG * Beitragssatz * 12 M
ab 1.1.2015	7.450,00 €	24,80%	22.171,20 €
ab 1.1.2016	7.650,00 €	24,80%	22.766,40 €
ab 1.1.2017	7.850,00 €	24,80%	23.361,60 €
ab 1.1.2018	8.000,00 €	24,70%	23.712,00 €
ab 1.1.2019	8.200,00 €	24,70%	24.304,80 €
ab 1.1.2020	8.450,00 €	24,70%	25.045,80 €

Außergewöhnliche Belastungen



Unterhaltsleistungen

entweder Sonderausgaben gem. **§ 10 Abs. 1a EStG** oder außergewöhnliche Belastungen gem. **§ 33a Abs. 1 EStG**

Zahler/in

Empfänger/in

Sonderausgaben

§ 10 Abs. 1a Nr. 1 EStG

Anlage U liegt vor

Sonstige Einkünfte

§ 22 Nr. 1a EStG

außergewöhnliche Belastungen

§ 33a Abs. 1 EStG

Anlage U liegt nicht vor

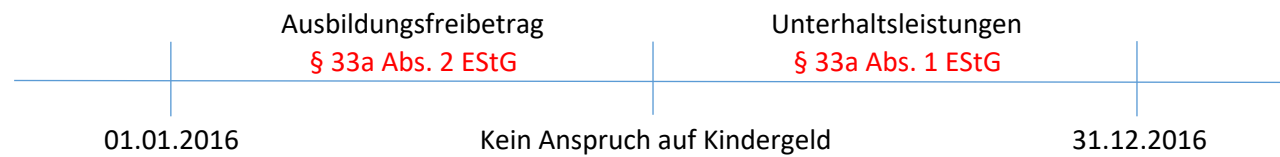
keine Einkünfte

Unterhaltsaufwendungen gem. § 33a Abs. 1 EStG

Unterstützung des Elternteils mit monatlich	500,00 €	500,00 €	500,00 €
Elternteil hat eigene Einkünfte monatlich in Höhe von	300,00 €	1.000,00 €	300,00 €
Elternteil hat eigene Bezüge monatlich in Höhe von	- €	- €	100,00 €
Höchstbetrag 2021	9.744,00 €	9.744,00 €	9.744,00 €
+ ggfs. KV-/PV-Beiträge	- €	- €	- €
= erhöhter Höchstbetrag	9.744,00 €	9.744,00 €	9.744,00 €
Einkünfte	3.600,00 €	12.000,00 €	3.600,00 €
Bezüge	- €	- €	1.200,00 €
gekürzt um Kostenpauschale 180 €	- €	- €	- 180,00 €
Zwischensumme	3.600,00 €	12.000,00 €	4.620,00 €
./. Karenzbetrag 624 €	- 624,00 €	- 624,00 €	- 624,00 €
= Summe	2.976,00 €	11.376,00 €	3.996,00 €
erhöhter Höchstbetrag	9.744,00 €	9.744,00 €	9.744,00 €
./. Summe	- 2.976,00 €	- 11.376,00 €	- 3.996,00 €
= gekürzter Höchstbetrag	6.768,00 €	- €	5.748,00 €
Vergleich zwischen			
gekürztem Höchstbetrag und	6.768,00 €	- €	5.748,00 €
tatsächlichen Kosten	6.000,00 €	6.000,00 €	6.000,00 €
Niedrigerer der beiden Beträge wird angesetzt	6.000,00 €	- €	5.748,00 €

Ausbildungsfreibetrag und Unterhaltsleistungen

- Beispiel:
- Kind studiert/wohnt in Köln
 - Eltern wohnen in Essen
 - Eltern unterstützen das Kind mit monatlich 500 €



Außergewöhnliche Belastungen gem. § 33 EStG

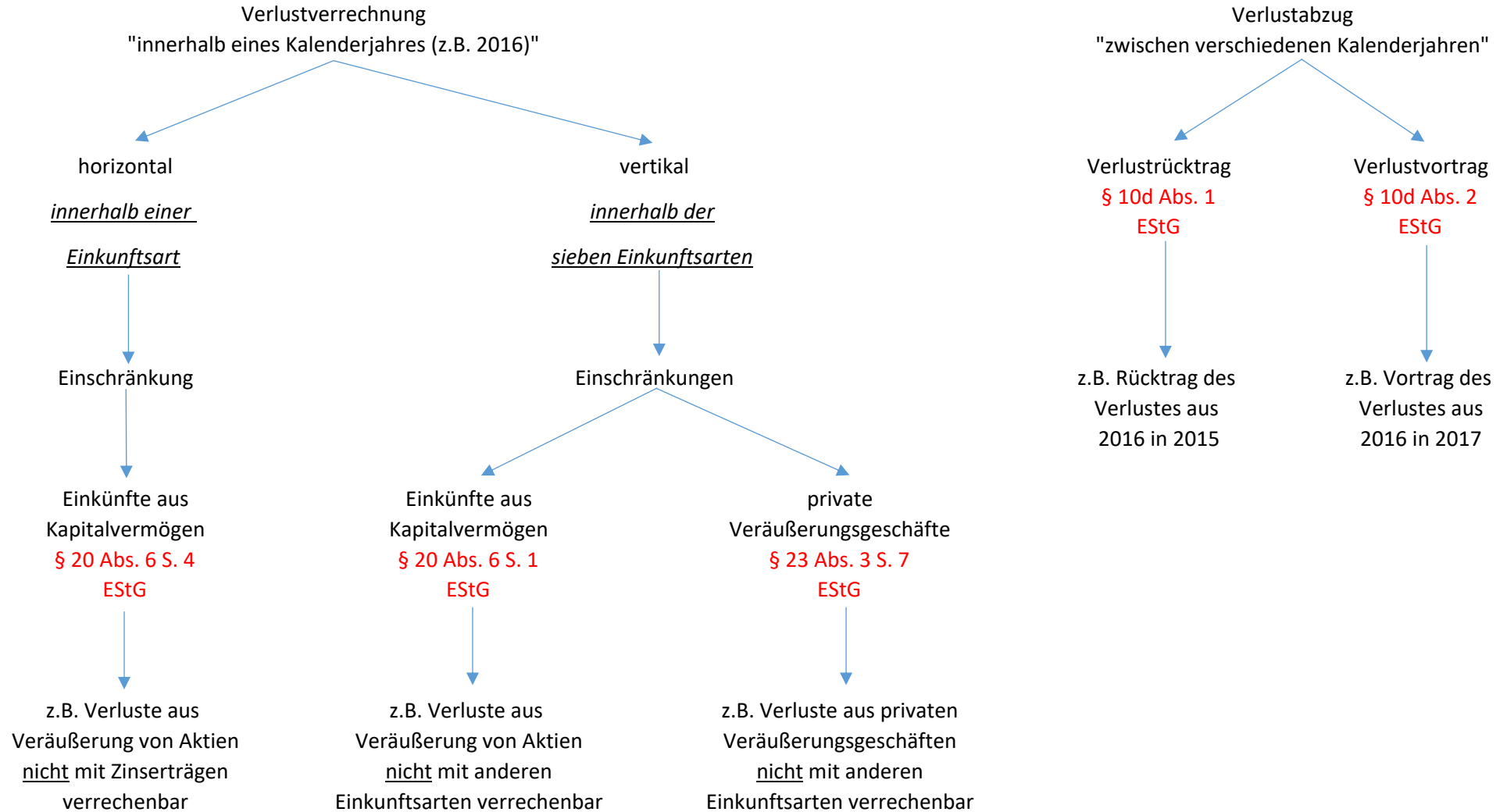
Gesamtbetrag der Einkünfte	20.000,00 €		100.000,00 €	
15.340 €	$15.340 \text{ €} * 5\% =$	767,00 €	$15.340 \text{ €} * 5\% =$	767,00 €
über 15.341 € - 51.130 €	$(20.000 \text{ €} - 15.340 \text{ €}) * 6\% =$	279,60 €	$(51.130 \text{ €} - 15.340 \text{ €}) * 6\% =$	2.147,40 €
über 51.130 €			$(100.000 \text{ €} - 51.130 \text{ €}) * 6\% =$	3.420,90 €
Zumutbare Belastung gem. § 33 Abs. 3 EStG	1.046,60 €		6.335,30 €	
Krankheitskosten	2.000,00 €		2.000,00 €	
Abziehbare außergewöhnliche Belastungen	953,40 €		0,00 €	

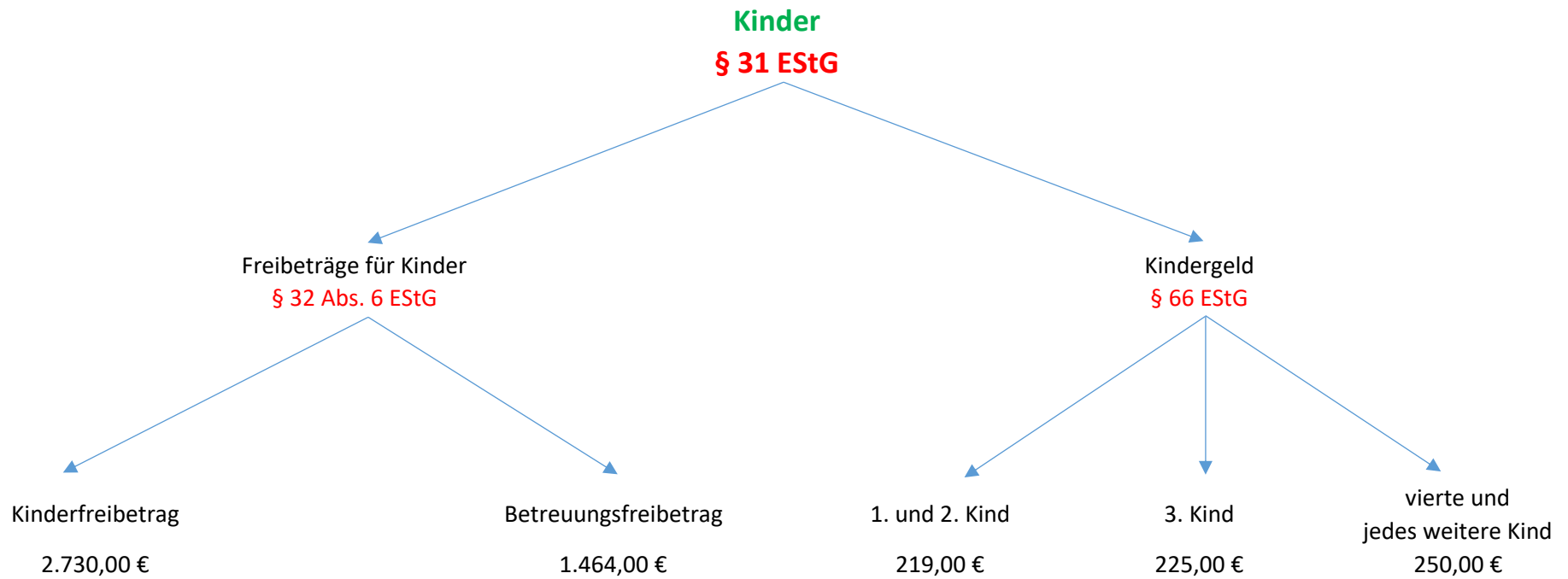
Außergewöhnliche Belastungen gem. § 33 EStG

NEUREGELUNG "BFH-Urteil vom 19.1.2017"	Grenzen nach EStG		Differenz	§ 33 Abs. 2 EStG	Zumutbare Belastung
	0,00 €	15.340,00 €	15.340,00 €	4%	613,60 €
	51.130,00 €	15.340,00 €	35.790,00 €	5%	1.789,50 €
	51.181,00 €	51.130,00 €	51,00 €	6%	3,06 €
Summe	306,80 € + 1.073,70 € + 2,04 € =				2.406,16 €
Abziehbare außergewöhnliche Belastung	3.547,00 € (a.g. Belastungen) - 2.406,16 € =				1.140,84 €

ALTREGELUNG	Grenzen nach EStG		Differenz	§ 33 Abs. 2 EStG	Zumutbare Belastung
	0,00 €	51.181,00 €	51.181,00 €	6%	3.070,86 €
Abziehbare außergewöhnliche Belastung	3.547,00 € (a.g. Belastungen) - 3.070,86 € =				476,14 €

Verluste

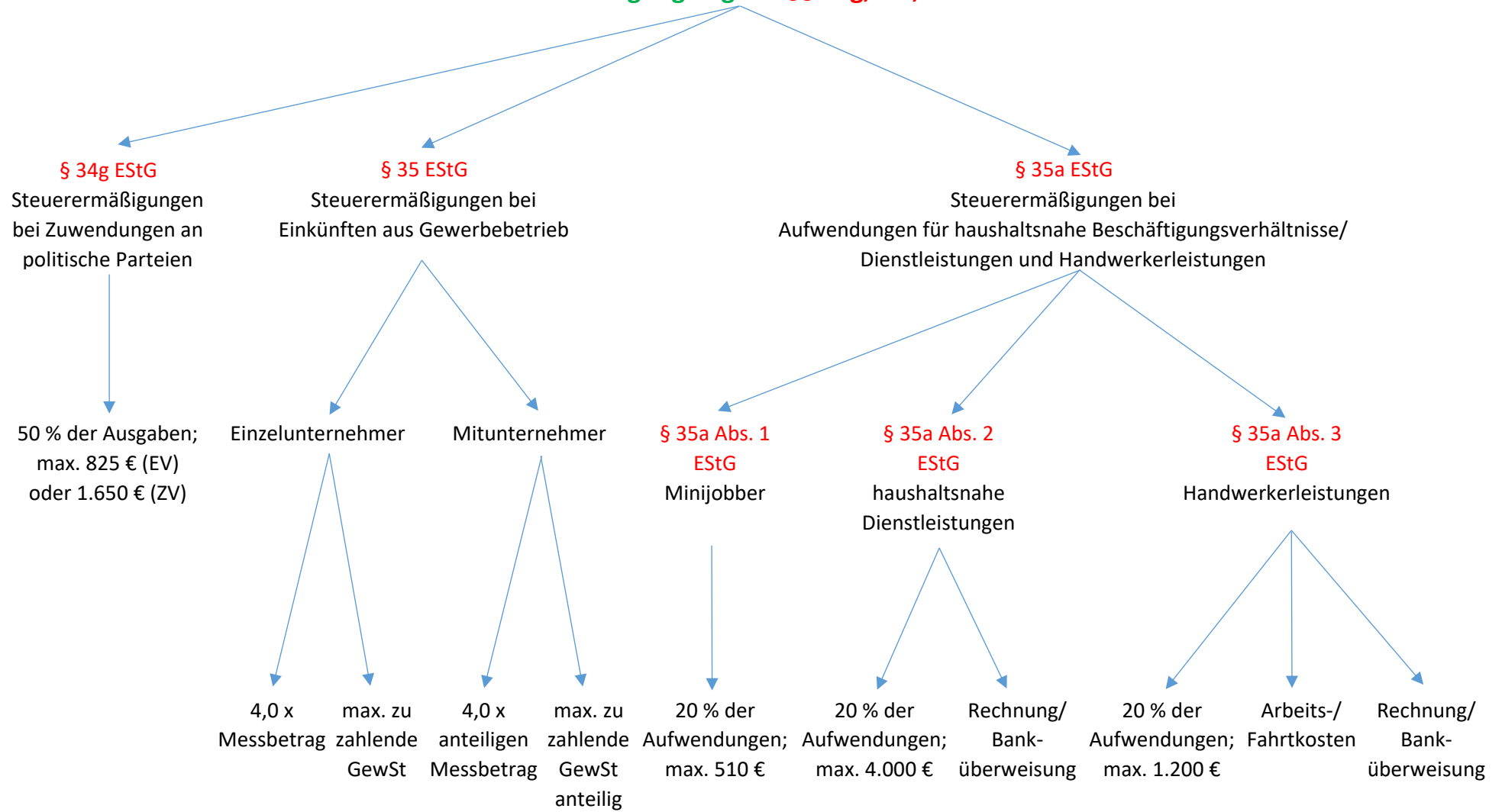




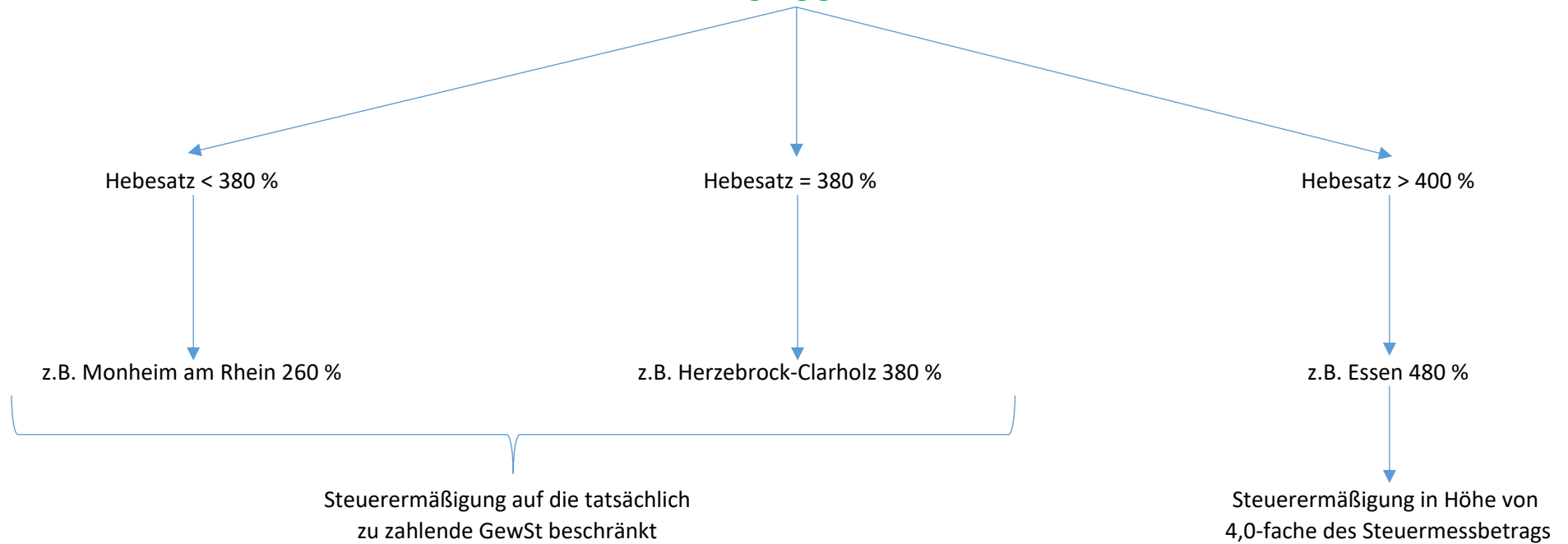
Unterscheidung zwischen Sonderausgaben und Steuerermäßigungen

Aufwendungsarten	Kinderbetreuungskosten	Steuerermäßigung
Gesetzliche Grundlagen	§ 10 Abs. 1 Nr. 4 EStG	§ 35a Abs. 2 EStG
Aufwendungshöhen	4.000,00 €	4.000,00 €
Persönlicher Steuersatz	45%	
Prozentsatz		20%
Minderung der tariflichen Einkommensteuer	1.800,00 €	
Minderung der festzusetzenden Einkommensteuer		800,00 €

Steuerermäßigungen gem. §§ 34g, 35, 35a EStG



Steuerermäßigung gem. § 35 EStG



Steuerermäßigung gem. § 35 EStG

Einzelunternehmer aus erzielt in 2016 Einkünfte aus Gewerbebetrieb i.H.v.	Monheim am Rhein 120.000,00 €	Herzebrock-Clarholz 120.000,00 €	Essen 120.000,00 €
<u>Berechnung der Gewerbesteuer</u>			
Berechnung der Gewerbesteuer (§ 7 GewStG)	120.000,00 €	120.000,00 €	120.000,00 €
Hinzurechnungen (§ 8 GewStG)	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Kürzungen (§ 9 GewStG)	0,00 €	0,00 €	0,00 €
maßgebender Gewerbeertrag (§ 10 GewStG)	120.000,00 €	120.000,00 €	120.000,00 €
Freibetrag (§ 11 GewStG)	24.500,00 €	24.500,00 €	24.500,00 €
endgültiger Gewerbeertrag	95.500,00 €	95.500,00 €	95.500,00 €
Steuermesszahl (§ 11 GewStG)	3,50%	3,50%	3,50%
Steuermessbetrag	3.342,00 €	3.342,00 €	3.342,00 €
Hebesatz	260,00%	380,00%	480,00%
Gewerbesteuer	8.689,20 €	12.699,60 €	16.041,60 €
<u>Berechnung der Einkommensteuer</u>			
Einkünfte aus Gewerbebetrieb	120.000,00 €	120.000,00 €	120.000,00 €
SdE/GdE/Einkommen/zvE	120.000,00 €	120.000,00 €	120.000,00 €
Steuersatz (angenommen / ungefähr)	37,00%	37,00%	37,00%
tarifliche Einkommensteuer	44.400,00 €	44.400,00 €	44.400,00 €
Steuerermäßigung gem. § 35 EStG			
Steuermessbetrag * 4,0 =	13.368,00 €	13.368,00 €	13.368,00 €
Steuermessbetrag * Hebesatz =	8.689,20 €	12.699,60 €	16.041,60 €
niedrigeren der beiden Beträge	8.689,20 €	12.699,60 €	13.368,00 €
festzusetzende Einkommensteuer	35.710,80 €	31.700,40 €	31.032,00 €

4. Einkommensteuer

Steuerermäßigung gem. § 35 EStG

Ermittlung der Gewerbesteuer

Gewinn aus Gewerbebetrieb (§ 7 GewStG)	100.000,00 €
Hinzurechnungen (§ 8 GewStG)	0,00 €
Kürzungen (§ 9 GewStG)	0,00 €
Gewerbeertrag (§ 10 GewStG)	100.000,00 €
Freibetrag	24.500,00 €
Gewerbeertrag	75.500,00 €
Steermesszahl	3,50%
Steermessbetrag	2.642,50 €
Hebesatz	450,00%
Gewerbesteuer	11.891,25 €

Gewinn aus Gewerbebetrieb	100.000,00 €
SdE / GdE	100.000,00 €
Sonderausgaben	8.000,00 €
Einkommen / zvE	92.000,00 €
tarifliche ESt (angenommen / ungefähr)	30.401,00 €

Steuerermäßigung

nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 EStG

$$2.643 \text{ €} * 4,0 =$$

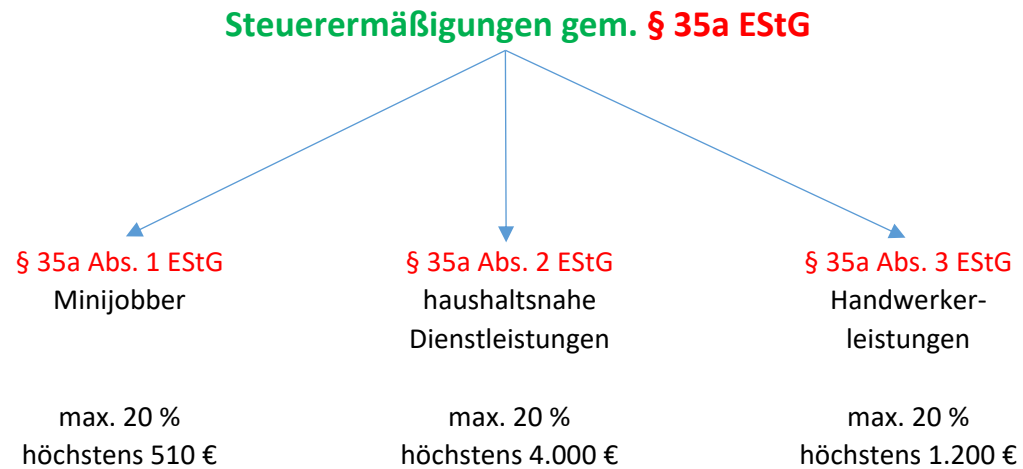
10.572,00 € 11.891,25 €	vergleichen!!!
----------------------------	----------------

-10.572,00 €

tatsächliche Gewerbesteuer

festzusetzende Einkommensteuer

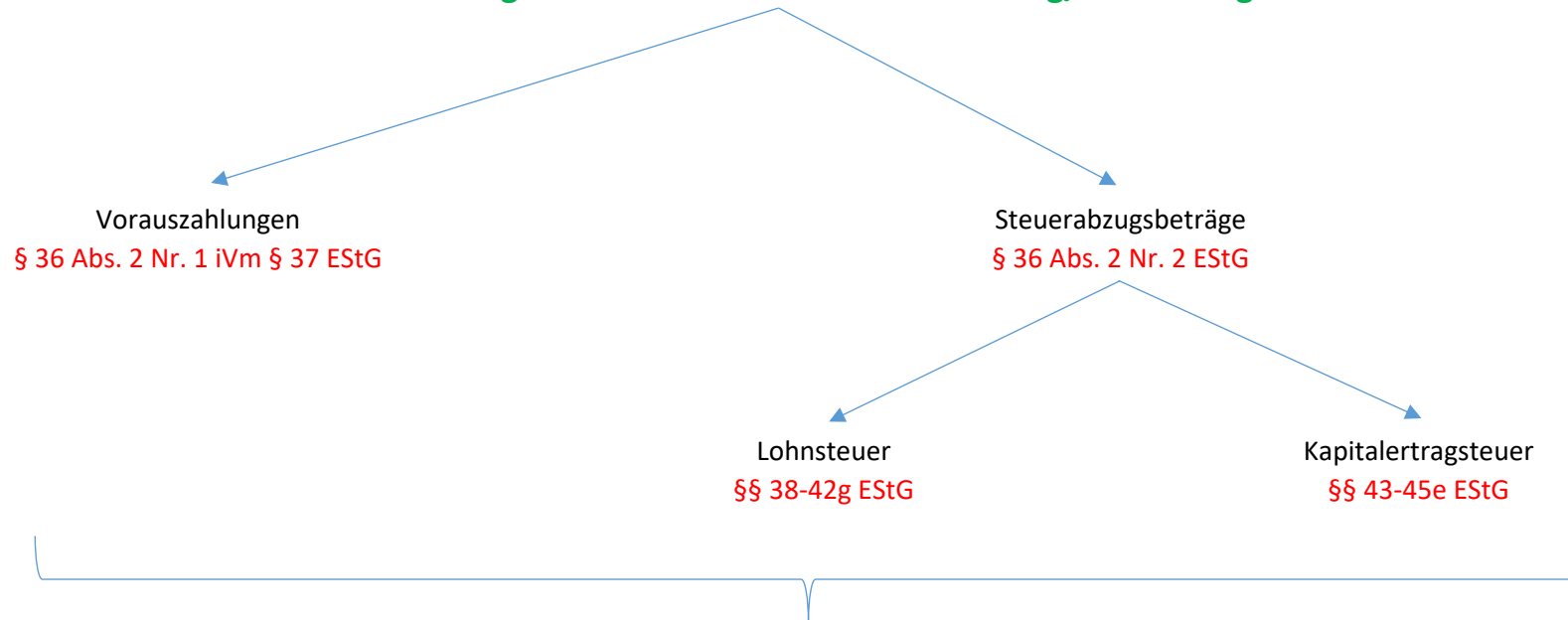
19.829,00 €



Ermittlung zvE / festzusetzende ESt / ESt-Erstattung / ESt-Nachzahlung

- § 2 Abs. 1 EStG:**
- Einkünfte aus Land und Forstwirtschaft (§§ 13-14a EStG)
 - + Einkünfte aus Gewerbebetrieb (§§ 15-17 EStG)
 - + Einkünfte aus selbständiger Arbeit (§ 18 EStG)
 - + Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (§ 19 EStG)
 - + Einkünfte aus Kapitalvermögen (§ 20 EStG)
 - + Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 21 EStG)
 - + sonstige Einkünfte (§§ 22-23 EStG)
- = Summe der Einkünfte
- § 2 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 EStG**
Gewinneinkünfte
- § 2 Abs. 2 S. 1 Nr. 2, S. 2 EStG**
Überschusseinkünfte
- § 2 Abs. 3 EStG:**
- Altersentlastungsbetrag (§ 24a EStG)
 - Entlastungsbetrag für Alleinerziehende (§ 24b EStG)
 - Freibetrag für Land-/Forstwirte (§ 13 Abs. 3 EStG)
- = Gesamtbetrag der Einkünfte
- § 2 Abs. 4 EStG:**
- Verlustabzug (§ 10d EStG)
 - Sonderausgaben (§§ 10, 10b, 10c EStG)
 - außergewöhnliche Belastungen (§§ 33, 33a, 33b EStG)
- = Einkommen
- § 2 Abs. 5 EStG:**
- Freibeträge für Kinder (§ 32 Abs. 6 EStG)
 - Härteausgleich (§ 46 EStG)
- = zu versteuerndes Einkommen
- § 2 Abs. 6 EStG:**
- tarifliche Einkommensteuer (§ 32a EStG)
 - Steuerermäßigungen (§§ 34g, 35, 35a EStG)
 - + Steuer nach § 32d Abs. 3, 4 EStG
 - + Anspruch auf Kindergeld
- = festzusetzende Einkommensteuer
- § 36 Abs. 2 EStG:**
- Vorauszahlungen (§ 36 Abs. 2 Nr. 1 EStG)
 - Lohnsteuer/einbehaltene Kapitalertragsteuer (§ 36 Abs. 2 Nr. 2 EStG)
- = Einkommensteuernachzahlung/-erstattung

Ermittlung der Einkommensteuernachzahlung/-erstattung

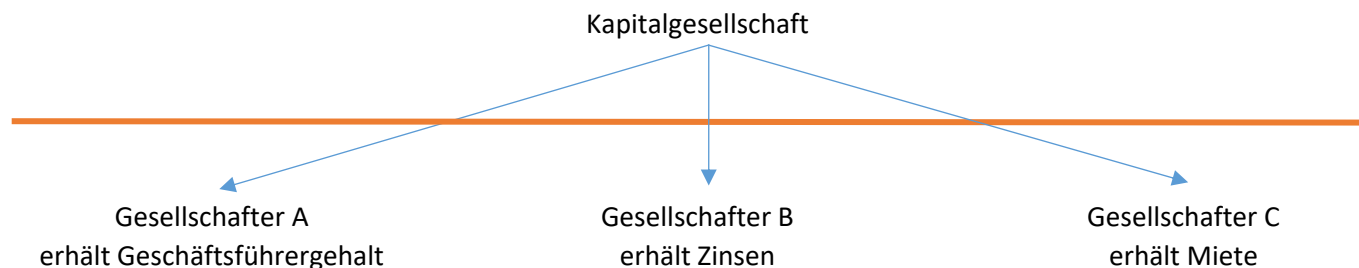


Festzusetzende Einkommensteuer
- Vorauszahlungen (§ 36 Abs. 2 Nr. 1 EStG)
- Steuerabzugsbeträge
= Einkommensteuernachzahlung/-erstattung

Ermittlung des zu versteuernden Einkommens

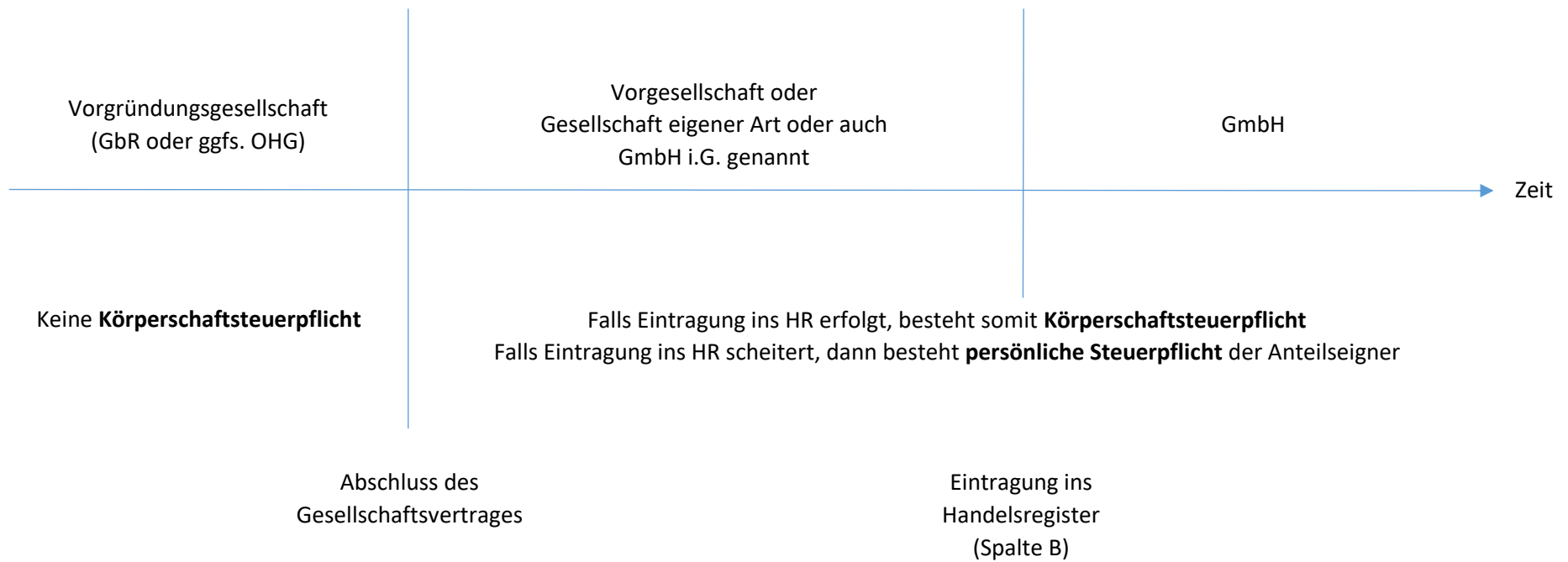
Jahresüberschuss/-fehlbetrag lt. Handelsbilanz	
+/- Ansatz-/Bewertungskorrekturen wie z.B. Drohverlustrückstellung (§ 60 Abs. 2 EStDV)	
= Gewinn/Verlust lt. Steuerbilanz	
+ nichtabziehbare Aufwendungen wie z.B. KSt-/Soli-Vorauszahlungen (§ 10 Nr. 2 KStG)	
+ GewSt-Vorauszahlungen/-Rückstellungen (§ 8 Abs. 1 KStG iVm § 4 Abs. 5b EStG)	
+ nicht abzugsfähige Betriebsausgaben (§ 8 Abs. 1 KStG iVm § 4 Abs. 5 und 6 EStG)	
+ verdeckte Gewinnausschüttungen (§ 8 Abs. 3 S. 2 KStG)	
- verdeckte Einlagen (§ 8 Abs. 3 S. 3 KStG)	
-/+ steuerfreie Einnahmen (Kürzungen/Hinzurechnungen nach § 8b KStG)	
+ Gesamtbetrag der Zuwendungen (§ 9 Abs. 2 KStG)	
+ nichtabziehbare Aufwendungen wie z.B. Aufsichtsratsvergütung (§ 10 Nr. 4 KStG)	
-/+ Bildung und Auflösung von Investitionsabzugsbeträgen i.S.d. § 7g EStG	
-/+ sonstige inländische steuerfreie Einnahmen (z.B. Investitionszulagen) und Korrekturen nach § 3c EStG	
= steuerlicher Gewinn/Summe der Einkünfte (§ 9 Abs. 2 S. 1 KStG)	
≠ politische Zuwendungen (§ 8 Abs. 1 KStG iVm § 4 Abs. 6 EStG)	
- gemeinnützige Zuwendungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 KStG)	
= Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 10d EStG)	
- Verlustabzug (§ 10d EStG)	
= Einkommen (§ 8 Abs. 1 KStG)	
- Freibetrag gem. §§ 24, 25 KStG	
= zu versteuerndes Einkommen (§ 7 Abs. 2 KStG)	
x Steuersatz in Höhe von 15 % (§ 23 Abs. 1 KStG)	
= tarifliche Körperschaftsteuer	
- anzurechnende ausländische Steuern (§ 26 KStG)	
= festzusetzende Körperschaftsteuer	
- Körperschaftsteuervorauszahlung (§ 31 KStG i.V.m. § 36 Abs. 2 S. 2 EStG)	
- anzurechnende Steuerabzugsbeträge wie z.B. Kapitalertragsteuer	
= Abschlusszahlung/-erstattung	

Trennungsprinzip

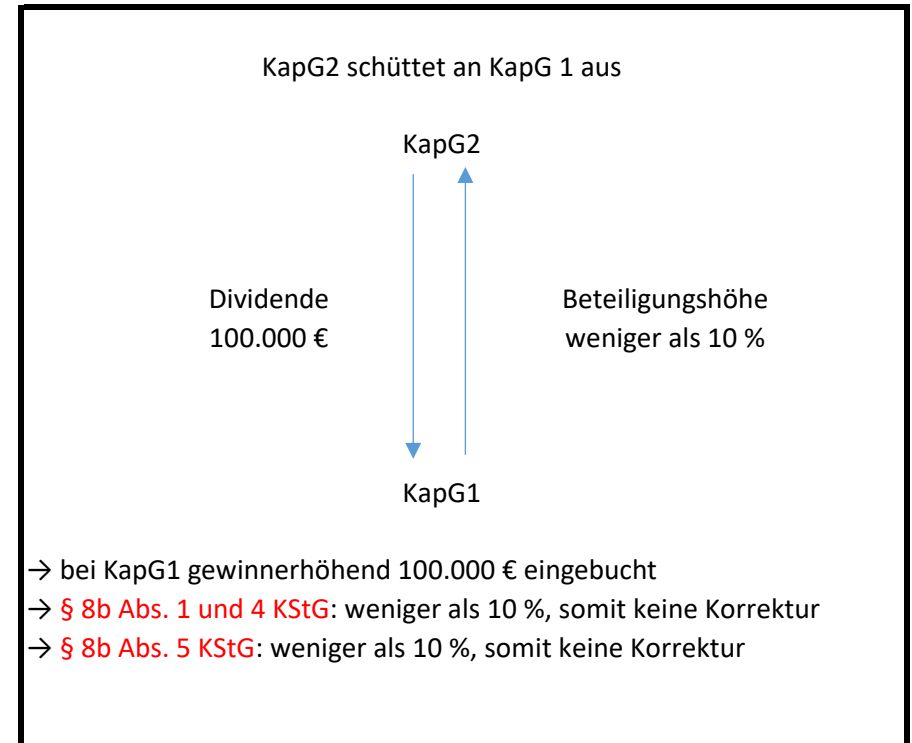
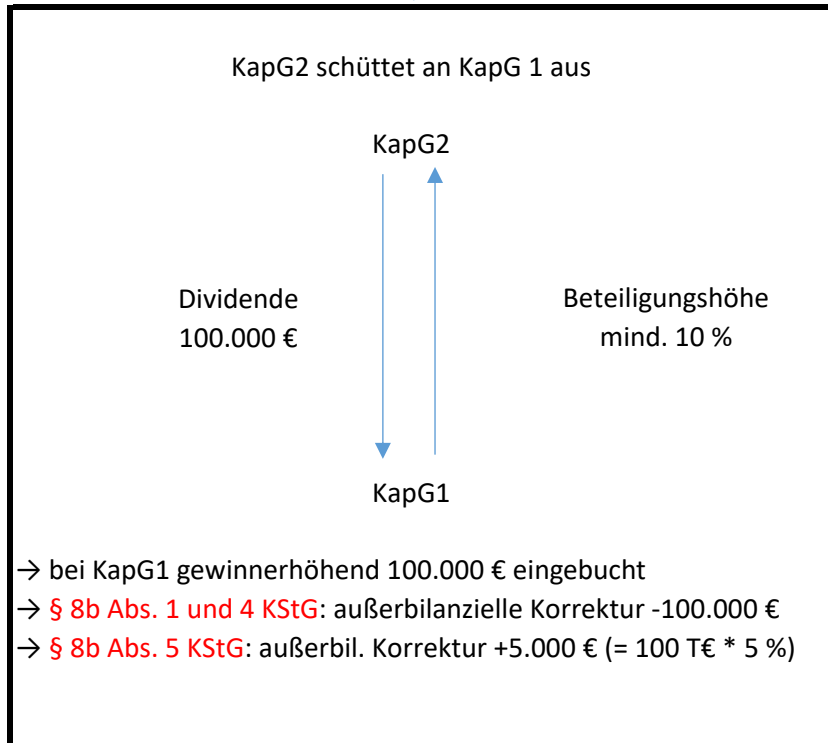


angemessen:	120.000 €	50.000 € (5 %)	60.000 €
erhalten:	180.000 € § 19 EStG	70.000 € (7 %) § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG	72.000 € § 21 EStG
außerbilanzielle Hinzurechnung wegen vGA (§ 8 Abs. 3 S. 2 KStG):	+ 60.000 €	+ 20.000 €	+ 12.000 €
Korrektur im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung:	120.000 € § 19 EStG	50.000 € § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG	60.000 € § 21 EStG
	60.000 € § 20 Abs. 1 Nr. 1 S. 2 EStG	20.000 € § 20 Abs. 1 Nr. 1 S. 2 EStG	12.000 € § 20 Abs. 1 Nr. 1 S. 2 EStG

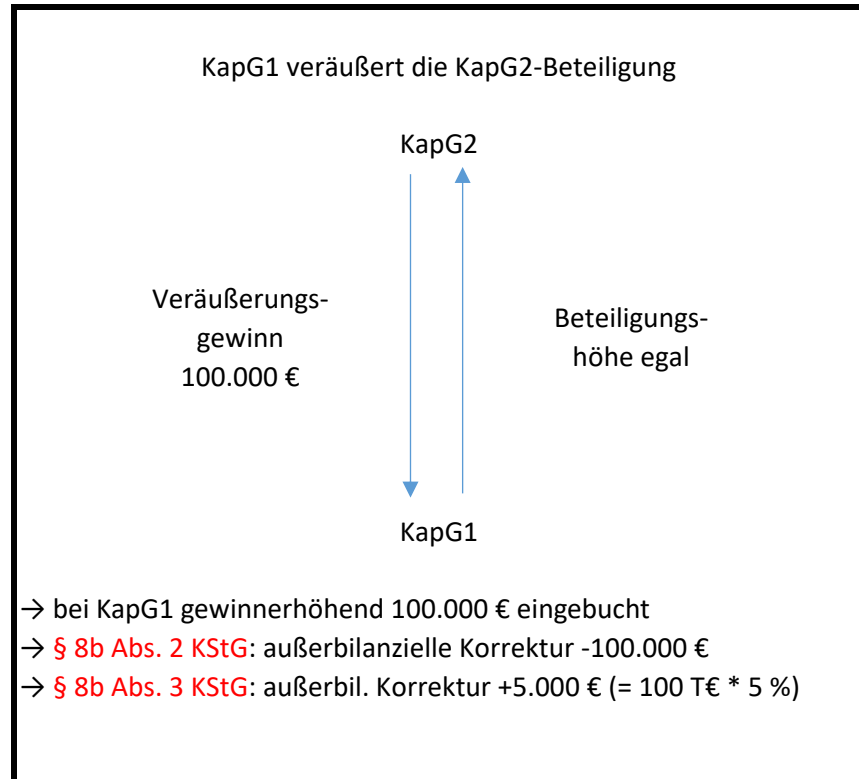
Gründungsphasen einer Kapitalgesellschaft



Dividendenbesteuerung gem. § 8b KStG



Besteuerung der Veräußerungsgewinne gem. § 8b KStG



Verdeckte Einlagen



5. Körperschaftsteuer

Nichtabziehbare Geschenke / Vorsteuer fehlerhaft gezogen

Geschenk	40,00 €	
Vorsteuer (Bestandskonto)	7,60 €	
Bank		47,60 €

Vorgehensweise: Außerbilanzielle Kürzung gem. § 15 Abs. 1a UStG iHv 7,60 €
Außerbilanzielle Hinzurechnung gem. § 4 Abs. 5 Nr. 1 EStG iHv 40,00 €
Außerbilanzielle Hinzurechnung gem. § 10 Nr. 2 KStG iHv 7,60 €

Nichtabziehbare Geschenke / Vorsteuer als Aufwand gebucht

Geschenk	40,00 €	
Vorsteuer § 15 Abs. 1a UStG (Aufwandskonto)	7,60 €	
Bank		47,60 €

Vorgehensweise: Außerbilanzielle Hinzurechnung gem. § 4 Abs. 5 Nr. 1 EStG iHv 40,00 €
Außerbilanzielle Hinzurechnung gem. § 10 Nr. 2 KStG iHv 7,60 €

Nichtabziehbare Geschenke / Vorsteuer als Aufwand gebucht

Geschenk nichtabziehbar (Aufwandskonto)	47,60 €	
Bank		47,60 €

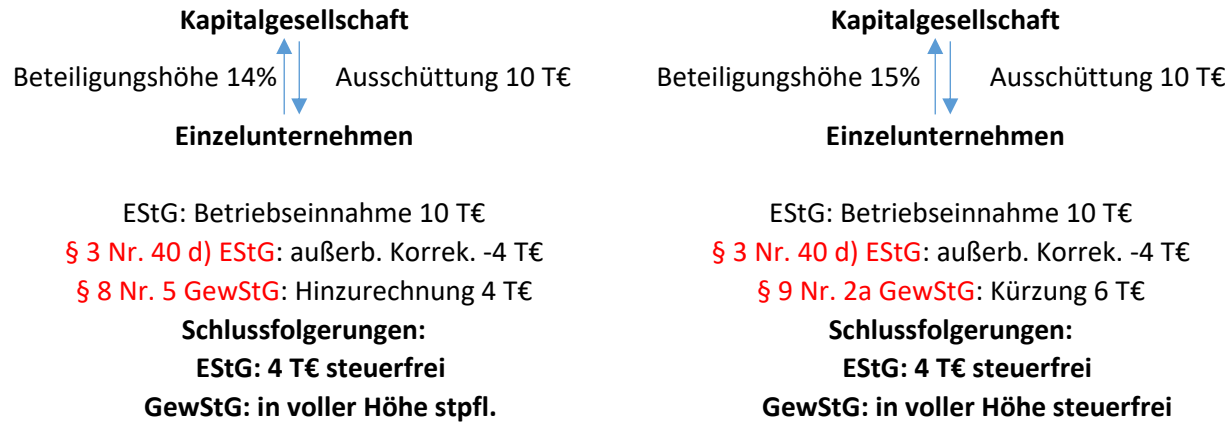
Vorgehensweise: Außerbilanzielle Hinzurechnung gem. § 4 Abs. 5 Nr. 1 EStG iHv 40,00 €
Außerbilanzielle Hinzurechnung gem. § 10 Nr. 2 KStG iHv 7,60 €

Ermittlung der GewSt-Nachzahlung/Erstattung

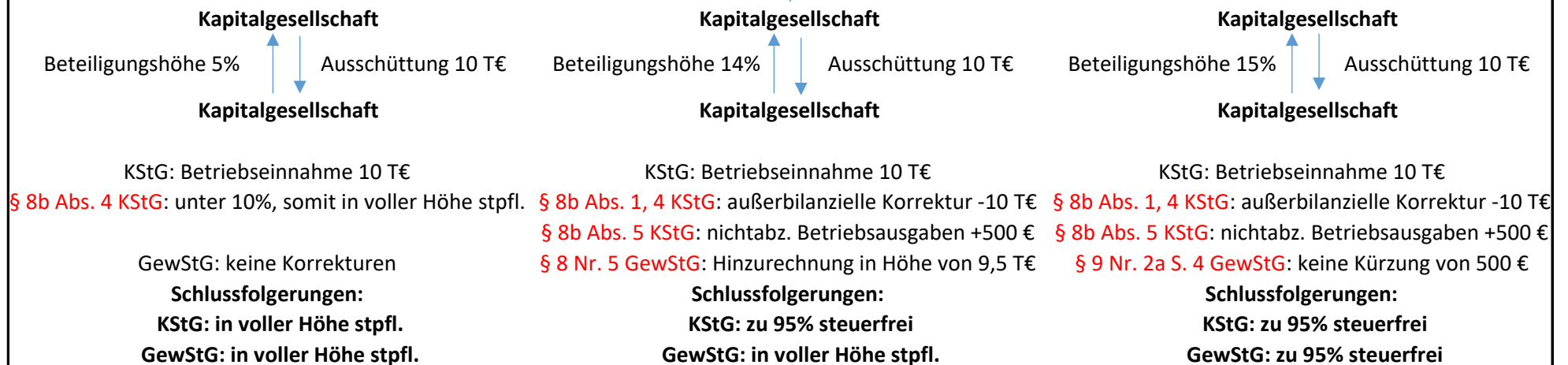
Jahresüberschuss	
	+ Gewerbesteuervorauszahlungen/Gewerbesteuerrückstellung (§ 4 Abs. 5b EStG)
	+ § 4 Abs. 5 Nr. 1 EStG (Geschenke) / Beachte Vorsteuerabzug gem. § 15 Abs. 1a UStG
	+ § 4 Abs. 5 Nr. 2 EStG (Bewirtungskosten) / Beachte Vorsteuerabzug gem. § 15 Abs. 1a UStG
	+ § 4 Abs. 6 EStG (politische Zuwendungen)
	+ Sonderbetriebseinnahmen der Mitunternehmer
<hr/>	
	= steuerrechtlicher Gewinn (§ 7 GewStG)
	+ Hinzurechnungen (§ 8 GewStG)
Nr. 1	Buchst. a Zinsen/Disagio
	Buchst. b Renten/dauernde Lasten
	Buchst. c stiller Gesellschafter
	Buchst. d Miete bewegl. WG (20%)
	Buchst. e Miete unbewegl. WG (50%)
	Buchst. f Zeitlich befristete Überlassung von Rechten (25 %)
	25 % * (Summe Buchst. a-f ./.. Freibetrag von 200.000 €)
Nr. 5	Beteiligungen unter 15 %
Nr. 8	Anteile am Verlust einer PersG
Nr. 9	Zuwendungen bei Körperschaften
	- Kürzungen (§ 9 GewStG)
Nr. 1	Grundbesitzkürzungen
Nr. 2	Gewinnanteile bei PersG
Nr. 2a	Beteiligungen mind. 15 %
Nr. 5	Zuwendungen bei allen Gewerbetreibenden
<hr/>	
	= maßgebender Gewerbeertrag (§§ 7 S. 1, 10 GewStG)
	- Gewerbeverlust aus Vorjahren (§ 10a GewStG)
	uneingeschränkter Verlustabzug bis 1 Mio Euro
	eingeschränkter Verlustabzug (60 % des verbleibenden Gewerbeertrags)
<hr/>	
	= vorläufiger Gewerbeertrag (§ 11 Abs. 1 S. 3 GewStG : auf volle 100 € abzurunden)
	Freibetrag (§ 11 Abs. 1 S. 3 GewStG)
	24.500 Euro bei natürlichen Personen und Personengesellschaften
	0 Euro bei Kapitalgesellschaften
<hr/>	
	= endgültiger Gewerbeertrag
	x Steuermesszahl in Höhe von 3,5 % (§ 11 Abs. 2 GewStG)
<hr/>	
	= Steuermessbetrag (§ 11 Abs. 1 S. 2 GewStG)
	x Hebesatz (§ 16 GewStG)
<hr/>	
	= Gewerbesteuer (§ 16 Abs. 1 S. 1 GewStG)
	- Vorauszahlungen (§ 20 GewStG)
<hr/>	
	= Abschlussnachzahlung/-erstattung

Schachtelprivilegien

Ausschüttung von Kapitalgesellschaft an Einzelunternehmen



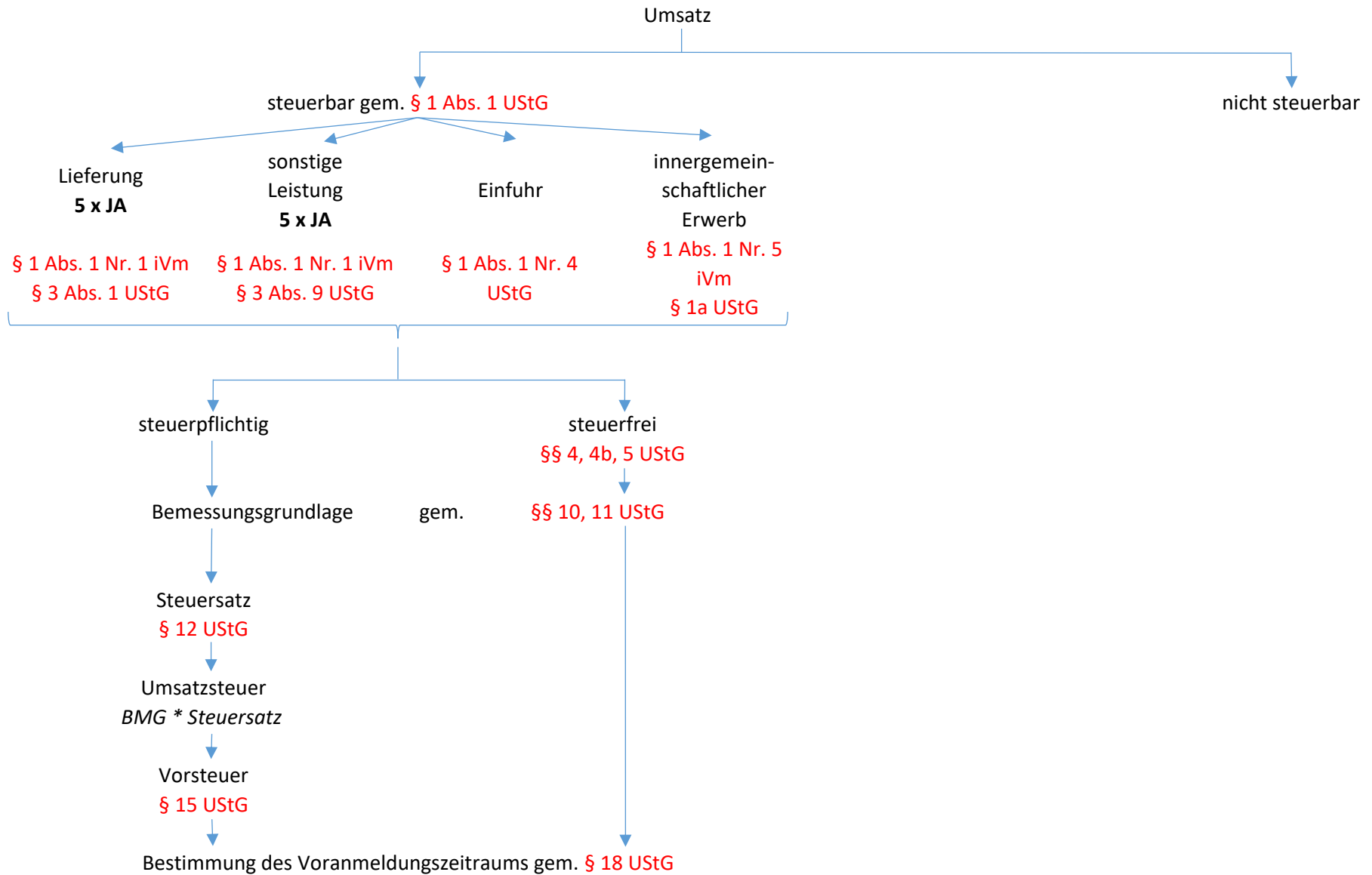
Ausschüttung von Kapitalgesellschaft an Kapitalgesellschaft



Zerlegung

- § 31 Abs. 1 S. 1 GewStG: Vergütungen gem. § 19 Abs. 1 Nr. 1 EStG
- + § 31 Abs. 1 S. 2 GewStG: Zuschläge für Mehrarbeit und für Sonntags-, Feiertags- u. Nachtarbeit
- § 31 Abs. 2 GewStG: Ausbildungsvergütungen
- § 31 Abs. 4 GewStG: einmalige Vergütungen (z.B. Tantieme)
- + § 31 Abs. 5 GewStG: fiktiver Unternehmerlohn bei nicht juristischen Personen von 25.000 €
- = Arbeitslohn (abzurunden auf volle 1.000 €)

Lösungsschema in Umsatzsteuer



**Steuerbarkeit gem.
§ 1 Abs. 1 UStG**

§ 1 Abs. 1 Nr. **1** UStG
Lieferung (§ 3 Abs. 1 UStG)
oder
sonstige Leistung (§ 3 Abs. 9 UStG)

§ 1 Abs. 1 Nr. **4** UStG
Einfuhr

§ 1 Abs. 1 Nr. **5** UStG
Innergemeinschaftlicher Erwerb (§ 1a UStG)

5 x JA ist steuerbar

1. Lieferung ODER sonstige Leistung
2. durch Unternehmer (§ 2 UStG)
3. im Rahmen seines Unternehmens
4. gegen Entgelt (§ 10 UStG)
5. **im Inland (§§ 3-3g UStG)**

im Inland (§ 1 Abs. 2 UStG)

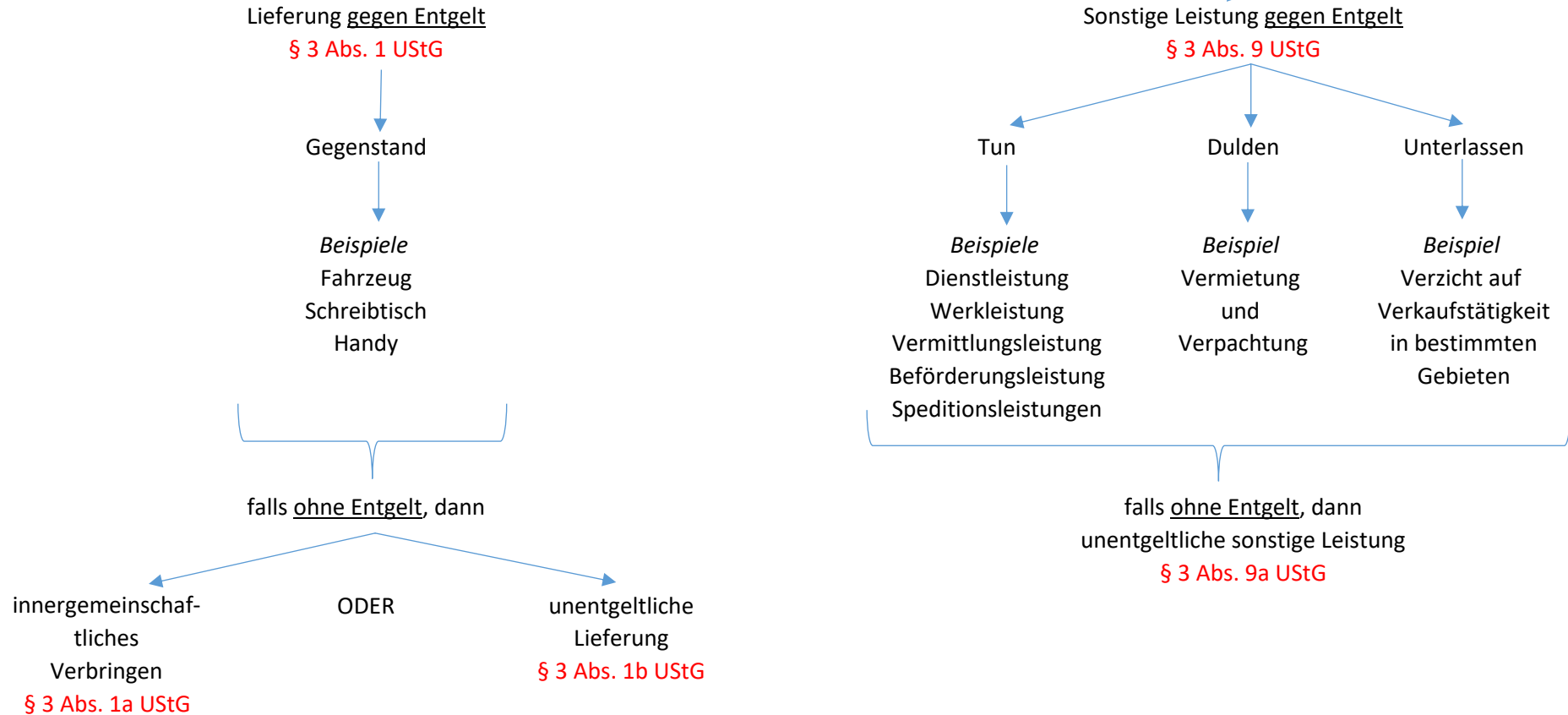
im Inland (§ 3d UStG)

Gemeinsamkeiten: **Inland**

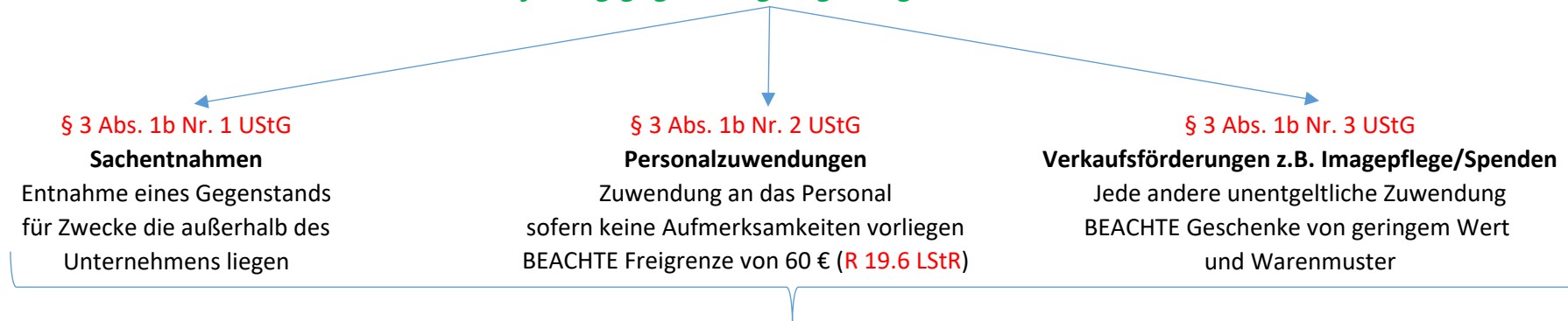
Unterschiede zwischen Einfuhr und innergemeinschaftlichen Erwerb

Umsatzart	Einfuhr	Innergemeinschaftlicher Erwerb
Herkunftsland	Drittland	EU oder EWR
Erwerber	Unternehmer oder Privatperson	Unternehmer oder Privatperson bei neuen Fahrzeugen
Verkäufer	Unternehmer oder Privatperson	Unternehmer

Leistungen

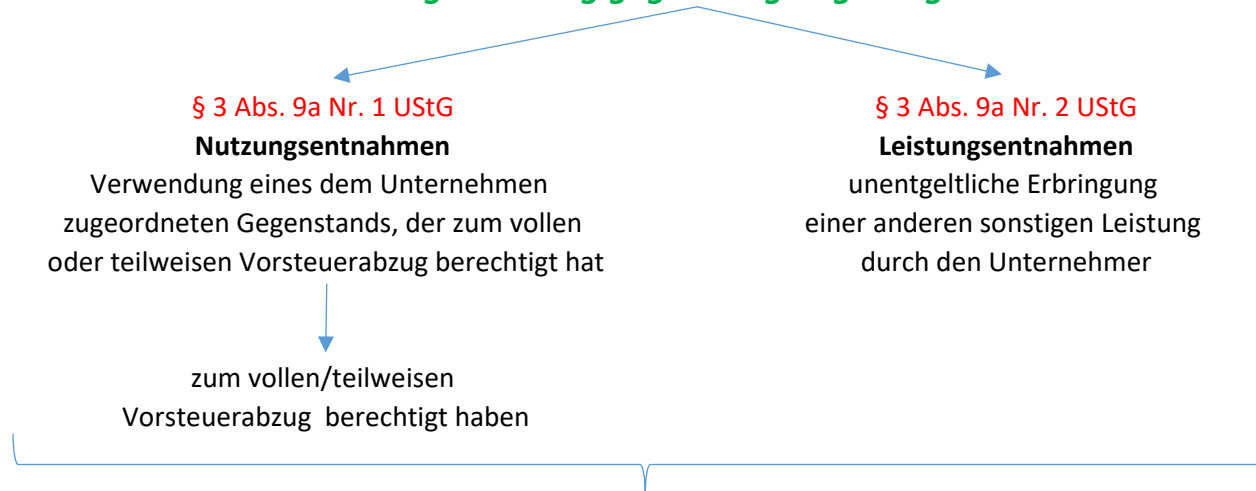


Unentgeltliche Wertabgaben ODER auch unentgeltliche Lieferungen genannt
"Lieferung gegen Entgelt gleichgestellt"



Zum vollen oder teilweisen Vorsteuerabzug berechtigt haben (§ 3 Abs. 1b S. 2 UStG)
Der Ort der unentgeltlichen Wertabgaben wird nach den allgemeinen Ortsbestimmungsregeln bestimmt

Unentgeltliche Wertabgaben ODER auch unentgeltliche sonstige Leistungen genannt
"sonstige Leistung gegen Entgelt gleichgestellt"



Der Ort der unentgeltlichen Wertabgaben wird nach den allgemeinen Ortsbestimmungsregeln bestimmt

Software Lieferung / sonstige Leistung

<div style="text-align: center;">Form der Software</div> <div style="text-align: center;">Art der Software</div>	Datenträger	Download
Standardsoftware	Lieferung § 3 Abs. 1 UStG	Sonstige Leistung § 3 Abs. 9 UStG
Individualsoftware	Sonstige Leistung § 3 Abs. 9 UStG	Sonstige Leistung § 3 Abs. 9 UStG

**Innergemeinschaftliches Verbringen
(= kein Entgelt)**

§ 1a Abs. 2 UStG

(= innergemeinschaftlicher Erwerb)

§ 3 Abs. 1a UStG

(= innergemeinschaftlicher Lieferung)

Frankreich
Autohaus A

Deutschland
Autohaus A

Überführung eines Autotransporters für immer nach Deutschland

Unternehmer A gilt in Frankreich als Lieferer
Unternehmer A gilt in Deutschland als Erwerber

Deutschland
Autohaus A

Frankreich
Autohaus A

Überführung eines Autotransporters nach Frankreich

Unternehmer A gilt in Deutschland als Lieferer
Unternehmer A gilt in Frankreich als Erwerber

Kommissionsgeschäft gem. § 3 Abs. 3 UStG



Leistungsaustausch zwischen ADIDAS und Sportgeschäft

Ort der Lieferung liegt am Standort des Sportgeschäfts, sprich unbewegte Lieferung gem. § 3 Abs. 7 UStG

Wichtig!: nur für 1 Anzug

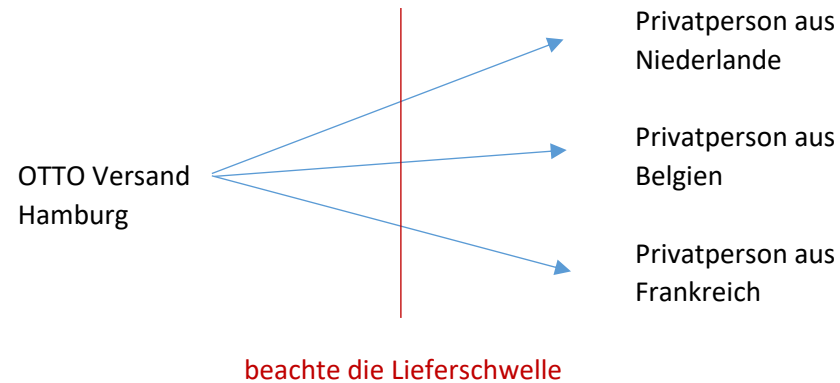
Leistungsaustausch zwischen Sportgeschäft und Herrn Pape

Ort der Lieferung befindet sich am Standort des Sportgeschäfts gem. § 3 Abs. 6 UStG

Ein Anzug, der an ADIDAS zurück geschickt wurde

Es fand nie Leistungsaustausch statt, somit auch keine Lieferung

Sonderfall gem. § 3c UStG



Lieferschwelle von OTTO Versand in Niederlande und Belgien überschritten, in Frankreich aber nicht

Gem. § 3c UStG verlagern sich die Orte der Lieferung nach Niederlande und Belgien.

Der Warenverkauf nach Frankreich ist gem. § 3 VI UStG zu beurteilen, somit der Lieferungsort in Hamburg

Art der Leistungen

Lieferung (§ 3 Abs. 1 UStG)

Sonstige Leistung (§ 3 Abs. 9 UStG)

Unentgeltliche Wertabgabe (§ 3 Abs. 1b oder § 3 Abs. 9a UStG)

unentgeltliche Lieferung (§ 3 Abs. 1b UStG)

unentgeltliche sonstige Leistung (§ 3 Abs. 9a UStG)

Werklieferung (§ 3 Abs. 4 UStG)

Werkleistung (§ 3 Abs. 9 UStG oder § 3 Abs. 4 UStG im Umkehrschluss)

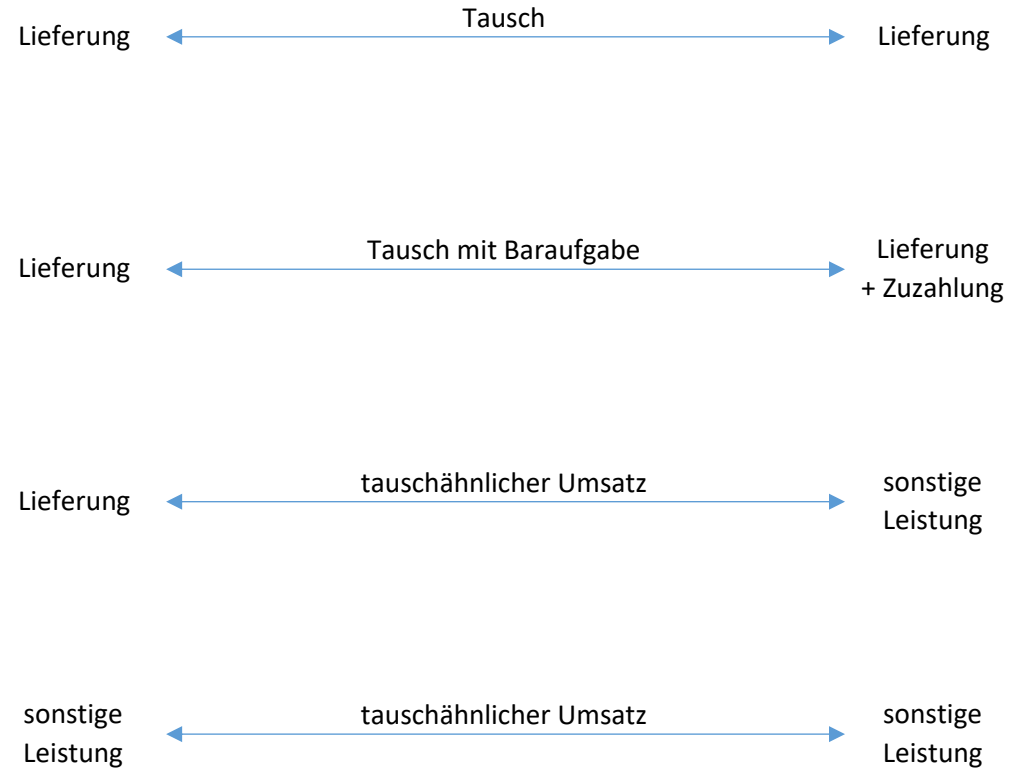
Kommissionsgeschäft (§ 3 Abs. 3 UStG)

Tausch oder tauschähnlicher Umsatz (§ 3 Abs. 12 UStG)

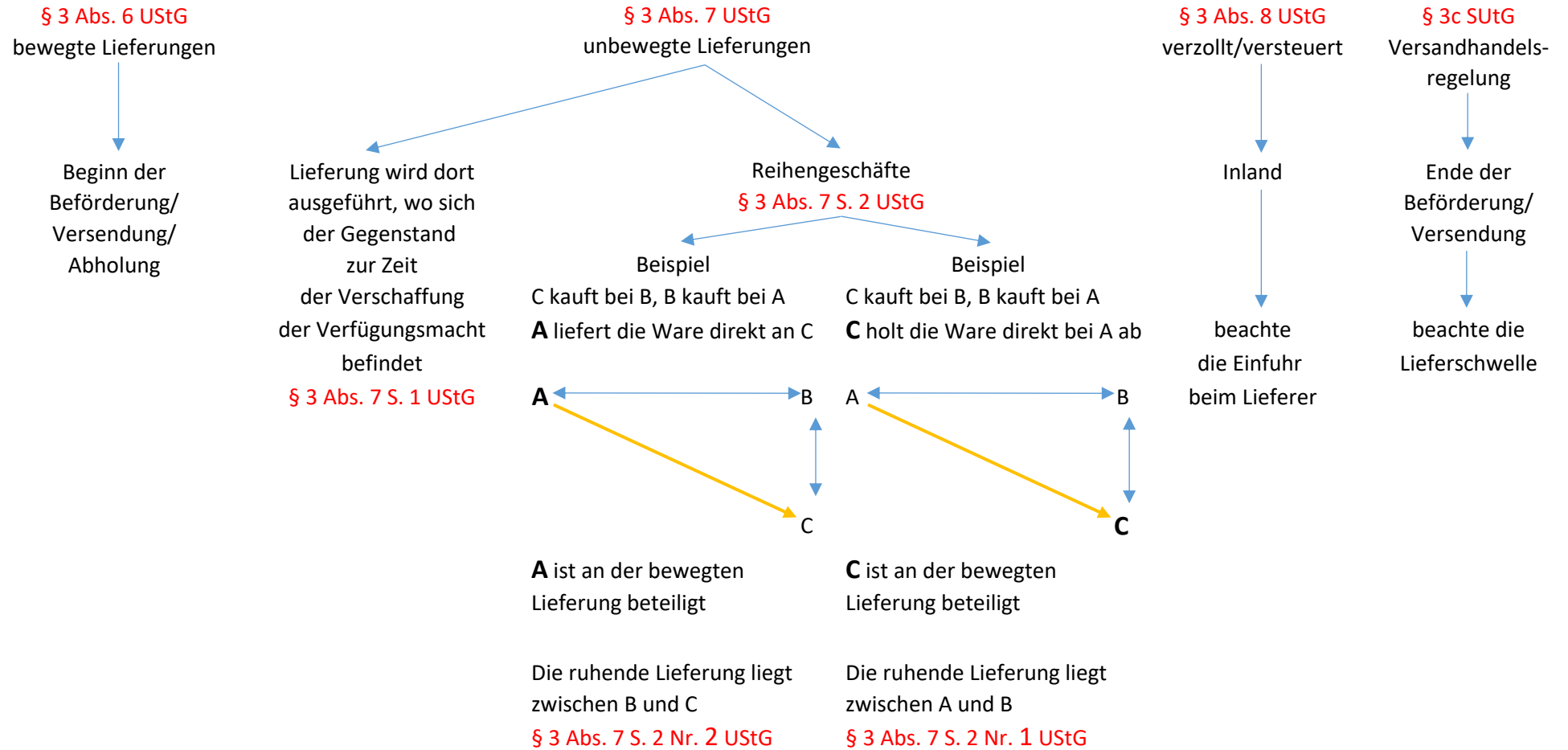
Innergemeinschaftlicher Erwerb (§ 1a UStG)

Innergemeinschaftliches Verbringen (§ 3 Abs. 1a oder § 1a Abs. 2 UStG)

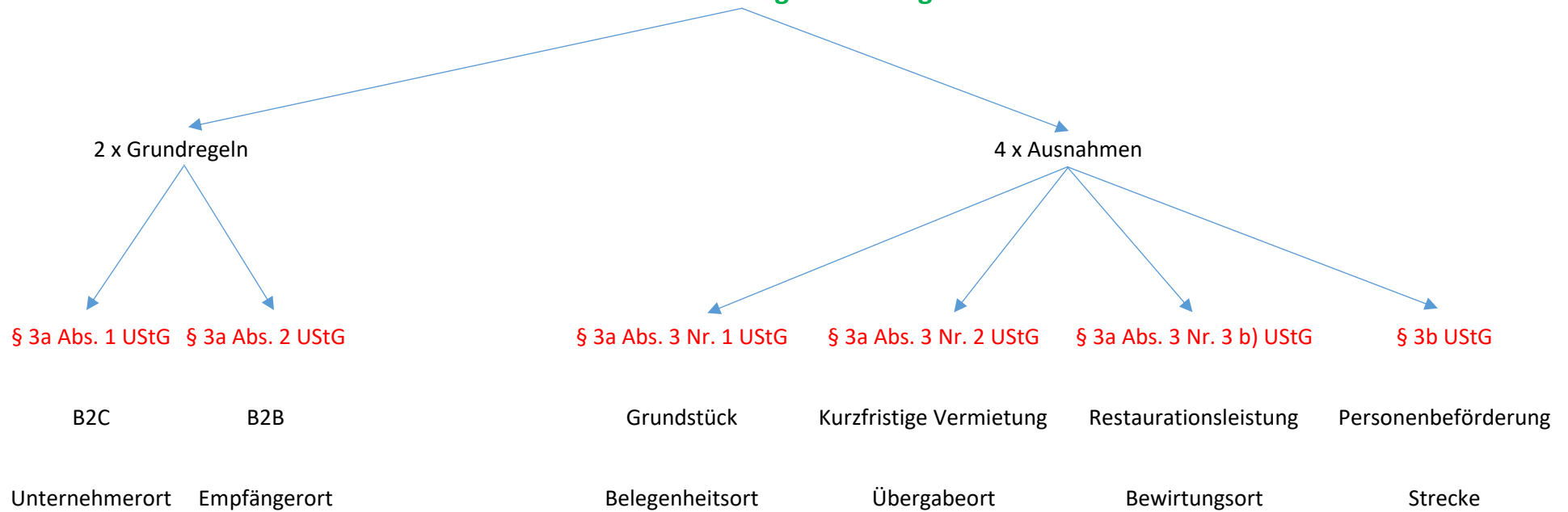
Tausch oder tauschähnlicher Umsatz gem. § 3 Abs. 12 UStG



Ort der Lieferungen



Ort der sonstigen Leistungen



Abgrenzung Einfuhr und Lieferung gem. § 3 Abs. 8 UStG

"unverzollt/unversteuert"

Bsp.: B kauft von A eine Maschine für netto 10.000 €

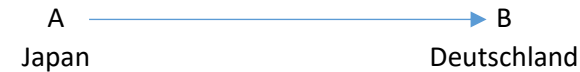


B tätig in Deutschland eine Einfuhr:

Umsatzart: Einfuhr (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 UStG)
 Leistungsort: Inland (§ 1 Abs. 2 UStG)
 Steuerbar: ja (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 UStG)
 steuerpflichtig
 Steuerbefreiung: mangels
 Steuerbefreiung
 (§ 5 UStG)
 BMG: 10.000 € (§ 11 UStG)
 Umsatzsteuer: 1.900 €
 Vorsteuer: 1.900 €
 (§ 15 Abs. 1 Nr. 2 UStG)

"verzollt/versteuert"

Bsp.: B kauft von A eine Maschine für netto 10.000 €



A tätig in Deutschland eine Einfuhr:

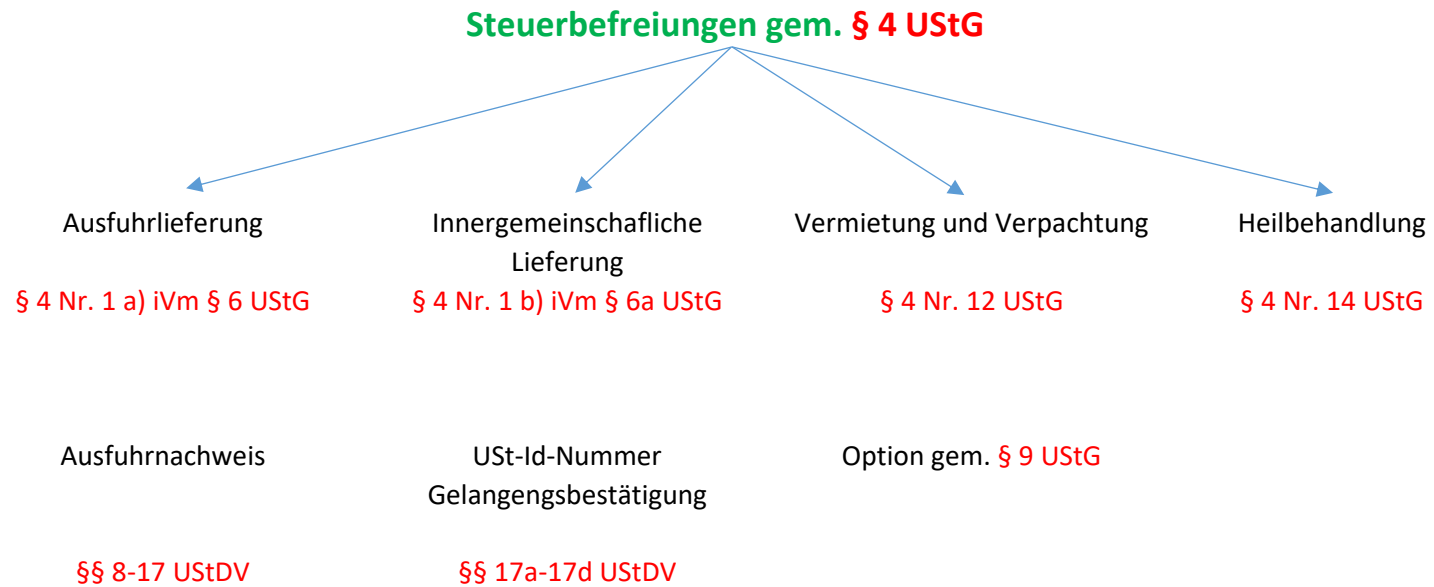
Umsatzart: Einfuhr (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 UStG)
 Leistungsort: Inland (§ 1 Abs. 2 UStG)
 Steuerbar: steuerbar (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 UStG)
 steuerpflichtig
 Steuerbefreiung: mangels
 Steuerbefreiung
 (§ 5 UStG)
 BMG: 10.000 € (§ 11 UStG)
 Umsatzsteuer: 1.900 €
 Vorsteuer: 1.900 €
 (§ 15 Abs. 1 Nr. 2 UStG)

B hat Vorsteuerabzug

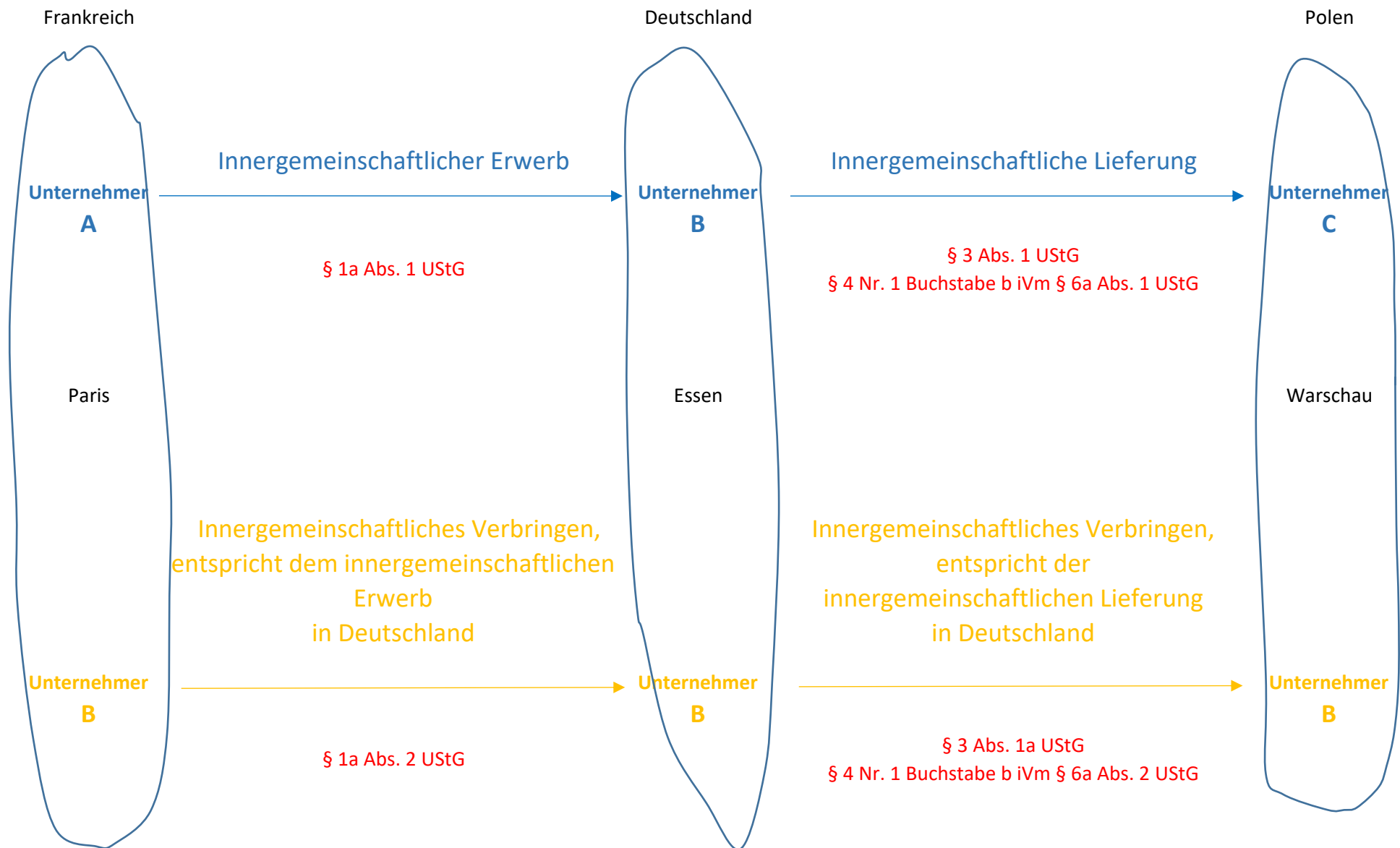
Umsatzart: -
 Leistungsort: -
 Steuerbar: -
 Steuerbefreiung: -
 BMG: -
 Umsatzsteuer: -
 Vorsteuer: 1.900 €
 (§ 15 Abs. 1 Nr. 1 UStG)

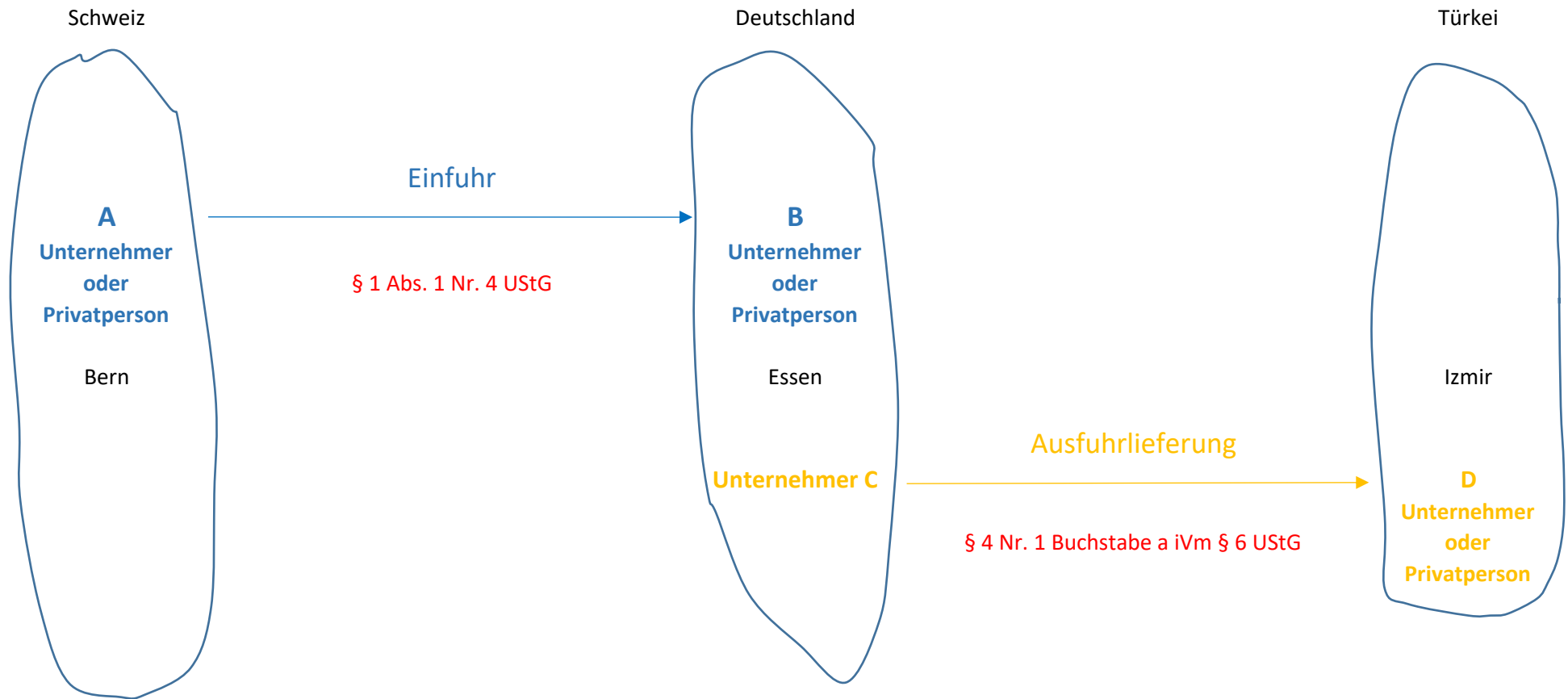
A tätig in Deutschland eine Lieferung:

Umsatzart: Lieferung (§ 3 Abs. 1 UStG)
 Leistungsort: Inland (§ 3 Abs. 8 UStG)
 Steuerbar: steuerbar (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG)
 steuerpflichtig
 Steuerbefreiung: mangels
 Steuerbefreiung
 (§ 4 UStG)
 BMG: 10.000 € (§ 10 Abs. 1 S. 1, 2 UStG)
 Umsatzsteuer: 1.900 €
 Vorsteuer: -



7. Umsatzsteuer







7. Umsatzsteuer

Vorgang	Verkauf eines Neufahrzeuges nach Frankreich von Unternehmer A an Unternehmer B für netto 10.000 €		Verbringen eines Neufahrzeuges durch Unternehmer A nach Frankreich Einkaufspreis beträgt netto 10.000 €		Verkauf eines Neufahrzeuges nach Frankreich von Unternehmer A an Privatperson C für netto 10.000 €		Verkauf eines Neufahrzeuges nach Türkei von Unternehmer A an Unternehmer ODER Privatperson D für netto 10.000 €	
Länder	Deutschland → Frankreich	Deutschland → Frankreich	Deutschland → Frankreich	Deutschland → Frankreich	Deutschland → Frankreich	Deutschland → Frankreich	Deutschland → Türkei	
Unternehmer	Unternehmer A	Unternehmer B	Unternehmer A	Unternehmer A	Unternehmer A	Privatperson C	Unternehmer A	Unternehmer ODER Privatperson D
Umsatzart	Lieferung § 3 Abs. 1 UStG		Innergemeinschaftliches Verbringen § 3 Abs. 1a UStG		Lieferung § 3 Abs. 1 UStG		Lieferung § 3 Abs. 1 UStG	
Umsatzort	Bewegte Lieferung § 3 Abs. 6 UStG							
Steuerbar	ja § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG							
Steuerfrei ODER Steuerpflichtig	steuerfrei als <u>innergemeinschaftliche Lieferung</u> § 4 Nr. 1 Buchstabe b iVm § 6a Abs. 1 UStG		steuerfrei als <u>innergemeinschaftliche Lieferung</u> § 4 Nr. 1 Buchstabe b iVm § 6a Abs. 2 UStG		steuerfrei als <u>innergemeinschaftliche Lieferung</u> § 4 Nr. 1 Buchstabe b iVm § 6a Abs. 1 Nr. 2 c) UStG		steuerfrei als <u>Ausfuhrlieferung</u> § 4 Nr. 1 Buchstabe a iVm § 6 UStG	
Bemessungsgrundlage	Entgelt iHv 10.000 € § 10 Abs. 1 UStG		Einkaufspreis + Nebenkosten iHv 10.000 € § 10 Abs. 4 Nr. 1 UStG		Entgelt iHv 10.000 € § 10 Abs. 1 UStG		Entgelt iHv 10.000 € § 10 Abs. 1 UStG	
Steuersatz	entfällt		entfällt		entfällt		entfällt	
Umsatzsteuer	entfällt		entfällt		entfällt		entfällt	

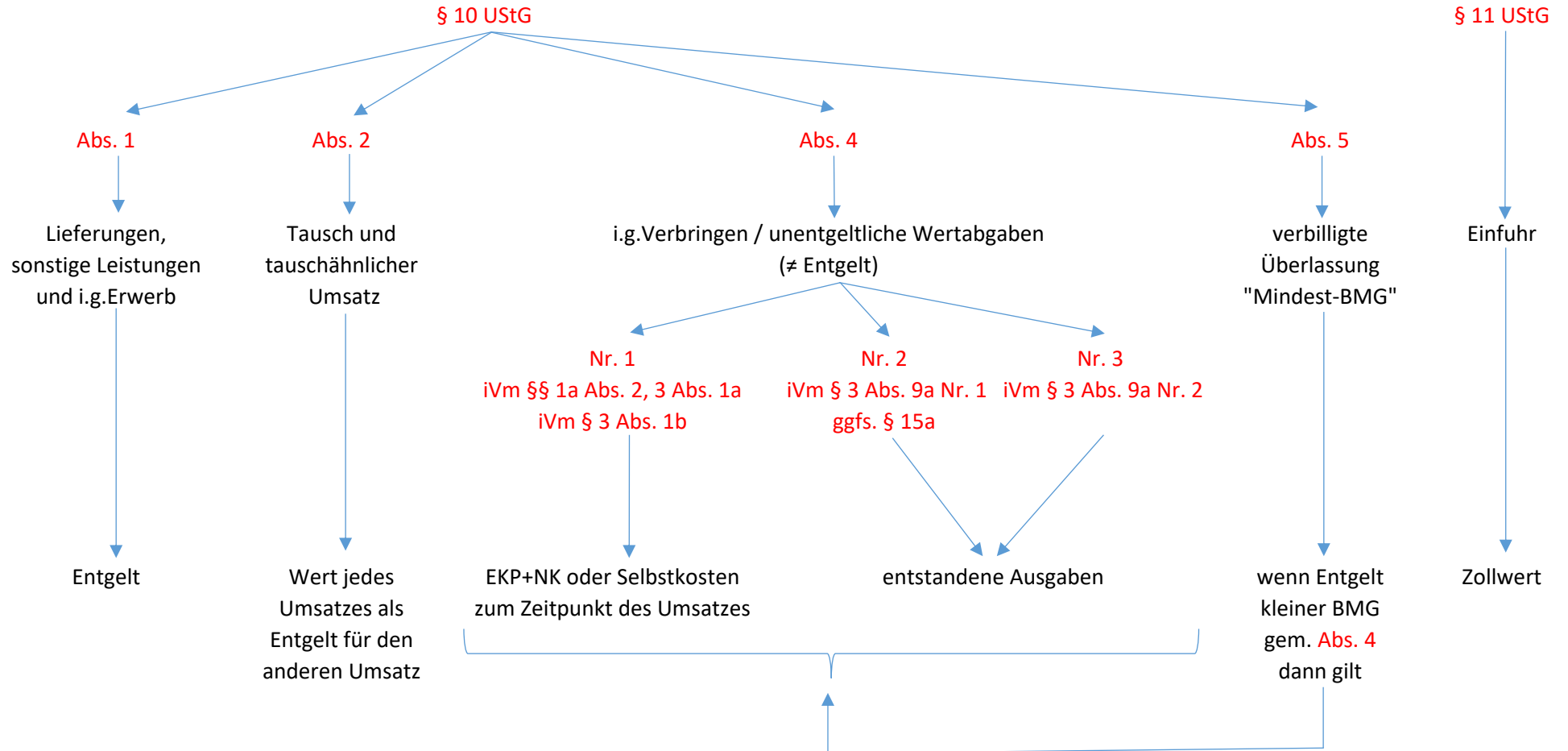
7. Umsatzsteuer

Vorgang	Erwerb eines Neufahrzeuges durch Unternehmer B von Unternehmer A aus Frankreich für netto 10.000 €		Verbringen eines Neufahrzeuges durch Unternehmer A aus Frankreich nach Deutschland Einkaufspreis beträgt netto 10.000 €		Erwerb eines Neufahrzeuges durch Privatperson C von Unternehmer A aus Frankreich für netto 10.000 €		Erwerb eines Neufahrzeuges durch Unternehmer D von Unternehmer A aus Türkei für netto 10.000 €	
Länder	Frankreich →	Deutschland	Frankreich →	Deutschland	Frankreich →	Deutschland	Türkei →	Deutschland
Unternehmer	Unternehmer A	Unternehmer B	Unternehmer A	Unternehmer A	Unternehmer A	Privatperson C	Unternehmer A	Unternehmer D
Umsatzart	<u>Innergemeinschaftlicher Erwerb</u> § 1a Abs. 1 UStG		<u>Innergemeinschaftliches Verbringen</u> § 1a Abs. 2 UStG		<u>Innergemeinschaftlicher Erwerb</u> § 1b UStG		<u>Einfuhr</u> § 1 Abs. 1 Nr. 4 UStG	
Umsatzort	Inland / ENDE der Beförderung § 3d UStG						Inland § 1 Abs. 2 UStG	
Steuerbar	ja § 1 Abs. 1 Nr. 5 UStG						ja § 1 Abs. 1 Nr. 4 UStG	
Steuerfrei ODER Steuerpflichtig	steuerpflichtig mangels Steuerbefreiung gem. § 4b UStG						steuerpflichtig mangels Steuerbefreiung gem. § 5 UStG	
Bemessungs- grundlage	Entgelt iHv 10.000 € § 10 Abs. 1 UStG		Einkaufspreis + Nebenkosten iHv 10.000 € § 10 Abs. 4 Nr. 1 UStG		Entgelt iHv 10.000 € § 10 Abs. 1 UStG		Entgelt ODER Zollwert iHv 10.000 € § 11 Abs. 1 UStG	
Steuersatz	19% (§ 12 Abs. 1 UStG)							
Umsatzsteuer	1.900 €							
Vorsteuer	1.900 € § 15 Abs. 1 Nr. 3 UStG				Kein Vorsteuerabzug, weil Privatperson		1.900 € § 15 Abs. 1 Nr. 2 UStG	

7. Umsatzsteuer

Innergemeinschaftliches Verbringen				
Vorgang	Verbringen eines Neufahrzeuges durch Unternehmer A nach Frankreich Einkaufspreis beträgt netto 10.000 €		Verbringen eines Neufahrzeuges durch Unternehmer A aus Frankreich Einkaufspreis beträgt netto 10.000 €	
Länder	Deutschland 	Frankreich	Frankreich 	Deutschland
Unternehmer	Unternehmer A	Unternehmer A	Unternehmer A	Unternehmer A
Umsatzart	Innergemeinschaftliches Verbringen ODER innergemeinschaftliche Lieferung § 3 Abs. 1a UStG		Innergemeinschaftliches Verbringen ODER innergemeinschaftlicher Erwerb § 1a Abs. 2 UStG	
Umsatzort	BEGINN der Beförderung, sprich bewegte Lieferung § 3 Abs. 6 UStG		Inland / ENDE der Beförderung § 3d UStG	
Steuerbar	ja § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG		ja § 1 Abs. 1 Nr. 5 UStG	
Steuerfrei ODER Steuerpflichtig	steuerfrei als innergemeinschaftliche Lieferung gem. § 4 Nr. 1 Buchstabe b iVm § 6a Abs. 2 UStG		steuerpflichtig mangels Steuerbefreiung gem. § 4b UStG	
Bemessungsgrundlage	Entgelt iHv 10.000 € § 10 Abs. 1 UStG		Einkaufspreis + Nebenkosten iHv 10.000 € § 10 Abs. 4 Nr. 1 UStG	
Steuersatz	entfällt		19% § 12 Abs. 1 UStG	
Umsatzsteuer	entfällt		1.900 €	
Vorsteuer	Vorsteuer § 15 Abs. 1 UStG		1.900 € § 15 Abs. 1 Nr. 3 UStG	

Bemessungsgrundlage



Bemessungsgrundlage gem. § 10 Abs. 4 UStG

<u>Kaufpreise</u>	<u>Nettoeinkaufspreis</u>	<u>Bruttoverkaufspreis</u>	<u>Nettoverkaufspreis</u>	<u>BMG</u>	
Einkaufspreis	500,00 €	-----			
Verkaufspreis 1	-----	1,00 €	0,84 €	500,00 €	§ 10 Abs. 5 iVm Abs. 4 UStG
Verkaufspreis 2	-----	501,00 €	421,01 €	500,00 €	§ 10 Abs. 5 iVm Abs. 4 UStG
Verkaufspreis 3	-----	714,00 €	600,00 €	600,00 €	§ 10 Abs. 1 UStG

Schlussfolgerung: der höhere der beiden Nettobeträge muss als Bemessungsgrundlage herangezogen werden

Zusammenfassung Umsatzart/Umsatzort/Steuerbarkeit/Bemessungsgrundlage

Umsatzart	Lieferungen	sonstige Leistungen	Einfuhr	Innergemeinschaftlicher Erwerb
Umsatzort	§ 3, § 3c und § 3f UStG	§ 3a, § 3b und § 3f UStG	§ 1 Abs. 2 UStG	§ 3d UStG
Steuerbarkeit	§ 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG	§ 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG	§ 1 Abs. 1 Nr. 4 UStG	§ 1 Abs. 1 Nr. 5 UStG
Bemessungsgrundlage	Entgelt (§ 10 Abs. 1 UStG) oder EKP+NK oder Selbstkosten (§ 10 Abs. 4 UStG) oder Mindestbemessungsgrundlage (§ 10 Abs. 5 UStG)	Entgelt (§ 10 Abs. 1 UStG) oder EKP+NK oder Selbstkosten (§ 10 Abs. 4 UStG) oder Mindestbemessungsgrundlage (§ 10 Abs. 5 UStG)	Zollwert (§ 11 UStG)	Entgelt (§ 10 Abs. 1 UStG) oder EKP+NK oder Selbstkosten (§ 10 Abs. 4 UStG)

Fahrzeugbesteuerung

Fahrzeug BLP 40.000 € / Anwendung der 1%-Methode
 $40.000 \text{ €} * 1\% = 400 \text{ €}$

Private Nutzung des **Betriebsfahrzeuges**
 durch **Unternehmer**
 = Nutzungsentnahme gem. § 3 Abs. 9a Nr. 1 UStG
 BMG beurteilt sich gem. § 10 Abs. 4 Nr. 2 UStG

Private Nutzung des **Firmenfahrzeuges**
 durch **Arbeitnehmer**
 = Tauschähnlicher Umsatz gem. § 3 Abs. 12 UStG
 BMG beurteilt sich gem. § 10 Abs. 2 UStG

80%

20%-Abschlag

BMG: $400 \text{ €} * 80\% = 320 \text{ €}$

$400 \text{ €} * 20\% = 80 \text{ €}$

BMG: 336,13 €

USt: $320 \text{ €} * 19\% = 60,80 \text{ €}$

USt: $400 \text{ €} * 19/119 = 63,87$

Privatentnahme	460,80 €	
an Verw. Gegenst. ohne USt		80,00 €
an Verwendung Gegenst. mit USt		320,00 €
an Umsatzsteuer		60,80 €

Löhne/Gehälter	400,00 €	
an Verrechnung Sachbezüge mit USt		336,13 €
an Umsatzsteuer		63,87 €

Option gem. § 9 UStG

Prüfung der Voraussetzung gem. **§ 9 Abs. 1 UStG**
 "an einen anderen Unternehmer"

Prüfung der Voraussetzung gem. **§ 9 Abs. 2 UStG**
 "Leistungsempfänger muss VSt-Abzug haben"

Privatperson ≠ Unternehmer im Sinne des **§ 2 UStG**

Steuerberater = Unternehmer im Sinne des **§ 2 UStG**

Arzt = Unternehmer im Sinne des **§ 2 UStG**

Bäcker = Unternehmer im Sinne des **§ 2 UStG**

3. OG	Vermietung an Privatperson Option nicht möglich, da die Voraussetzungen gem. § 9 Abs. 1 UStG nicht erfüllt
2. OG	Vermietung an Steuerberater Option möglich, da die Voraussetzungen gem. § 9 Abs. 1, 2 UStG erfüllt
1. OG	Vermietung an Arzt Option nicht möglich, da die Voraussetzungen gem. § 9 Abs. 2 UStG nicht erfüllt
EG	Vermietung an Bäckerei Option möglich, da die Voraussetzungen gem. § 9 Abs. 1, 2 UStG erfüllt

Prüfung unnötig

Steuerberater = Vorsteuerabzug

Arzt ≠ Vorsteuerabzug

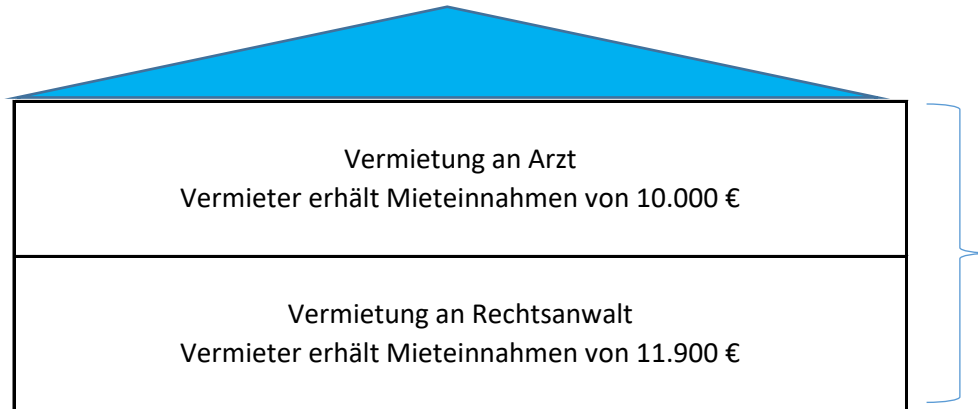
Bäcker = Vorsteuerabzug

Schlussfolgerung:

Option gem. **§ 9 UStG** nur bei EG und 2. OG möglich

Gem. **§ 15 Abs. 1 Nr. 1 UStG** nur Vorsteuerabzug für zwei von vier Etagen möglich

Option gem. § 9 UStG



Werbungskosten:

- Malerrechnung iHv 1.190 € für die beiden Etagen
- Erstellung der Umsatzsteuererklärung für 2.380 €
- AfA in Höhe von 10.000 € für die beiden Etagen

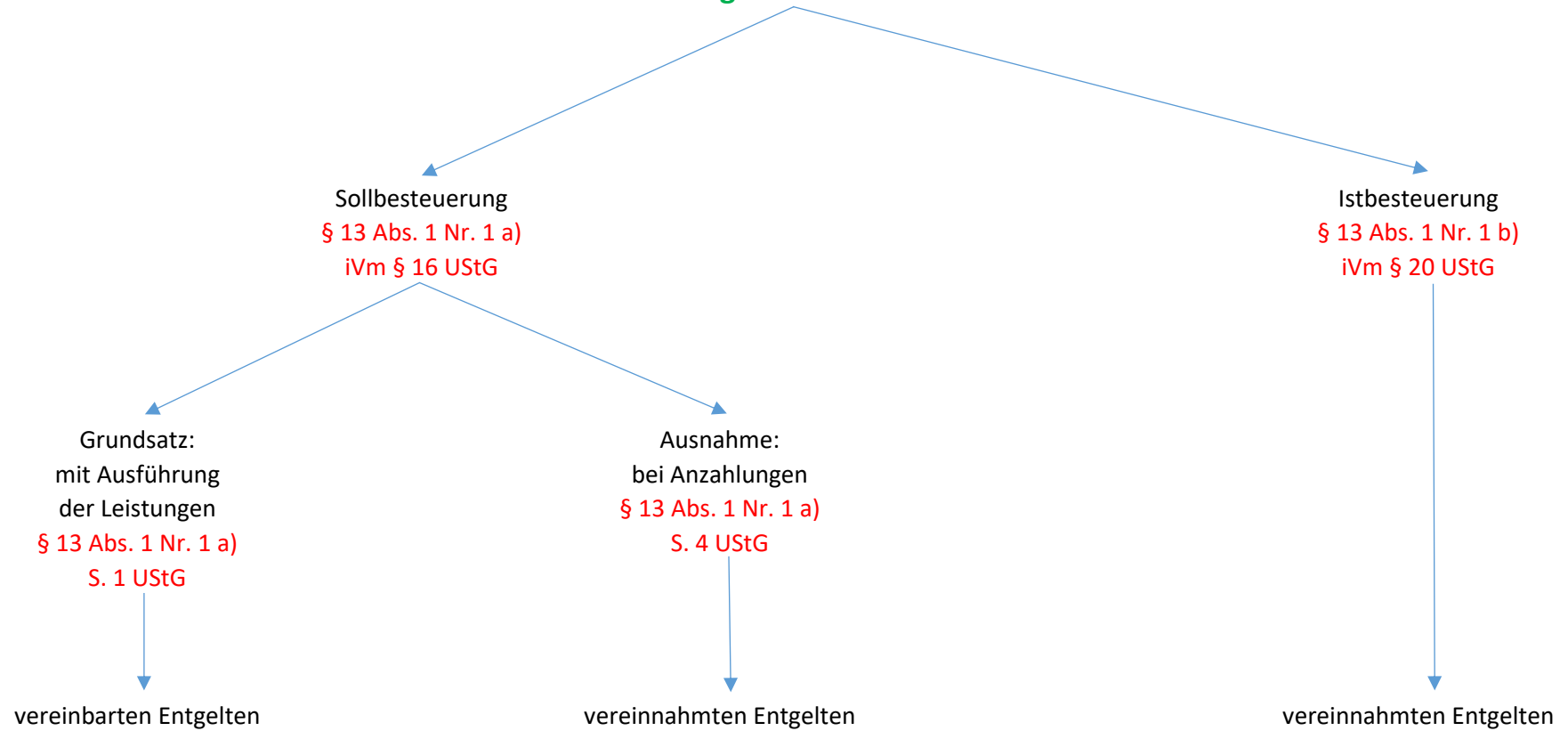
Ermittlung des Überschusses gem. § 2 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 EStG:

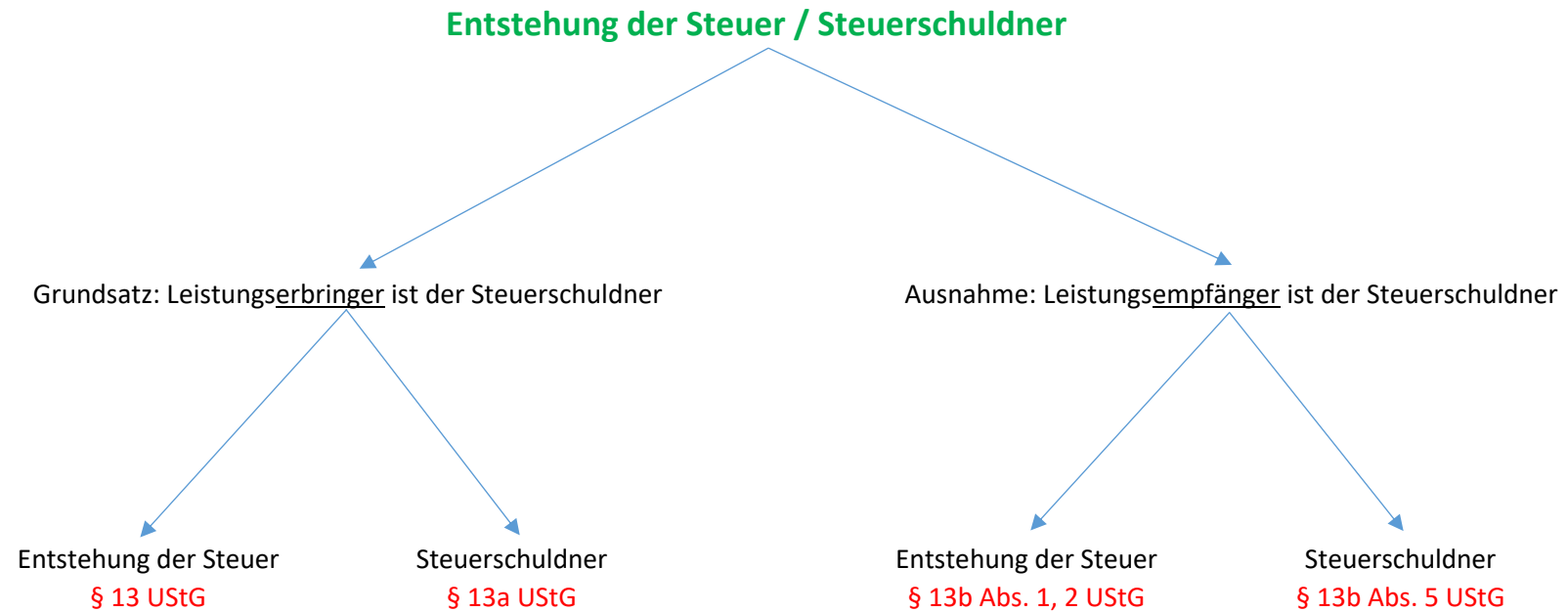
Einnahmen	10.000 € + 11.900 € =	21.900,00 €
Werbungskosten	1.190 € + 2.380 € + 10.000 € =	13.570,00 €
Überschuss		8.330,00 €

Ermittlung der Abschlusszahlung/-erstattung:

Umsatzsteuer		1.900,00 €
Vorsteuer	190 € * 50% + 380 € =	475,00 €
USt-Zahllast		1.425,00 €
USt-Vorauszahlungen		- €
USt-Erstattungsanspruch		1.425,00 €

Entstehung der Umsatzsteuer






§ 13b Abs. 1 UStG

Rechtsanwalt
aus Frankreich

Rechtsberatung

Unternehmer
aus Deutschland


- 
- sonstige Leistung
 - Ort der Leistung in Dtl.
 - § 13b Abs. 1 UStG
 - Steuerschuldner ist Unternehmer aus Dtl. (§ 13b Abs. 5 UStG)
 - VSt-Abzug gem. § 15 Abs. 1 Nr. 4 UStG

§ 13b Abs. 2 Nr. 1 UStG

Rechtsanwalt
aus Schweiz

Rechtsberatung

Unternehmer
aus Deutschland

- 
- sonstige Leistung
 - Ort der Leistung in Dtl.
 - Voraussetzungen § 13b Abs. 2 Nr. 1 UStG erfüllt
 - Steuerschuldner ist Unternehmer aus Dtl. (§ 13b Abs. 5 UStG)
 - VSt-Abzug gem. § 15 Abs. 1 Nr. 4 UStG

§ 13b Abs. 2 Nr. 1 UStG

Unternehmer
aus Ausland

Bauleistung (Werklieferung)

Unternehmer
aus Deutschland

-
- Werklieferung
 - Ort der Leistung in Dtl.
 - Voraussetzungen **§ 13b Abs. 2 Nr. 1 UStG erfüllt**
 - Steuerschuldner ist Unternehmer aus Dtl. (**§ 13b Abs. 5 UStG**)
 - VSt-Abzug gem. **§ 15 Abs. 1 Nr. 4 UStG**

§ 13b Abs. 2 Nr. 4 UStG

Bauunternehmer A
aus Deutschland

Bauleistung (Werklieferung)

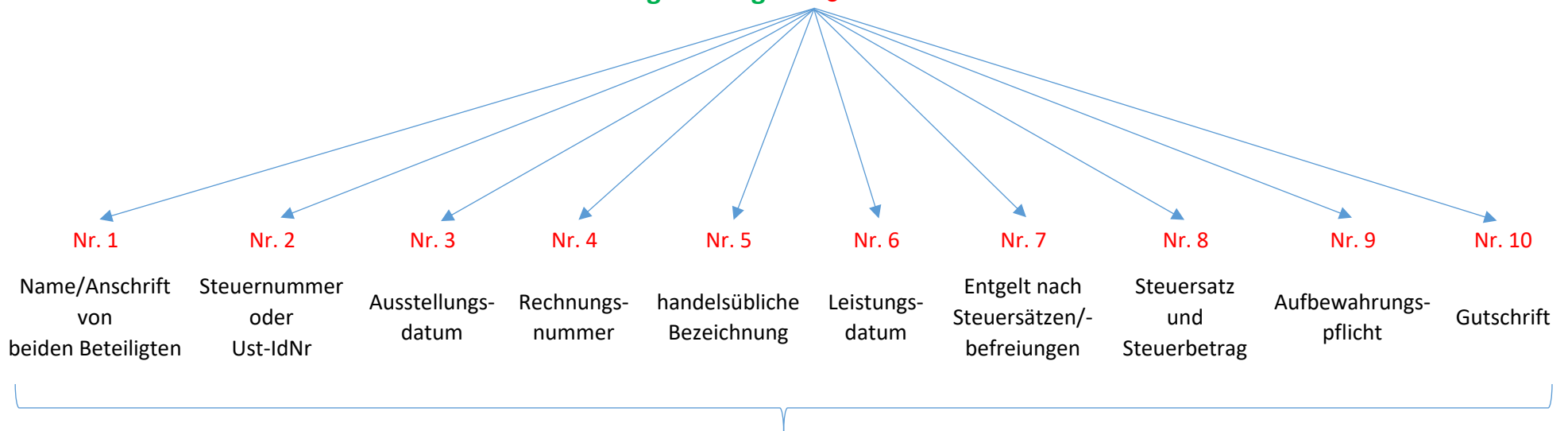
Bauunternehmer B
aus Deutschland

-
- Werklieferung
 - Ort der Leistung in Dtl.
 - Voraussetzungen **§ 13b Abs. 2 Nr. 4 UStG erfüllt**
 - Steuerschuldner ist Unternehmer B aus Dtl. (**§ 13b Abs. 5 UStG**)
 - VSt-Abzug gem. **§ 15 Abs. 1 Nr. 4 UStG**

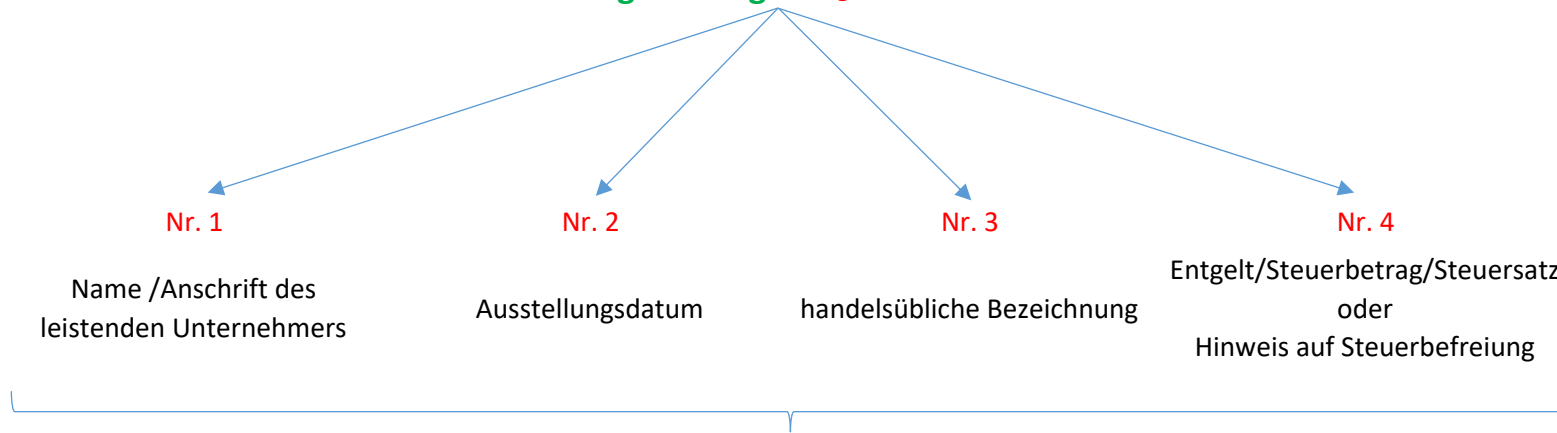
Zusammenfassung § 13b UStG

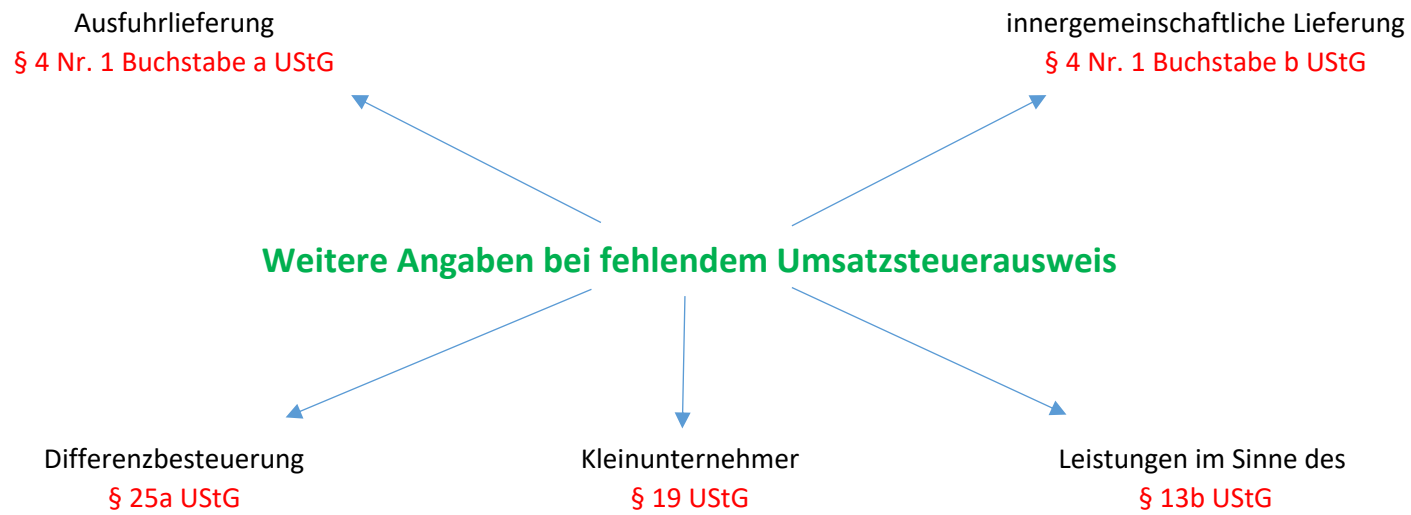
§§	Umsatzart	Umsatzort	Ansässigkeit des erbringenden Unternehmers
§ 13b Abs. 1 UStG	sonstige Leistung	§ 3a Abs. 2 UStG	im übrigen Gemeinschaftsgebiet
§ 13b Abs. 2 Nr. 1 UStG	sonstige Leistung	alle §§ außer § 3a Abs. 2 UStG	im übrigen Gemeinschaftsgebiet
§ 13b Abs. 2 Nr. 1 UStG	sonstige Leistung	§ 3a Abs. 2 UStG	Drittland
§ 13b Abs. 2 Nr. 1 UStG	Werklieferung	§ 3 Abs. 7 UStG	Ausland

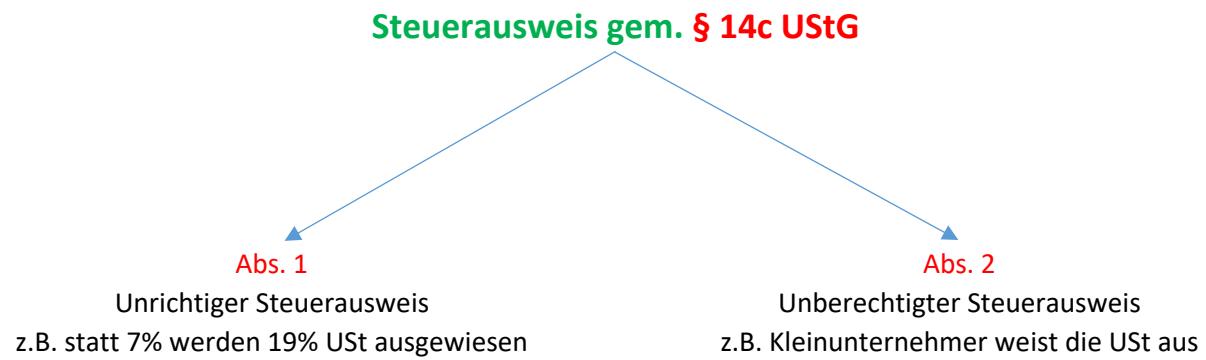
Rechnungsinhalt gem. § 14 Abs. 4 UStG



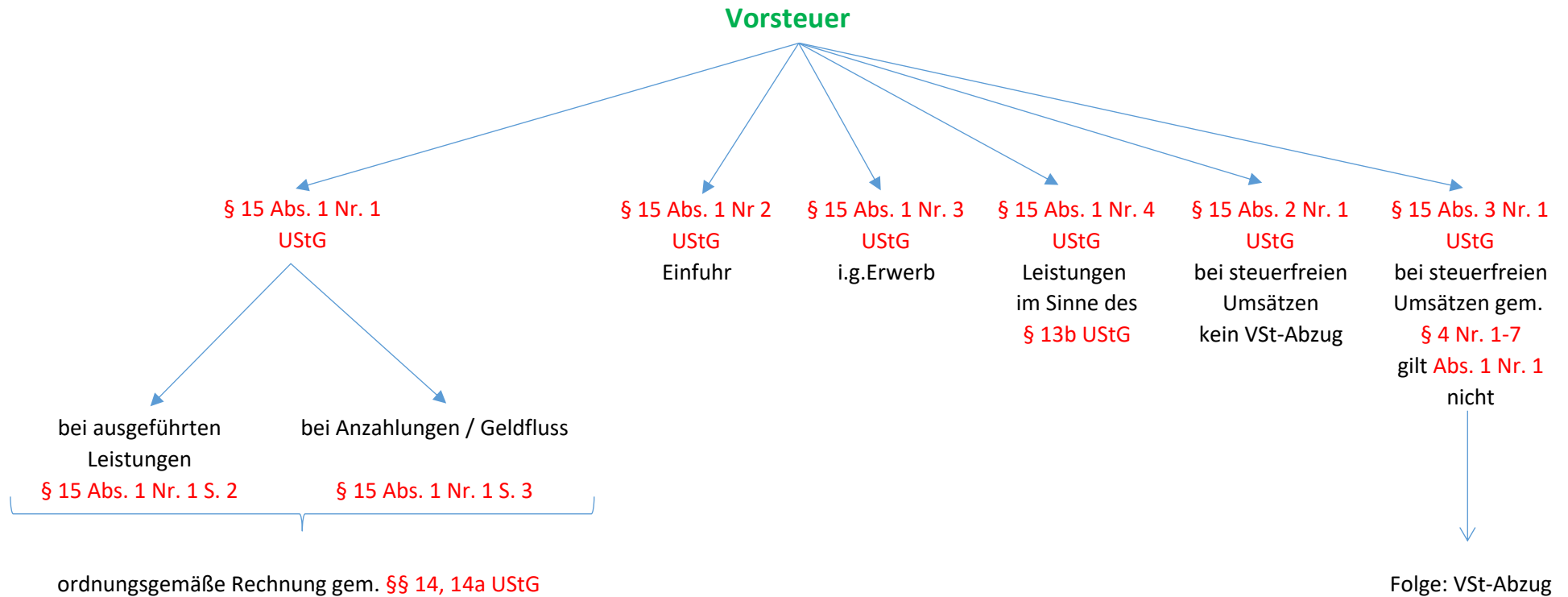
Rechnungsinhalt gem. § 33 UStDV







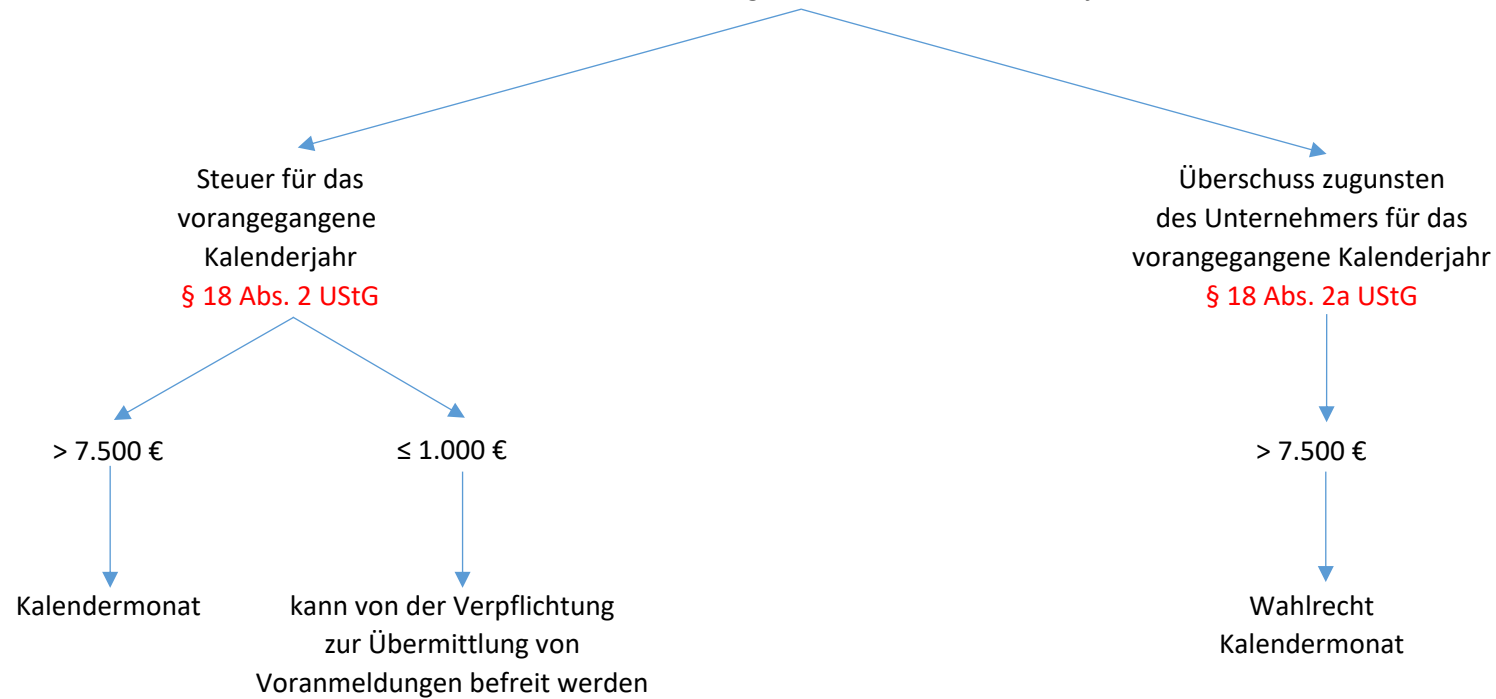
7. Umsatzsteuer



Umsatzsteuer-Voranmeldungszeitraum gem. § 18 UStG

bestimmt sich nach der Steuer des Vorjahres

Grundsatz: Voranmeldungszeitraum = Kalendervierteljahr



Vergleich Regel-/Differenzbesteuerung

Regelbesteuerung

Kauf Fahrzeug vom Unternehmer (10.000 € + 1.900 €)
Verkauf Fahrzeug (20.000 € + 3.800 €)

Vorsteuerabzug (§ 15 Abs. 1 Nr. 1 UStG): 1.900 €

Umsatzsteuer (§ 13 UStG): 3.800 €

Umsatzsteuerschuld: 1.900 €

Differenzbesteuerung gem. § 25a UStG

Kauf Fahrzeug von Privatperson (11.900 €)
Verkauf Fahrzeug (23.800 €)

Kein Vorsteuerabzug gem. § 15 Abs. 1 Nr. 1 UStG

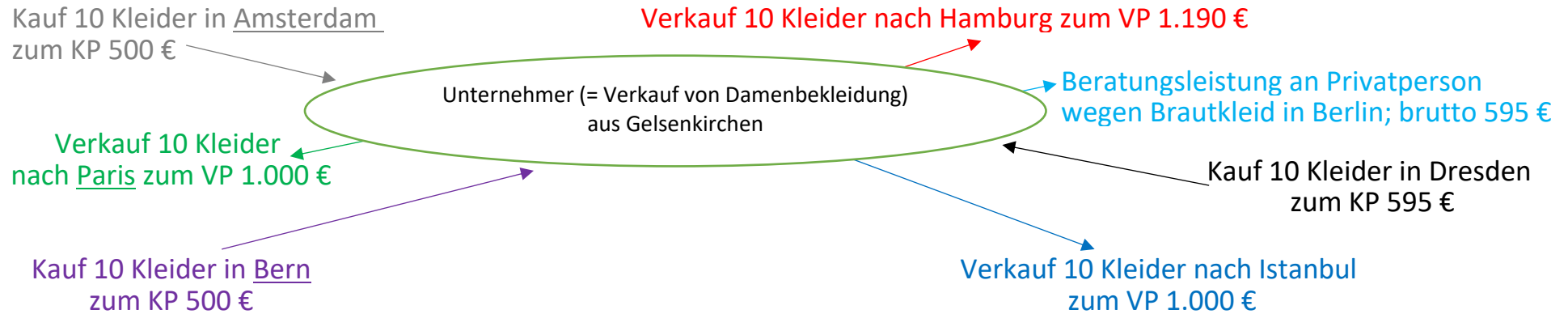
Umsatzsteuer: $(23.800 \text{ €} - 11.900 \text{ €}) * 19/119 = 1.900 \text{ €}$

Umsatzsteuerschuld: 1.900 €

7. Umsatzsteuer

Vorgang	Lieferung gegen Entgelt	Sonstige Leistung gegen Entgelt	unentgeltliche Wertabgaben	Einfuhr	Innergemeinschaftlicher Erwerb	Innergemeinschaftliches Verbringen (= Erwerb)	Innergemeinschaftliches Verbringen (= Lieferung)
Umsatzart	§ 3 Abs. 1 UStG	§ 3 Abs. 9 UStG	§ 3 Abs. 1b UStG § 3 Abs. 9a UStG	§ 1 Abs. 1 Nr. 4 UStG	§ 1a Abs. 1 UStG § 1b UStG	§ 1a Abs. 2 UStG	§ 3 Abs. 1a UStG
Umsatzort	§ 3 Abs. 6 UStG § 3 Abs. 7 UStG § 3 Abs. 8 UStG § 3c UStG	§ 3a Abs. 1 UStG § 3a Abs. 2 UStG § 3a Abs. 3 Nr. 1 UStG § 3a Abs. 3 Nr. 2 UStG § 3a Abs. 3 Nr. 3b UStG § 3b UStG	Der Ort wird nach den allgemeinen Ortsbestimmungsregeln bestimmt	§ 1 Abs. 2 UStG	§ 3d UStG		§ 3 Abs. 6 UStG
Steuerbarkeit	§ 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG			§ 1 Abs. 1 Nr. 4 UStG	§ 1 Abs. 1 Nr. 5 UStG		§ 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG
Steuerbefreiung	§ 4 Nr. 1 a) UStG § 4 Nr. 1 b) UStG	§ 4 Nr. 12 UStG § 4 Nr. 14 UStG	-----	§ 5 UStG	§ 4b UStG		§ 4 Nr. 1 b) UStG
Bemessungsgrundlage	§ 10 Abs. 1 UStG § 10 Abs. 5 iVm § 10 Abs. 4 UStG		§ 10 Abs. 4 UStG	§ 11 UStG	§ 10 Abs. 1 UStG	§ 10 Abs. 4 Nr. 1 UStG	

Zusammenfassung der Umsatzsteuer



	Paris	Bern	Amsterdam	Istanbul	Hamburg	Berlin	Dresden
Umsatzart	Lieferung § 3 Abs. 1	Einfuhr § 1 Abs. 1 Nr. 4	i.g.Erwerb § 1a	Lieferung § 3 Abs. 1	Lieferung § 3 Abs. 1	sonstige Leistung § 3 Abs. 9	-
Umsatzort	Gelsenkirchen § 3 Abs. 6	Inland § 1 Abs. 2	Gelsenkirchen § 3d	GE § 3 Abs. 6	GE § 3 Abs. 6	GE § 3a Abs. 1	-
steuerbar	ja § 1 Abs. 1 Nr. 1	ja § 1 Abs. 1 Nr. 4	ja § 1 Abs. 1 Nr. 5	ja § 1 Abs. 1 Nr. 1	ja § 1 Abs. 1 Nr. 1	ja § 1 Abs. 1 Nr. 1	-
steuerfrei	ja § 4 Nr. 1 b) iVm § 6a	nein	nein	ja § 4 Nr. 1 a) iVm § 6	nein	nein	-
steuerpflichtig	nein	ja, mangels Steuerbefreiung gem. § 5	ja, mangels Steuerbefreiung gem. § 4b	nein	ja, mangels Steuerbefreiung gem. § 4	ja, mangels Steuerbefreiung gem. § 4	-
BMG	1.000 € § 10 Abs. 1 S. 1, 2	500 € § 11	500 € § 10 Abs. 1 S. 1, 2	1.000 € § 10 Abs. 1 S. 1, 2	1.000 € § 10 Abs. 1 S. 1, 2	500 € § 10 Abs. 1 S. 1, 2	-
UST	-	95,00 €	95,00 €	-	190 € § 10 Abs. 1 S. 1, 2	95 € § 10 Abs. 1 S. 1, 2	-
VST	-	95,00 €	95,00 €	-	-	-	95 € § 15 Abs. 1 Nr. 1

Klausurschema für Lieferung oder sonstige Leistung	
Umsatzart	Lieferung gem. § 3 Abs. 1 UStG ODER Sonstige Leistung gem. § 3 Abs. 9 UStG
Umsatzort	Lieferung: § 3 Abs. 6 oder § 3 Abs. 7 oder § 3 Abs. 8 oder § 3c UStG ODER Sonstige Leistung: 2 x Grundregeln: § 3a Abs. 1 oder Abs. 2 UStG 4 x Ausnahmen: § 3a Abs. 3 Nr. 1 oder Nr. 2 oder Nr. 3 Buchstabe b oder § 3b UStG
Steuerbar	§ 1 Abs. 1 UStG
Steuerfrei	§ 4 UStG
Steuerpflichtig	Ja mangels Steuerbefreiung gem. § 4 UStG
Bemessungsgrundlage	§ 10 UStG (wichtig Entgelt gleich Nettobetrag)
Steuersatz	§ 12 UStG (19% oder 7%)
Umsatzsteuer	Entgelt x Steuersatz = Umsatzsteuer
Vorsteuer	§ 15 iVm §§ 14, 14a UStG ODER § 15 UStG iVm § 33 UStDV

3-Stufenmodell

Unternehmensform	Einzelunternehmen	Personengesellschaften	Kapitalgesellschaften
1. Stufe	<p>HGB Vollständigkeitsgrundsatz Beachte: Spenden als Privatentnahme JÜ/JFB</p>	<p>HGB Vollständigkeitsgrundsatz Beachte: Spenden als Privatentnahme JÜ/JFB</p>	<p>HGB Vollständigkeitsgrundsatz - JÜ/JFB</p>
2. Stufe	<p>ESTG JÜ/JFB (Maßgeblichkeitsprinzip) ggfs. Korrekturen + § 4 Abs. 5 EStG + § 4 Abs. 5b EStG + § 4 Abs. 6 EStG = steuerrechtlicher Gewinn</p>	<p>ESTG JÜ/JFB (Maßgeblichkeitsprinzip) ggfs. Korrekturen + § 4 Abs. 5 EStG + § 4 Abs. 5b EStG + § 4 Abs. 6 EStG + Sonderbetriebseinnahmen ggfs. Korrekturen + § 4 Abs. 5 EStG + § 4 Abs. 5b EStG + § 4 Abs. 6 EStG = steuerrechtlicher Gewinn</p>	<p>ESTG/KStG JÜ/JFB (Maßgeblichkeitsprinzip) siehe Schema Seite 83 = zVE</p>
3. Stufe	<p>GewStG siehe Schema Seite 90</p>	<p>GewStG siehe Schema Seite 90</p>	<p>GewStG siehe Schema Seite 90</p>

9. Fondsbesteuerung

